

¹ EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DER
HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN

BAND 28



Colloquium Verlag

Berlin 1980

MONIKA WÖLK
DER PREUSSISCHE
VOLKSSCHULABSOLVENT
ALS REICHSTAGSWÄHLER

1871—1912

*Ein Beitrag zur
Historischen Wahlforschung in Deutschland*

Mit einer Einführung von
OTTO BÜSCH



Colloquium Verlag

Berlin 1980

nen weiteren, in das Neuland der Erkenntnisfindung vordringenden Beitrag zur neueren Geschichte anbietet.

*Berlin-Nikolassee (im 'Mittelhof'),
im März 1980*

*Im Auftrage der
Historischen Kommission zu Berlin*

*Prof. Dr. Otto Büsch
Vorsitzender und Abteilungsleiter
für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*

INHALT

EINFÜHRUNG von Otto Büsch	V
VORBEMERKUNG der Autorin	XIII

EINFÜHRUNG

Probleme einer historischen Untersuchung der Interdependenz von Schulbildung und Wählerverhalten

Fragestellungen und Forschungsstand	1
Historische Analyse von 'Schulgenerationen'	23

ERSTES KAPITEL

Probleme und Tendenzen staatlicher Schulpolitik in den Volksschulzeiten preußischer Reichstagswähler und die Konstituierung von 'Schulgenerationen'

Die Grundlegung der modernen Volksbildung als Folge der preußischen Schulreform 1816—1840	48
Die preußische Volksschule unter konservativer Kontrolle 1840—1847	87
Bürgerliche Revolution und schulpolitische Reform als Zwischenspiel 1847—1854	103
Der regulativische Bildungsplan: ein konservativer Versuch gegen die Modernisierung 1854—1872	122
Die Falksche Volksschule als reformorientiertes Erziehungskorrektiv zum allgemeinen Wahlrecht 1872—1879	157
»Die Schule auf dem Wege nach Kanossa«: konservative Revision der Bildungspolitik 1879—1892	189
Bürokratische Reformen: Modernisierung mit christlich-konservativem Charakter 1892—1896	220

ZWEITES KAPITEL

Die politisch-pädagogische Vermittlungsrolle der Lehrerschaft
in den Volksschulzeiten preußischer Reichstagswähler

Die Begründung der staatstragenden Berufsfunktion 1816—1840	230
Zur Wechselwirkung von Disziplinierung und Opposition 1840—1847	249
Schulpolitisches Engagement zwischen Revolution und Regulativen 1847—1854	266
Die Wiederbelebung der Schulmeistertradition als oppositionsfördernde Strategie 1854—1872	291
»Positive Integration« durch Identifikation mit der ministeriellen Politik 1872—1879	311
Erzwungene Fixierung an die »natürlichen« Autoritäten 1879—1892	328
Zur Hebung von Lebensstandard und gesellschaftlichem Prestige: die integrativen Sozialgesetze 1892—1896	350

DRITTES KAPITEL

Tendenzen des Wählerverhaltens
der Absolventen preußischer Volksschulzeiten im 19. Jahrhundert
bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1912

Generationsanalysen als methodische Innovation in der historischen Wahlforschung	357
'Schulgenerationen' und Generationsgruppen als Einheiten der Reichstagswählerschaft	366
Preußische Wählerbewegung des Kaiserreichs nach Parteiengruppierungen	381
Trends und korrelative Entsprechungen von bildungsspezifischen Altersgruppen und Wahlverhalten	404
Auswirkungen regionaler Strukturunterschiede: der Sonderfall Berlin	417
Schulbildung als Faktor des Wählerverhaltens im Gesamtzusammenhang variabler Determination	430

ERGEBNISSE

Die Volksschulbildung der Reichstagswähler und die Wahlentscheidung der Schulabsolventen	444
---	-----

ANHANG

METHODISCHER EXKURS	456
TABELLEN	466
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	497
GEOGRAPHISCHES REGISTER	547
PERSONENREGISTER	550
SACHREGISTER	555

Forschungsgemeinschaft und der Ernst-Reuter-Gesellschaft der Förderer und Freunde der Freien Universität Berlin sehr verbunden. Nicht zuletzt aber seien alle jene Helfer erwähnt, deren Arbeit dazu beigetragen hat, dieses Buch entstehen zu lassen: Christian Schädlich als Lektor und Verantwortlicher für die Satzherstellung sowie die Setzerinnen der Historischen Kommission, die dem Unternehmen große Sorgfalt haben angedeihen lassen. Monika Warmuth sei für die Reinschrift großer Teile des Manuskripts gedankt, ebenso wie Karsten Bremer für die Zeichnung der graphischen Darstellungen und für die Montage des Umbruchs. Meine Mutter, Anneliese Buhtz, hat mit großem Einsatz bei der Erstellung der letzten Fassung der Druckvorlage mitgewirkt und mir über Monate hinaus bei den Korrekturarbeiten geholfen.

Ich möchte diese Vorbemerkung nicht schließen, ohne der unermüdlichen Unterstützung gedacht zu haben, mit der meine Eltern mein Studium begleitet und die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß ich den Weg bis hierher gehen konnte.

Berlin, im Frühjahr 1980

Monika Wölk

EINFÜHRUNG

Probleme einer historischen Untersuchung der Interdependenz von Schulbildung und Wählerverhalten

Fragestellungen und Forschungsstand

Die moderne Geschichtsschreibung ordnet die Funktion der politischen Bildung in der preußischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts als einen wichtigen Faktor dem Gesamtkomplex aller Herrschaftsstabilisierung zu.¹

¹ Die Formulierung könnte das Mißverständnis hervorrufen, als handle es sich bei der Beziehung von Bildung und Herrschaft um ein spezifisch preußisches Problem oder als wäre es in der Forschung primär als solches behandelt worden. Wenn auch argumentiert werden könnte, daß gerade der preußischen Schule ganz speziell der Vorwurf der »Untertanenfabrik« gemacht wurde — Friedhelm Nyssen zeigt dies in seiner Auswirkung bis auf die heutige Zeit (in: *Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert*, hrsg. von Klaus Hartmann u. a., Frankfurt/M. 1974, S. 294) —, so handelt es sich doch um eine universal gültige Beziehung. Im international vergleichenden Verständnis ist das Problem des Zusammenhangs von politischer Herrschaft und Elementarbildung durch die Modernisierungsforschung aufgegriffen worden. Peter Flora hat in seinem Überblick über die *Bildungsentwicklung im Prozeß der Staaten- und Nationenbildung* gezeigt, daß die Entwicklung der Schulerziehung spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts auf internationaler Ebene als politisches Problem verstanden wurde (vgl. P. Flora, *Die Bildungsentwicklung...*, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, hrsg. von Peter Christian Ludz [= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 16], Opladen 1972, S. 294—319, bes. S. 294). In den Studien zur Modernisierungsproblematik wird die Frage nach Bildung und Herrschaft jedoch weiter gefaßt als in der vorliegenden Untersuchung: Es geht dort etwa um das generelle Problem der Entwicklung der Alphabetisierung als eines Moments der Penetrationskrisen im Konstitutionsprozeß der modernen Staatsverfassung (Auflistung bei Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975, S. 37). Erst wenn man mit Coleman die Frage nach der »direction of political orientation imported by formal education« stellt, wird deutlich, daß dieser Prozeß nicht wert- oder interessenneutral abläuft, daß es sich in der diesbezüglichen Forschung um eine Kontroverse handelt, die »the great debate over the link between education and democracy« genannt worden ist (zu beidem James S. Coleman [Ed.], *Education and Political Development*, Princeton/NJ. 1965, S. 19). Flora hat dies auf die Frage zugespitzt, ob das Bildungswesen stärker konservative oder demokratiefördernde Elemente enthält (a.a.O., S. 295), Zusammenhänge, die Daniel Lerner in seiner Studie *The Pas-*

In der »vaterländischen« Erziehung sind die Bemühungen der sozialen und politischen Eliten erkannt worden, die große Mehrheit der Bevölkerung zur Identifizierung ihrer Interessen mit denen der führenden Schichten zu veranlassen, Loyalität zu Staat und Gesellschaft zu wecken und zu erhalten. Die vorliegende Arbeit wird als ein Beitrag zur historischen Wahlforschung dieses Problem der politischen Sozialgeschichte unter neuer Perspektive und mit dem methodischen Instrumentarium der Wahlverhaltensanalyse aufgreifen. Sie wird zunächst zeigen, in welchem weitgehenden Maße die von sozialhistorisch engagierten Bildungsforschern wie ideologiekritisch arbeitenden Historikern vertretene These des engen Zusammenhanges von Bildung und Politik direkt aus dem Quellenmaterial belegbar ist; gleichzeitig wird sie darum bemüht sein, diese Interdependenz an den aus den schulgeschichtlichen Quellen ebenfalls deutlich ablesbaren widersprüchlichen Tendenzen und an der Entwicklung des Wählerverhaltens in preußischen Regierungsbezirken auf das Maß ihrer Gültigkeit hin zu überprüfen.^{1*}

Im ersten Jahrgang des neuesten Forums der »kritischen Geschichtswissenschaft« in Deutschland, der Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft*, hat Thomas Nipperdey das von Hans-Ulrich Wehler entworfene Modell einer »Matrix der autoritären Gesellschaft«, zu der die Schule als wichtige

sing of Traditional Society (New York 1958) am formalen Ausbreitungsfaktor und damit der Grundvoraussetzung für politische Beteiligung zu messen versucht hat. Verfahrensweisen wie die Lerner müssen gegen Überlegungen abgewogen werden, wie sie etwa Heinz-Joachim Heydorn zum Problem der Dialektik von Bildung und Herrschaft angestellt hat. Er zeigte, daß zwar das aufsteigende Bürgertum Bildung zu einem »organisierten Instrument der Befreiung« gemacht hat, daß aber die Mündigkeit als in der Bildungsinstitution verwirklichte ihrem eigenen Widerspruch unterworfen wird und an die Grenzen der schichten- und klassengegliederten Gesellschaft stößt (Heinz-Joachim Heydorn, *Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs*, Frankfurt/M. 1972, S. 7 bzw. 9). So sind diese Zusammenhänge empirisch bis heute ungeklärt und bilden unter einer spezifischen Fragestellung ein wesentliches Erkenntnisinteresse dieser Studie, indem die Bezüge der politischen Bildung zu zwei entgegengesetzten politischen Richtungen, der ständeübergreifend-emanzipierenden und der herrschafts- und schichtenstabilisierenden untersucht werden. Dies geschieht im konkreten Kontext der preußischen Geschichte des 19. Jahrhunderts und wird als Fragestellung einer historischen Untersuchung damit wieder zum spezifisch preußischen Problem. (Vgl. zu den hier angesprochenen Themenbereichen auch die folgenden Anm. 54 und 62.)

^{1*} Ein kurzer Abriß der hier abzuhandelnden Thematik erschien inzwischen als Beitrag zur Anthologie: *Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933*, bearb. u. hrsg. von Otto Büsch, Monika Wölk und Wolfgang Wölk (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 20), Berlin 1978, S. 570–609, u. d. T.: Monika Wölk, *Wählerverhalten und Schulbildung 1871–1912*.

Instanz politischer Sozialisation zählt, als zu eng zurückgewiesen.² Es ging Nipperdey dabei wesentlich darum, den statischen Charakter dieser Strukturanalyse zu zeigen, die aus der *Intention* der herrschenden Schichten zwangsläufig eine direkte Wirkung auf die politische Haltung der Beherrschten unterstellt.³ In der sich anschließenden Diskussion hat Volker

² Thomas Nipperdey, *Wehlers »Kaiserreich«. Eine kritische Auseinandersetzung*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 1. Jg. (1975), H. 4, S. 539–560. Er bezieht sich dabei auf die Schrift: Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918* (= Deutsche Geschichte, Bd. 9), Göttingen 1973, S. 122–131. Das Stichwort »politische Sozialisation« wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht in Verbindung mit einer explizit formulierten Sozialisationstheorie gebraucht — auch wird nicht der Anspruch erhoben, eine solche zu erarbeiten. Vielmehr steht der Terminus »Sozialisation« im folgenden verkürzend für die gesellschaftsstabilisierende Bedeutung der Schulerziehung, die Einübung in die gegebene Normenstruktur (vgl. als ein Beispiel: Dieter Kramer, *Sozialkulturelle Lage und Ideologie der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert. Diskussion*, in: *Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Verhandlungen des 18. Deutschen Volkskunde-Kongresses in Trier 1971*, hrsg. von Günter Wiegmann [= Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Bd. 5], Göttingen 1973, S. 112–134, siehe hierzu S. 123 f.) Weiteres zu Sozialisationsforschung und -theorie vgl. in der folgenden Anm. 38.

³ Vgl. dazu zunächst: Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918...*, und zwar den Abschnitt über »die Matrix der autoritären Gesellschaft: Sozialisationsprozesse und ihre Kontrolle« auf den Seiten 122–131: »In verschiedenen Sozialisationsprozessen auf verschiedenen Altersstufen wird der einzelne in sein gesellschaftliches Verhalten eingeübt. Er verinnerlicht die Normen, die fortan sein Verhalten steuern und seine Triebe in die durch kulturelle Tradition und Konvention legitimierten Bahnen leiten...« (S. 123 f.) und etwas weiter unten wird zur Bedeutung der Volksschule ausgeführt: »Im Hinblick auf die sekundäre Sozialisation in den Schulen vom 6. bis 18. Lebensjahr hat hier nicht Bildungsgeschichte an sich oder gar die Qualität des Unterrichts, sondern ein anderer Gesichtspunkt im Vordergrund zu stehen: Die Perpetuierung der Sozialstruktur und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse durch das Erziehungssystem. Insofern gehört es zum Herrschaftssystem.« (S. 124.) Dazu nun Th. Nipperdey, *Wehlers »Kaiserreich«* ..., S. 544 und 547: »Es geht nicht darum, die Kontinuität zu leugnen, sondern darum, die Überlagerung mehrerer Kontinuitäten, die Diskontinuitäten... den falschen Schein von Notwendigkeiten zu durchschauen.« Dieser ganz generell gemeinte Einwand wird im folgenden an einem Ausschnitt der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts exemplifiziert. In vergleichbarer Weise hat sich Wittenbruch gegen eine zu einseitige Perspektive bei der bildungshistorischen Analyse gewandt: »Schon die multidimensionalen Vorgänge in der Binnenstruktur der Schule sperren sich gegen eine monoperspektivische Interpretation, die die Schule als Befehlsempfänger des Obrigkeitsstaates betrachtet.« (Wilhelm Wittenbruch, *Die öffentliche Schule als Instrument gesellschaftlicher Beeinflussung. Der gesinnungsbildende Auftrag der preußischen Volksschule 1871–1918*, in: *Erziehen heute. Mitteilungen der Gemeinschaft evangelischer Erzieher*, Duisburg 1974, S. 3–15, Zitat S. 4.) Es deckt sich mit einem der Darstellungsziele der vorliegenden Arbeit, wenn in der Literatur deutlich wird, daß solch statisches, sozialisationshistorisches Konzept dann fragwürdig ist, wenn der Untersuchung des Schulsystems eine Langzeitperspektive beigelegt wird; Manfred Heinemann hat in der Standortbestimmung der gegenwärtigen Bildungsverwaltung mit Hilfe der Rückbe-

R. Berghahn auf der einen Seite die »Voraussage gewagt, daß künftige Studien noch deutlicher zeigen werden, wie unverblümt der gesamte Herrschaftsapparat des Kaiserreichs in dem von Wehler gezeichneten Sinne wirkte«,⁴ darin unterstützt von Hans-Jürgen Puhle, der zwei Jahre später schon einschlägige neue Arbeiten dieser Tendenz nennen konnte.⁵ Auf der anderen Seite wurde durch Geoff Eley die grundsätzliche Kritik aufrechterhalten, daß die Schulen offenbar nicht so wirksam »sozialisierten«, wie Wehlers Buch es glauben machen wolle.⁶ Hans-Ulrich Wehler, der hier nur als prononcierter Vertreter dieser weitverbreiteten Einschätzung des preußischen Bildungswesens genannt sein soll, hat schließlich seinerseits auf die Vorläufigkeit aber auch kritisch anregende Funktion derartiger Aussagen hingewiesen.⁷

Es ist nicht Anspruch der vorliegenden Studie, sich in diese Kontroverse einzuschalten, da sie nicht um die Feststellung eines Gesamtduktus der deutschen Geschichte bemüht ist, sondern allein einen Ausschnitt aus der Totalität des historischen Prozesses behandelt. Auch geht es hier nicht primär um die Falsifizierung oder Rektifizierung der von Wehler zutreffend charakterisierten, an die Schule gebundenen systemstabilisierenden *Intentionen*, sondern um die darüber hinaus in dieser Diskussion relevant gewordene Frage nach der langfristigen *Wirkung* der preußischen Volksschule als gesellschaftspolitischen Institution, die bisher in unzulässiger Weise mit der *Wirkungsabsicht* interessierter Kreise identifiziert wurde. Die folgende Studie stellt sich damit zunächst die Aufgabe, Intention und

sinnung auf ihre historische Dimension die Vergeblichkeit der »Festlegung der Bildungsinstitutionen auf eine Gesinnung« konstatiert. Damit wird nicht die These bestritten, daß die »Gesinnungsbildung« über die Ausbildung gesetzt wurde, nur die Frage der gesellschaftlichen Effektivität dieser Bildungspolitik kritischer gesehen (Manfred Heinemann, *Die Bildungsverwaltung am Ende einer Epoche*, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, 18. Jg. [1972], S. 339–356, hierzu bes. S. 352–354). Neuerdings haben Achim Leschinsky und Peter Martin Roeder darauf hingewiesen, daß das Verhältnis zwischen Bildungssystem und Gesellschaft als Wechselwirkung gesehen werden muß, also keineswegs statisch interpretierbar ist (*Schule im historischen Prozeß. Zum Wechselverhältnis von institutioneller Erziehung und gesellschaftlicher Entwicklung*, Stuttgart 1976).

⁴ Volker R. Berghahn, *Der Bericht der Preußischen Oberrechnungskammer. »Wehlers« Kaiserreich und seine Kritiker*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2. Jg. (1976), H. 1, S. 125–136, Zitat S. 127 f.

⁵ Hans-Jürgen Puhle, *Zur Legende von der »Kehrschen Schule«*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 4. Jg. (1978), S. 108–119, bes. S. 115.

⁶ Geoff Eley, *Die »Kehrites« und das Kaiserreich. Bemerkungen zu einer aktuellen Kontroverse*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 4. Jg. (1978), S. 91–107, siehe S. 103.

⁷ Hans-Ulrich Wehler, *Kritik und kritische Antikritik*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 225 (1977), S. 347–384, speziell S. 349.

Ergebnis des politischen Erziehungsprozesses streng voneinander zu trennen, und sie versucht darüber hinaus, das *Ergebnis* zu analysieren und damit diejenige These zu überprüfen, die Nipperdey gegenüber der Annahme eines »automatischen« Sozialisationsmechanismus aufgestellt hat: »Die preußische Volksschule allein von Büchern und Richtlinien her als konservative Institution zu analysieren, führt in die Irre — *die Haltung der Lehrer wie der durch die Schule gegangenen Generationen ergibt ein anderes Bild.*«⁸

Dieser Anspruch, das langfristige politische Verhalten der Generationen preußischer Schulabsolventen zu analysieren, und damit die Frage nach der Schule als einem politischen Bildungsfaktor und einem Element des Herrschaftssystems neu zu stellen, sprengt den Rahmen der historischen Bildungsforschung, die sich in neueren Studien dieses Problem ausdrücklich vorgelegt, jedoch nur spekulativ und daher häufig widersprüchlich behandelt hat. So unterstellt Christa Berg in ihrem Buch über die *Okkupation der Schule* durch politische Interessen im Preußen des Kaiserreichs eine nahezu zwangsläufige Wirkung der politischen Sozialisation: »Eine Schule, die die Selbstdefinition der jungen Menschen in der Gesellschaft und damit die erneute Selbstdefinition der Gesellschaft ermöglichen sollte, lag nicht im Denkhorizont der für das Schulwesen Verantwortlichen. Stattdessen und je mehr Schule und Kirche und auch das von diesen beiden Mächten bestimmte Familienleben eine Einheit der Erziehungsmaßnahmen und -wirkungen bildeten, desto deutlicher war diese Erkenntnis verstellt durch die Unterwerfung unter vorgegebene Autoritäten und Gesinnungen. Das Ergebnis dieser Abhängigkeit der Volksschulpädagogik war allerdings für den größten Teil der die Volksschule besuchenden Kinder fatal. Nur unter dem günstigsten Zusammentreffen persönlicher wie umweltbedingter Faktoren mochte ein Ausbrechen aus den Sozialisations-schemata gelingen ...«⁹

Bodo Voigt dagegen, der die Qualifikation der Lehrer für einen den Staatsinteressen dienenden Unterricht in die Betrachtung einbezieht, urteilt diametral entgegengesetzt: »Es bestand offensichtlich eine große Diskrepanz zwischen dem ständigen Reden von der Erziehung zum Staatsbewußtsein und der schulischen Realität. Der Geschichtsunterricht wurde nur unvollständig so genutzt, wie der Erlass des preußischen Königs es vorsah, eine Situation, die sich vor allem aus der mangelnden Lehrerausbildung in Fragen des Staatsrechts, der Ökonomie und sozialwissenschaftlicher Grundlagen erklärt. Die Erziehung zu Pflichtbewußtsein, zu emotio-

⁸ Th. Nipperdey, *Wehlers »Kaiserreich«* ..., S. 557.

⁹ Christa Berg, *Die Okkupation der Schule. Eine Studie zur Aufbellung gegenwärtiger Schulprobleme an der Volksschule Preußens (1872–1900)*, Heidelberg 1973, S. 109.

nal begründeter Vaterlandsliebe und Treue, zu ständischer Gesinnung und argumentationsloser Abwehr sozialdemokratischer Forderungen und Prinzipien schien nur eine schlechte Basis für einen wirksamen politischen Unterricht abzugeben. Die integrative Wirkung, die Immunisierung gegen sozialdemokratische Lehren mußten deshalb unzulänglich bleiben.«¹⁰

Will man es nicht bei derartigen kontradiktorischen Vermutungen bewenden lassen, sich auch nicht ausschließlich auf die Untersuchung individueller Lebensläufe stützen, sondern Sozialgeschichte bezogen auf große Bevölkerungsgruppen betreiben, so gilt es, einen quantifizierbaren Indikator zu finden, mit dem politisches Verhalten — wenn auch nicht in seiner Totalität, so doch in Einzelaspekten — gemessen werden kann.¹¹

Otto Büsch hat in seiner Abhandlung über *Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg* gefordert, das Faktorenspektrum der statistisch erfaßbaren Wählerbewegung als einen Äußerungsbereich politischen Verhaltens aus seiner traditionellen Beschränkung auf wenige Bestimmungsmomente wie etwa das Verhältnis der wirtschaftlichen Sektoren zueinander, die Dominanz einer Konfession oder die Stadt/Land-Unterschiede zu befreien und zum Beispiel durch die Einbeziehung von politisch oder kulturell bestimmten Faktoren zu ergänzen.¹² Daß in diesem Sinne unter anderem die Schulbildung ein bestimmendes Element späteren politischen Verhaltens, also auch des Wählerverhaltens darstellt, ist weitgehend unbestritten. Die Tatsache, daß die historische Wahlforschung diese Fragestellung trotzdem nicht in ihre Untersuchungen einbe-

¹⁰ Bodo Voigt, *Bildungspolitik und politische Erziehung in den Klassenkämpfen*, Frankfurt/M. 1973, S. 188. Bei dem erwähnten Erlaß handelt es sich um die Kabinettsordre Wilhelms II. vom 1. Mai 1889. Näheres dazu siehe im ERSTEN KAPITEL dieser Arbeit, S. 203 ff.

¹¹ Zur Möglichkeit, Memoiren zur Aufhellung des Zusammenhangs von Schulbildung und politischem Verhalten auszuwerten, siehe die folgende Anm. 58.

¹² Otto Büsch, *Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg. Gedanken und Thesen zu einem Leitthema für Forschung und Unterricht über die Geschichte der »Industriegesellschaft« im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in: *Abhandlungen aus der Pädagogischen Hochschule Berlin*, Bd. 1, Berlin 1975, S. 178—264. Vgl. bes. S. 251, wo festgestellt wird, daß eine Weiterentwicklung der historischen Wahlforschung sich »erst aus der Korrelationsanalyse möglichst vieler weiterer Variablen (Konfessions-, Bildungs-, Altersstruktur etc.)« ergeben kann, und an anderer Stelle wird betont: »Die historische Wahlforschung wird nicht erfolgreich sein ohne soziologische Analysen des Gesellschaftsaufbaus und politologisch-staatsrechtliche Theorien ..., nicht verzichten auf die Fragestellungen der 'Bildungssoziologie' und 'Bildungsökonomie' und historischen Bildungsforschung insgesamt ...« (S. 240 f.)

zogen hat, liegt nicht an mangelndem Problembewußtsein, sondern an dem zumeist unausgesprochen herrschenden Konsens, daß sich diese Zusammenhänge einer näheren Erklärung oder gar Analyse auf wissenschaftlicher Ebene entzögen. In der Tat haben die Zeitgenossen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts den Zusammenhang von Schulbildung und Wählerverhalten weitgehend auf der Bühne des politischen Tageskampfes, häufig in polemischer Absicht, behandelt. Johannes Tews, bedeutender Protagonist der Lehrerbewegung im kaiserlichen Deutschland, notierte eine einschlägige publizistische Stellungnahme aus Anlaß der Reichstagswahl von 1890, des ersten großen Durchbruchs der Sozialdemokratischen Partei, in der ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Ausbildungsinvestitionen des deutschen Reiches und der Entwicklung der politischen Entscheidung breiter Bevölkerungsschichten bei den Wahlen hergestellt wurde. Hier wird die Absicht erkennbar, die Schulpolitik als unzulänglich und geradezu schädlich bei dem Versuch der Niederhaltung der »Umsturzpartei« nach der Phase des Sozialistengesetzes zu brandmarken: »Ist denn die allgemeine geistige und sittliche Bildung der Massen in den letzten Jahrzehnten in dem Maße gestiegen, daß sie einer jährlichen Ausgabe von 900 bis 1000 Millionen Mark (sic!) entspricht? Wir fürchten nicht. Die Kunst des Lesens, Schreibens und Rechnens hat die Massen nur äußerlich poliert, ihr Kern ist unbescheidener, dreister, frecher und unzufriedener geworden. Über die höchsten und letzten Fragen in Religion, Moral, Staat und Gesellschaft maßt sich heute jeder ein Urteil an ... Die Milliarde scheint fast weggeworfen zu sein. Nur dazu scheint sie gedient zu haben, die Reihen der Sozialdemokratie zu füllen. Sämtliche drei Millionen sozialdemokratische Wähler bei der letzten Reichstagswahl haben ihre Ausbildung aus dieser von den Besitzenden aufgebrauchten Milliarde erhalten.«¹³

Das Ergebnis der Reichstagswahl 1907, der Sieg des bürgerlichen Bülowblocks, ließ dagegen dieses Verhältnis in verändertem Licht erscheinen, rehabilitierte die deutsche Volksschule und ihre Lehrerschaft in den Augen regierungsfreundlicher Kreise. In der Broschüre des Essener Rektors Franzmann über die Aufgaben der Volksschule und ihrer Lehrer gegenüber den Umsturzbestrebungen wird das Wahlergebnis folgendermaßen interpretiert: »Gott sei Dank, die beiden 'kritischen Tage' sind vorübergegangen, ohne daß sich die hochgespannten Hoffnungen derer erfüllt hätten, denen diese beiden Tage die Macht verleihen sollte(n), noch kritischere Tage über unser teures Vaterland herauf zu beschwören ... die

¹³ Johannes Tews, *Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte. Volksschule und Volksschullehrerstand in Preußen im 19. und 20. Jahrhundert*, Leipzig 1914, S. 243.

Repräsentantin der Umsturzbestrebungen hat ... den Rückzug antreten müssen. Wenn zu diesem herrlichen Erfolge, wie Bebel behauptet, auch die deutschen Lehrer ihr redliches Teil beigetragen haben, dann soll uns dieses Lob aus diesem Munde, wenn wir es auch nicht *wörtlich* als zutreffend bezeichnen können, doch herzlich freuen.«¹⁴ Von dieser Beurteilung ausgehend, empfiehlt er eine noch stärkere Durchdringung der Gesinnungsfächer Deutsch, Geschichte und Religion mit patriotischen Gehalten. Wie schon Franzmann erwähnte, hatten führende Vertreter der SPD nach der Wahl von 1907 eine ähnliche Einschätzung des Verhältnisses von Schulbildung und Wählerverhalten. Otto Braun schrieb in der *Neuen Zeit* über die Hindernisse, die dem Wahlkampf der SPD bei der ostpreußischen Landbevölkerung entgegenstanden: »Bereits in der Schule zum ödesten Hurrapatriotismus systematisch gedrillt, wird sie durch den Militärdienst darin noch bestärkt und bietet infolgedessen für eine Agitation, die demagogisch an die nationalen patriotischen Gefühle appelliert, einen wohl-vorbereiteten Boden.«¹⁵ Im Rahmen der Strategiediskussion der Sozialdemokraten nach der »verlorenen« Wahl empfahl Heinrich Schulz, Experte der Partei für schulpolitische Fragen, dementsprechend, die sozialdemokratische Bildungsarbeit zu intensivieren, um ein Gegengewicht gegen die patriotische Indoktrination zu schaffen.¹⁶

Diese zeitgenössischen Verlautbarungen verzichteten bewußt auf jede systematische Durchführung eines derartigen Vergleichs. Für die wissenschaftliche Behandlung des Problems der Interdependenz von Schule und Politik ist nun genau dies zu fordern. In einem ersten Versuch haben Berthold Michael und Heinz-Hermann Schepp in ihrer kommentierten Quellensammlung zum Verhältnis von Gesellschaft, Schule und Staat im 19. und 20. Jahrhundert die Reichstagswahlergebnisse von 1871 bis 1912 im Anhang abgedruckt, gleichsam dem Leser das Aufspüren von Zusammenhängen überlassend, das doch erst — wenn auch nur ansatzweise — geleistet werden kann, wenn auch der Bereich der Schulbildung so aufbereitet ist, daß er einer quantifizierenden Betrachtung zugänglich wird.¹⁷

¹⁴ H. Franzmann, *Die Aufgabe der Volksschule und ihrer Lehrer gegenüber den Umsturzbestrebungen*, Berlin (1907), S. 3. (Hervorhebung entsprechend dem Original.)

¹⁵ Otto Braun, *Der 25. Januar in Ostpreußen*, in: *Die Neue Zeit*, 25. Jg. (1906/07), Bd. 1, S. 672—676; Zitat S. 673.

¹⁶ Heinrich Schulz, *An die Arbeit!*, in: *Die Neue Zeit*, 25. Jg. (1906/07), Bd. 1, S. 744—750.

¹⁷ *Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Eine Quellensammlung zum Verhältnis von Gesellschaft, Schule und Staat im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. 1, hrsg. von Berthold Michael und Heinz-Hermann Schepp, Frankfurt/M. 1973, S. 522—525.

Es scheint notwendig, an dieser Stelle zu betonen, daß eine historische Untersuchung der wechselseitigen Beziehungen zwischen schulischer Ausbildung der Bevölkerung aufgrund einer jeweiligen Volksbildungskonzeption der Regierung und der Disposition von Wählerschichten zu bestimmten Wahlentscheidungen nicht einen deterministischen Zusammenhang in dem Sinne voraussetzt, daß etwa eine bestimmte Schulbildung zwangsläufig ein bestimmtes Wählerverhalten herbeiführt, und schon gar nicht, daß hierdurch eine bestimmte politische Entscheidung bei einem individuellen Wähler präformiert wird. Zuviel andere strukturelle Faktoren stehen mit dem Bestimmungsfaktor Schulbildung in wechselseitiger Determination, zuviele einmalige ereignisgeschichtliche Einflüsse durchdringen den politischen Entscheidungsprozeß der Wählerschaft. Im folgenden geht es indessen um die Beantwortung der Frage, in welcher Weise schulische Disposition und Wahlentscheidung im Deutschen Kaiserreich im Bereich der Analyse aggregierter Daten einander entsprochen haben, das heißt, wie weit sich politische Reaktionen in gesamtgesellschaftlichem Kontext auf bildungshistorische Entwicklungstendenzen beziehen lassen.

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich für Fragestellung und Aufbau der vorliegenden Arbeit ihre Einteilung in zwei Hauptaspekte: Erstens wird eine Darstellung der Entwicklungslinien der politischen Volksschulerziehung im Preußen des 19. Jahrhunderts gegeben, um politische Intentionen fassen zu können, die mit eben dieser pädagogischen Einwirkung verfolgt wurden, aber auch um das zeitgenössische Bewußtsein der Verbindung von Schule und Politik beziehungsweise die *Vorstellungen* von der Effizienz einschlägiger Bemühungen, soweit sie aus den Quellen deutlich werden, zu dokumentieren;¹⁸ gleichzeitig ist das Raster für eine Formalisierung dieser qualitativen Darstellung zu schaffen. Im Anschluß daran wird dann in einem zweiten Schritt die Frage aufgeworfen, ob sich eine wie immer geartete Beziehung zum späteren Wählerverhalten als dem hier gewählten Indikator für politische Einstellungen herstellen läßt. In diesem Programm treffen sich also Forschungspostulate der historischen Bildungsforschung und der historischen Wahlforschung. Die historische Wahlforschung, verstanden als die Suche nach den Bestimmungsgründen und Tendenzen der Wählerbewegung einer vergangenen Epoche, ist ebenso wie die historische Bildungsforschung, die die Strukturen und Zusammenhänge, in denen sich Bildungsvermittlung vollzogen hat, deutlich machen will, geeignet, zu einer Aufhellung der Bedingungen und Aus-

¹⁸ Zur Begrenzung der Analyse auf die Volksschule siehe die weiteren Ausführungen auf S. 20—22.

wirkungen der Willensbildungsprozesse großer Bevölkerungsteile beizutragen. Im Schnittpunkt beider Forschungsrichtungen entsteht die Fragestellung, in welchem Kontext verschiedene Bildungsdispositionen mit der Artikulation politischer Interessen im Rahmen der Wahlentscheidung stehen.

Die Frage nach der Bedeutung des Faktors Schulbildung für die Einstellung gegenüber zukünftigen politischen Verhältnissen ist heute von großer Aktualität;¹⁹ die Erarbeitung dieser Zusammenhänge in *historischer* Sicht bietet jedoch allein die Möglichkeit, auch die »Zukunft« der durch die Schule gegangenen Generationen in die Untersuchung einzubeziehen, die für den heutigen Historiker bereits wieder zur Vergangenheit gehört.

Die Formulierung von den durch die preußische Schule des 19. Jahrhunderts gegangenen *Generationen*, deren politisches Verhalten Thomas Nipperdey als bedenkenswertes Korrektiv allen vorschnellen historischen Sozialisationshypothesen konfrontierte,²⁰ spricht einen Fundamentalbegriff historisch-soziologischer Kategorisierung an, der der folgenden Untersuchung als grundlegendes methodisches Konstruktionselement zur Analyse des Verhältnisses von Schulbildung und Wählerverhalten dienen wird. Überlegungen und Modelle zur Periodisierung der historischen Verlaufskontinuität durch generationsspezifische Gliederungen sind nicht neu, gehören gleichwohl bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zum allgemein anerkannten Instrumentarium empirischer Forschung.²¹ In den

¹⁹ Der Hinweis auf die Relevanz der Untersuchung für gegenwärtige gesellschaftspolitische Probleme darf nicht so verstanden werden, als würde hier eine systematische, überzeitliche Klärung des Einflusses von Schulbildung auf Wählerverhalten angestrebt werden. Alle Ergebnisse werden im Gegenteil streng auf die räumlichen und zeitlichen Voraussetzungen bezogen. Der konzeptionelle Ansatz der Problemlösung mag jedoch zumindest in einigen Aspekten auch für Folgestudien im chronologischen Sinne von Bedeutung sein.

²⁰ Siehe S. 5 dieser Einführung.

²¹ Angesichts der detaillierten und problemorientierten Forschungsberichte zum Problem der Generationen in historischer und soziologischer Perspektive, die in neuester Zeit erschienen sind, erübrigt sich für diese Untersuchung ein erneuter Abriß der zahlreichen und verschiedenartigsten generationsspezifischen Betrachtungen. Sie werden im folgenden nur insoweit genannt, als ihr Ansatz direkt mit der Konzeption der vorliegenden Generationsuntersuchung in Zusammenhang steht. Dabei wird vor allem auf die entsprechenden Versuche in der Wahlforschung abzuheben sein, obwohl damit keineswegs unterstellt werden soll, daß dieser Bezug etwa besondere Bedeutung für die Forschungen zur generationsspezifischen Entwicklung gehabt hätte; das Gegenteil ist der Fall. Die wenigen vorhandenen einschlägigen Arbeiten sind aber im gegebenen Kontext von vordringlichem Interesse. — Zum Problem der Generationen in der Forschung allgemein vgl. die Übersichten von Alan B. Spitzer, *The Historical Problem of Generations*, in: *The American Historical Review*, Bd. 78 (1973), S. 1353—1385, und Fritz Redlich, *Generations. A Critique and Reconstruction*,

Umkreis sozialwissenschaftlicher Überlegungen trat die Denkfigur der Wirkung von Generationsverschiebungen im historischen Prozeß erstmals durch Abhandlungen, die unter dem Eindruck des Epochenübergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik vor allem von Kunsthistorikern, aber auch Soziologen und Bildungsforschern verfaßt wurden.²² In dieser Phase dominierte die deutsche Forschung vor allem durch die Arbeit von Karl Mannheim, der 1928 eine Synthese seiner einschlägigen Überlegungen publizierte, die bis heute den Orientierungsrahmen aller diesbezüglichen Untersuchungen abgesteckt hat.²³ In Anknüpfung an den Generationsbegriff von Wilhelm Dilthey löste er sich von der mystifizierenden Konzeption biologistischer Generationenmodelle des 19. Jahrhunderts mit ihrer willkürlich schematisierenden Einteilung in feststehende Zeitintervalle und konstituierte das Modell der *historisch-sozialen Generation*.²⁴ Das Entscheidende seines Entwurfs ist die Erkenntnis, daß ein *Generationszusammenhang* sich nur auf der Basis eines bestimmten gemeinsa-

in: *Revue belge d'histoire contemporaine*, 7. Jg. (1976), S. 243—269, sowie die an Redlich anknüpfende Darstellung von Hans Jaeger, *Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 3. Jg. (1977), S. 429—452. In den genannten Arbeiten wird die Entstehung des Generationengedankens in der älteren Literatur ausführlich und systematisch abgehandelt.

²² Vgl. zu der »Welle« einschlägiger Publikationen seit 1920 die Angaben bei H. Jaeger, *Generationen in der Geschichte ...*, S. 431 f. Wilhelm Roessler hat in einem Aufsatz über *Schichtenspezifische Sozialisation in der Weimarer Republik* aus dem Blickpunkt der pädagogischen Diskussion der Zeit um den Ersten Weltkrieg vergleichbare Ansätze zusammengestellt, wie sie vor allem von Herman Nohl, später auch von Spranger und Theodor Litt, entwickelt worden sind. (Vgl. in: *Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik*, hrsg. von Manfred Heinemann, Stuttgart 1976, S. 17—38, bes. S. 30 f.)

²³ Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 7. Jg. (1928), S. 276—322, wieder abgedruckt in: Ders., *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, hrsg. von Kurt H. Wolff, Berlin-Neuwied 1964, S. 509—565.

²⁴ Zur Vorstellung Wilhelm Diltheys siehe seine Arbeit: *Über das Studium der Geschichte der Wissenschaften vom Menschen, der Gesellschaft und dem Staat*, in: Ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 5, Leipzig-Berlin 1924, S. 31—73, aus dem Jahre 1875. Dilthey löst dort den Begriff der »Generation« aus der Befangenheit in genealogischen Vorstellungen — so etwa auch später noch bei Ottokar Lorenz in Anknüpfung an Ranke: O. Lorenz, *Die Geschichtswissenschaft in Hauptrichtungen und Aufgaben*, 2. Teil: *Leopold von Ranke. Die Generationenlehre und der Geschichtsunterricht*, Berlin 1891 — und formuliert: »Generation ist ... eine Bezeichnung für ein Verhältnis der Gleichzeitigkeit von Individuen; diejenigen, welche gewissermaßen nebeneinander emporwachsen d. h. ein gemeinsames Kindesalter hatten, ein gemeinsames Jünglingsalter, deren Zeitraum männlicher Kraft teilweise zusammenfiel, bezeichnen wir als dieselbe Generation ... Diejenigen, welche in den Jahren der Empfänglichkeit dieselben leitenden Einwirkungen erfahren, machen zusammen eine Generation aus.« (*A.a.O.*, S. 37, Hervorhebungen im Original.)

men Erlebnishintergrundes herstellt, der an kein abstraktes chronologisches Schema, sondern an konkrete historische Prozesse und ihre jeweilige Dauer gebunden ist.²⁵ Damit wurden die Generationsgruppen zu *sekundären* historischen Erscheinungen, deren Charakter als Trägersystem unterschiedlichster gesellschaftlicher Phänomene sie als methodisches Bindeglied verschiedenster Untersuchungsgebiete geeignet erscheinen läßt.²⁶ Die Prozeßhaftigkeit der Entwicklung preußischer Schulgeschichte im 19. Jahrhundert wird in der folgenden Analyse den Hintergrund der Konstituierung von Generationsgruppen abgeben, deren späteres politisches Verhalten in der Wahlentscheidung erfragt wird.

Ohne in erkennbarer Weise an generationstheoretische Konzeptionen anzuknüpfen, hat Arthur Dix 1930 erstmals den Versuch gemacht, den tiefgreifenden Wandel in der Wählerentscheidung bei der Reichstagswahl vom September desselben Jahres durch eine nach Altersgruppen differenzierende Analyse zu erhellen, indem er neben anderen Faktoren den »Erlebnishintergrund von neun Altersklassen der Wahlbevölkerung« in einer allerdings stark schematisierenden Form zur Diskussion stellte.²⁷ In seiner

²⁵ In diesem Sinne spricht Mannheim nicht einfach von »Generation«, sondern von »Generationszusammenhang« und »Generationseinheit«, wobei der erste Begriff eine bestimmte Altersgruppe mit gleichem Erlebnishintergrund insgesamt umgreift, die »Generationseinheiten« dagegen verschiedene Gruppen innerhalb dieses »Generationszusammenhangs« bezeichnen, die jeweils unterschiedliche Reaktionen auf die gleichen Erlebnisse erkennen lassen (K. Mannheim, *Das Problem der Generationen*... [nach der Ausgabe von K.H. Wolff], S. 544 und 553). Die vorliegende Studie wird im folgenden den Terminus »Generation« abkürzend im Sinne des »Generationszusammenhangs« gebrauchen, da eine weitere Trennung nach »Generationseinheiten« für die historische Wahlforschung aufgrund der Quellenlage unmöglich ist.

²⁶ Für diejenigen Konzepte, denen eine Generation als »sekundäres« historisches Phänomen gilt, hat Hans Jaeger den Sammelbegriff der »Prägungs-Hypothese« gefunden, während er den genealogisch verfahrenen Arbeiten, die z. B. eine starre 30-Jahre-Rhythmik annehmen, die »Pulsschlag-Hypothese« zuschreibt. (Vgl. H. Jaeger, *Generationen in der Geschichte*..., bes. S. 431 f.) Die vorliegende Studie wird also — verkürzt gesagt — von der Prägungshypothese ausgehen, ohne damit etwa eine *individuell* feststellbare Verbindlichkeit der prägenden Faktoren — hier der schulischen Einflüsse — zu postulieren.

²⁷ Die entsprechende Tabelle wurde bereits im Vorgriff auf die Wahlen am 13. August 1930 in den *Hamburger Nachrichten* veröffentlicht. Vgl. den Gesamtzusammenhang in: Arthur Dix, *Die deutschen Reichstagswahlen 1871—1930 und die Wandlungen der Volksgliederung*, Tübingen 1930, bes. die Tabelle auf S. 34 f. Ähnlich dem Vorgehen einer Bildungsuntersuchung bezieht Dix seine Kategorien vor allem auf die Eindrücke in der Jugendzeit, ohne allerdings Aspekte der Bildungsentwicklung aufzunehmen. Vielmehr stehen politische Eindrücke und Veränderungen der Wirtschaftsstruktur im Vordergrund. Daß eine solche Betrachtungsweise auch in der modernen Forschung gefordert wird, besonders im Zusammenhang mit dem Bestreben, zu einer historisierenden Analyse der Probleme heuti-

Soziologie der Demokratie bedauerte Seymour Martin Lipset, daß über diesen ersten Ansatz hinaus nicht weiter versucht wurde, »die Auswirkungen von Generationenerfahrungen mit modernen Forschungsmethoden zu analysieren«.²⁸

Wie schon im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik waren es wiederum die Folgen des tiefen generationsprägenden Einschnittes des Krieges, die nach 1945 die zweite Phase der Beschäftigung mit dem Phänomen des altersgruppenbestimmten Wandels im öffentlichen Leben auslöste. Neben den Arbeiten von Theodor Litt, Eduard Spranger und Helmut Schelsky, die sich ja nicht direkt mit der Frage nach dem Wählerverhalten verschiedener Generationen beschäftigten,²⁹ verschob sich das Schwergewicht dieses Forschungszweiges nach 1945 aber in den internationalen Bereich. Die amerikanische politische Soziologie war es auch, die die Frage nach der Relevanz von Altersgruppen jetzt verstärkt in Wahlverhaltensuntersuchungen einbezog.³⁰ Klaus R. Allerbeck hat in einer Vergleichsstudie amerikanischer und deutscher Entwicklungen darauf hingewiesen, daß die Konstanz des Parteiensystems in den Vereinigten Staaten über lange Zeiträume hinweg dazu aufforderte, den Anpassungs-

ger Gesellschaften zu gelangen, zeigt folgende Bemerkung von Rüchemeyer: »Modernisierungsprozesse sind typisch langfristige Vorgänge, in denen bestimmte kritische Wandlungen sich nur im Verlauf von ein oder mehreren Generationen vollziehen. Das macht die Verwendung historischen Materials fast unumgänglich.« (D. Rüchemeyer, *Modernisierung und die Gebildeten im kaiserlichen Deutschland. Überlegungen zu einer in Arbeit befindlichen Untersuchung*, in: *Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme*, hrsg. von Peter Christian Ludz [= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 16], Opladen 1972, S. 515—529; siehe hierzu S. 517.)

²⁸ Seymour Martin Lipset, *Soziologie der Demokratie* (= Soziologische Texte, Bd. 12), Neuwied-Berlin 1962, S. 292 f. Vgl. darüber hinaus das gesamte Kapitel: *Die Generationen und das politische Verhalten* als Teil seiner Überlegungen zur Funktion der Wahl in der Demokratie (*a.a.O.*, S. 290—299).

²⁹ Vgl. etwa Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf 1957; Eduard Spranger, *Fünf Jugendgenerationen 1900—1949*, in: Ders., *Pädagogische Perspektiven*, 2. Aufl., Heidelberg 1955, S. 25—27, und Theodor Litt, *Das Verhältnis der Generationen ehemals und heute*, Wiesbaden 1947.

³⁰ Hinweise dazu bei S. M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*..., S. 290 ff., bes. S. 292—293. Eine Anwendung des generationsspezifischen Verfahrens ist darüber hinaus auch in der englischen Wahlforschung zu beobachten: Nach Butler/Stokes lassen sich die Wählerentscheidungen der sechziger Jahre vor allem aus der Verschiebung der Generationenszusammensetzung der britischen Wahlbevölkerung ableiten. (David Butler/Donald Stokes, *Political Change in Britain. Forces Shaping Electoral Choice*, London 1969; vgl. auch die Diskussion dieser Ansätze bei Hans Setzer, *Determinanten der Wählerentscheidung. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse der Unterhauswahlen in England und Wales zwischen den Weltkriegen*, Frankfurt-New York 1974, S. 58—60.)

prozeß der Bürger im Wechsel der Altersgruppen an das feststehende politische System zu studieren — dies besonders im Hinblick auf Sozialisationsfaktoren wie Familie und Schule.³¹ Aus dem Forschungsüberblick bei Herbert H. Hyman geht hervor, daß die Denkfigur der historischen Generation, wie sie durch Karl Mannheim entwickelt wurde, durchaus auch hier ihren Niederschlag fand.³² Angus Campbell und andere wandten in ihrer Untersuchung über das Verhalten des amerikanischen Wählers zum Beispiel sekundär bestimmte Generationsgruppen als Gliederungsschema an: die Gruppe zeigte, daß ein deutlicher Unterschied der parteipolitischen Affinität zwischen demjenigen Teil der amerikanischen Bevölkerung zu beobachten ist, der bereits vor Wirtschaftskrise und *New Deal* wahlberechtigt war und den Jungwählern *nach* diesem tiefgehenden ereignisgeschichtlichen Einschnitt.³³ Nach einer Langzeitanalyse von Nelson ergab sich ebenfalls, daß nicht das Alter an sich die Determinante politischer Umorientierung ist, sondern in diesem Falle die wachsende Erfahrung mit dem gesellschaftlichen Wandel.³⁴

Im deutschen Bereich ist nur eine zögernde Rezeption generationstheoretischer Ansätze in der Wahlsoziologie nach 1945 festzustellen. Bruno Gleitze beschrieb den Generationseffekt in der Nachkriegsentwicklung des Wählerverhaltens am Beispiel des Trends zur SPD, für den er die Sterbeverluste der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Altersjahrgänge verantwortlich machte, die seiner Auffassung nach noch mit relativ starken Vorbehalten gegen die Sozialdemokratie erfüllt waren.³⁵ Jedoch richtete erst das Problem des wiederauflebenden Rechtsradikalismus in der Mitte der sechziger Jahre, der viel diskutierte Generationswechsel in der Wählerschaft der Bundesrepublik bei den Wahlen von 1969 und weit stärker

³¹ Klaus R. Allerbeck, *Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten*, München-Wien 1973, S. 98 f.

³² Herbert H. Hyman, *Political Socialization. A Study in the Psychology of Political Behavior*, Glencoe/Ill. 1959, S. 102.

³³ Angus Campbell/Philipp E. Converse/Warren E. Miller/Donald F. Stokes, *The American Voter*, New York-London 1960.

³⁴ Vgl. dazu den Bericht über seine Ergebnisse bei H. H. Hyman, *Political Socialization ...*, S. 110 f.

³⁵ Bruno Gleitze, *Der Generationseffekt in der politischen Meinungsbildung*, in: *Die Statistik in der Wirtschaftsforschung. Festgabe für Rudolf Wagenführ zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Heinrich Strecker und Willi Böhn, Berlin 1967, S. 253—266, bes. S. 262. Seine Ergebnisse werden auch bei Wolf Michael Iwand, *Wählerfluktuation in der Bundesrepublik. Eine Analyse zur Interdependenz von Wahlverhalten und Parteiensystem in der BRD*, Wiesbaden-Frankfurt/M. 1972, S. 21—23, referiert.

noch von 1972 das Interesse der gegenwartsbezogenen Wahlforscher in vermehrtem Umfang auf altersspezifische Zusammenhänge. M. Rainer Lepsius hat in einer Analyse der Wahlergebnisse von 1972 die politische Sozialisation von sechs Generationszusammenhängen entlang den großen Entwicklungslinien der deutschen Geschichte vom Kaiserreich bis zur »Mobilisierungsphase« ab 1967 zurückverfolgt.³⁶ Im Fazit gelangte er zu der Auffassung, daß sich in der Bedeutungshierarchie der Bestimmungsgründe des Wählerverhaltens ein Wandel vollzogen haben könnte, nämlich der Rückgang des primären Einflusses der sozialen Schichtung zugunsten der Auswirkungen von Änderungen im Sozialisationsprozeß, die ihrerseits die traditionelle Bindekraft sozialkultureller Milieus gelockert haben. Damit gewann der Faktor der politischen Sozialisation, verstanden als ungleichzeitiges Bestimmungselement des Wählerverhaltens, durch den generationsspezifischen Ansatz eine Bedeutung, die in der Wahlforschung als ein Novum angesehen werden mußte. Lepsius stellte die These auf, daß die Beziehungen zwischen Sozialstruktur und Parteiensystem durch die Veränderungen in der politischen Sozialisation, wie sie sich gerade in der letzten von ihm beschriebenen Generationsphase niedergeschlagen haben, neu konstituiert werden, was eine Auflösung der hergebrachten sozialstrukturell bedingten Parteipräferenzen zur Folge hatte.

Es ist evident, daß der Generationseffekt als Determinante im Faktorenbündel der Wahlforschung vor allem dann ein entscheidungsrelevantes Kriterium darstellt, wenn er an den Veränderungen in der politischen Sozialisation der Wahlbevölkerung gemessen wird, wenn — wie Rudolf Heberle formuliert hat — der Wahlakt nicht als zeitgebundene, aktuelle Entscheidung verstanden, sondern »bis zu den Zuständen und Ereignissen in der Lebensgeschichte des Wählers und des Systems, dessen Mitglied er selbst ist«, zurückverfolgt, ihm also eine historische Dimension beigelegt wird. Peter Steinbach hat in seinem Überblick zu Stand und Methode der historischen Wahlforschung herausgearbeitet, daß schon diesem Pionier der deutschen Wahlsoziologie der Begriff einer politisch geformten Gene-

³⁶ M. Rainer Lepsius, *Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen. Vermutungen zu Tendenzen und Hypothesen zur Untersuchung der Bundestagswahl 1972*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 14. Jg. (1973), H. 2, S. 295—313. Neuerdings hat Joachim Breitsamer ebenfalls einen Versuch unternommen, einen generationsdifferenzierenden Ansatz auf die Analyse von Wahlen zu beziehen. Neben einem interessanten einschlägigen Literaturüberblick fehlt in diesem Beitrag jedoch letztlich die empirische Durchführung, so daß die Bedeutung der Generationen für das Wählerverhalten hier theoretisches Postulat bleibt. (Joachim Breitsamer, *Ein Versuch zum »Problem der Generationen«*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 28. Jg. [1976], H. 3, S. 451—478.)

ration als Fazit seiner Studien zur nationalsozialistischen Bewegung in der schleswig-holsteinischen Landbevölkerung zunehmend fruchtbar zur Erklärung von Wandlungsprozessen der politischen Orientierung erschien, ohne daß er diesen Ansatz konsequent ausgeführt hätte. In Anlehnung an Heberles Überlegungen kommt Steinbach zu dem Schluß: »Somit ist das Generationsproblem mehr als eine Altersfrage und bezeichnet eine Dimension, die herkömmliche soziostrukturelle, konfessionsstatistische und historisch-politische Teilaspekte der politischen Ökologie ergänzt und modifiziert.«³⁷ Trotz der grundlegenden Bedeutung des Generationsproblems blieb diese Fragestellung in der *historischen* Wahlforschung weiterhin ein Desiderat. Dies ist keineswegs zufällig, sondern erklärt sich wesentlich aus der Unsicherheit darüber, wie die viel zitierte »politische Sozialisation« empirisch faßbar wird, so daß sie in eine sinnvolle Beziehung zu späterem Wählerverhalten gesetzt werden kann.³⁸ Welche Kompo-

³⁷ Zur Position Heberles siehe: Rudolf Heberle/Stein Rokkan, *Zum Problem der Wahlsoziologie*, in: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 2, Stuttgart 1969, S. 863—911. Die Bemerkungen zu dieser »Zeit-Achse« des Wahlverhaltens vgl. auf S. 885. Heberle hat sich auch an anderer Stelle intensiv mit der Kategorie der »Generation« in sozial- und politikgeschichtlicher Sicht auseinandergesetzt, ebenfalls in Orientierung an dem Konzept Karl Mannheims (Rudolf Heberle, *Hauptprobleme der politischen Soziologie*, Stuttgart 1967, bes. S. 95—110); zur Rezeption dieser Ansätze siehe: Peter Steinbach, *Stand und Methode der historischen Wahlforschung. Bemerkungen zur interdisziplinären Kooperation von moderner Sozialgeschichte und den politisch-historischen Sozialwissenschaften am Beispiel der Reichstagswahlen im deutschen Kaiserreich*, in: Hartmut Kaelble u. a., *Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert* (= Schriften des Zentralinstituts 6 der Freien Universität Berlin, Bd. 27), Opladen 1978, S. 171—234, bes. S. 198 f. Zum methodischen Ansatz der »politischen Ökologie« bzw. dem Verhältnis der vorliegenden generationsspezifischen Untersuchung zu dieser Verfahrensweise der Wahlforschung vgl. den ersten Abschnitt des DRITTEN KAPITELS der vorliegenden Arbeit.

³⁸ Die Untersuchung der »politischen Sozialisation« betreffend, unterscheidet sich die vorliegende Studie prinzipiell von Arbeiten, die — wie etwa die Dissertation von Gerlinde Rurik — anhand einer vorgegebenen Theorie ein Modell darlegen, das dann doch nur ansatzweise oder überhaupt nicht mit dem historischen Material in Beziehung gesetzt wird. (G. Rurik, *Sozialisationsfeld Industriebetrieb: Eine Untersuchung über die Funktion vorschulischer und schulischer Sozialisationsinstanzen, dargestellt am Beispiel eines deutschen Industriekonzerms*, Phil. Diss., Aachen 1972.) Weiterhin wird hier versucht, die »Überschätzung des Sozialisationsfaktors Schule« zu vermeiden, die Joachim Rohlfes den *Studien zur Sozialgeschichte und Philosophie der Bildung* von Heinz-Joachim Heydorn und Gernot Koneffke, München 1973, vorgeworfen hat (Joachim Rohlfes, *Literaturbericht: Erziehungswissenschaft*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 27. Jg. [1976], H. 3, S. 174—190, bes. S. 177 f.) Zu diesem Problem der Relativierung der Unterrichtsergebnisse und ihrer Einordnung in das Gesamtspektrum aller Bestimmungsgründe politischer Ent-

nente der Totalität aller Beeinflussungsprozesse kann zur Festlegung der zeitlichen Abgrenzungen zwischen den Generationszusammenhängen herangezogen werden, und was charakterisiert diesen Zusammenhang? Die bisherige Orientierung an der grobstrigen epochalen Struktur des historischen Ablaufs muß wohl als Folge des Mangels an geschichtswissenschaftlich geprägter Forschung in diesem Bereich angesehen werden. Bei Hyman ist dieses Problem der empirischen Operationalisierung des generationsspezifischen Ansatzes für die Wahlforschung näher behandelt worden. Er konstatiert, daß die meisten Arbeiten dramatische Aspekte wie Kriege, Wirtschaftsdepressionen oder das Wirken großer historischer Gestalten zum Maßstab ihrer Abgrenzung der Generationen machen. Aber: »if we ask in what respects the environment of young people in the United States differs from that of their parents, we can immediately point to many factors not subsumed under the dramatic. Most obvious is the increase in years of formal education in this generation plus qualitative changes in the curriculum and the significance of these should not be neglected.«³⁹

Die Rolle von Schule und Bildung wurde tatsächlich in Studien, die sich nicht mit einer allgemein ereignisgeschichtlichen Periodisierung begnügen wollten, bevorzugt als Indikator gewählt. So wurde zum Beispiel in den Untersuchungen zur Struktur des Wählerpotentials der NPD durch Hans D. Klingemann und Franz Urban Pappi speziell auf die Schulbildungsphasen der Betroffenen rekurriert, ohne diese jedoch einer näheren Konkretisierung oder Analyse zu unterziehen, was die folgende Studie sich dagegen zur Aufgabe machen wird.⁴⁰ Als Fortführung einer EMNID-Analyse aus dem Jahre 1965 differenzierten die Autoren die Parteipräferenz für die Nationaldemokraten danach, ob die Wähler ihre Schulbildung bereits in der Bundesrepublik, in der Zeit des Nationalsozialismus, zwischen 1918 und 1933 oder noch früher erhalten hatten.⁴¹ In einer späteren Arbeit

scheidung siehe besonders das DRITTE KAPITEL, Abschnitt 6 und die ERGEBNISSE der vorliegenden Arbeit. Zur grundsätzlichen Orientierung über Sozialisations-theorien wie den empirischen Forschungsstand siehe Wilfried Gottschalch, *Sozialisationsforschung: Materialien, Probleme, Kritik*, Frankfurt/M. 1974, und Helmut Fend, *Sozialisierung und Erziehung. Eine Einführung in die Sozialisationsforschung* (= Studien zur Erziehungswissenschaft, Bd. 5), Weinheim-Basel 1976, sowie neuerdings Michael Zängle, *Einführung in die politische Sozialisationsforschung*, Paderborn 1978. Zum methodischen Aspekt: Heinz Renn, *Die Messung von Sozialisierungswirkungen*, München 1973.

³⁹ H. H. Hyman, *Political Socialization* . . . , S. 104 f.

⁴⁰ Vgl. dazu die S. 23 ff. skizzierte Vorgehensweise.

⁴¹ Hans D. Klingemann und Franz Urban Pappi, *Möglichkeiten und Probleme bei der Kumulation von Umfragen*, in: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Bd. 1 (1969), S. 173—190, vgl. Tabelle 4.

verdichteten sie ihre Ergebnisse dann zu der These, »daß für den politischen Bereich selbst in modernen Nationalstaaten *erst durch die Schulbildung* aus einer Generationslagerung ein Generationszusammenhang wird...«⁴²

Die Favorisierung der Schulbildung als Maßstab grundlegender Eindrücke im Lebensablauf, überhaupt die ebenfalls häufig zu beobachtende Bevorzugung der in der Jugend erhaltenen Eindrücke als prägend für späteres Wählerverhalten, bedeutet jedoch noch lange keinen überzeugenden Beweis für die Richtigkeit dieses Zugangs. Sind nicht etwa Sozialisationsfaktoren wie die Familie, die Zugehörigkeit zu Jugendverbänden, aktuelle politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder gar spätere hervorragende Eindrücke, politische Schlüsselerlebnisse, bedeutend wichtiger als die Schulbildung?

Diese Frage einleitend beantworten zu können, würde bedeuten, die folgende Untersuchung überflüssig zu machen. Es ist dem methodischen Vorgehen der empirischen Wahlforschung fremd, die Relevanz der von ihr untersuchten Determinanten politischer Entscheidung *vor* ihrer Überprüfung durch quantifizierende Analysen auf spekulativem Wege zu begründen. Sicher ist es notwendig, sich die Frage vorzulegen, ob der gewählte Faktor überhaupt in sinnvoller Weise mit der Wahlentscheidung großer Teile der Bevölkerung in Beziehung gesetzt werden kann; diese generelle Voraussetzung ist nach dem jetzigen Stand der Forschung unzweifelhaft gegeben.⁴³ Darüber hinausgehende Aussagen sind jedoch mit den

⁴² Dies., *Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen*, München-Wien 1972, S. 80. Zur Ergänzung wie zur Kritik der von Klingemann/Pappi ermittelten Ergebnisse vgl. die Arbeit von Thomas A. Herz, *Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Eine vergleichende Analyse der Anhänger der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Anhänger von George C. Wallace* (= Politik und Wähler, Bd. 12), Meisenheim am Glan 1975, bes. die Seiten 179—183, 187 und 190. Herz setzt sich vor allem kritisch mit der Frage auseinander, ob bei Volksschulabsolventen noch eine Beziehung zu späteren politischen Einstellungen feststellbar ist.

⁴³ Als Beispiel für die Skepsis, mit der die empirische Sozialforschung zunächst an das Problem der Interdependenzen von Schulbildung und Wählerverhalten heranging, sei auf die Untersuchung von Wolfgang Hirsch-Weber und Klaus Schütz, *Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953*, Frankfurt/M. 1957, verwiesen, in der sie zu bedenken geben, daß eine rechnerisch ermittelte Beziehung zwischen Schulbildung und politischer Entscheidung noch nicht den Nachweis einer direkten positiven Korrelation führt. Naheliegender ist es ihrer Auffassung zufolge, beide empirischen Befunde auf eine dritte Größe zurückzuführen, von der die Variablen *Bildung* und *Wählerverhalten* gleichermaßen abhängen, auf die Sozialstruktur nämlich. Das heißt konkret, daß die Aussage, ein Volks-

Mitteln der Wahlverhaltensanalyse erst zu erarbeiten. Es kann dabei auch gar nicht das Ziel sein, den gewählten Bestimmungsgrund, in diesem Falle die Schulbildung, als einzigartige und alles übergreifende Determinante politischer Entscheidung zu erweisen und dagegen alle anderen Faktoren als irrelevant hinzustellen. Ebenso wenig wie die Bedeutung der sozialstrukturellen Zugehörigkeit eines Wählers den Einfluß der Konfession für das Abstimmungsverhalten grundsätzlich ausschließt oder umgekehrt, wird eine etwa nachweisbare Auswirkung von Schulbildungsphasen die gleichzeitige Relevanz politischer Erlebnissfaktoren *ad absurdum* führen. Erkenntnisinteresse der Wahlforschung ist letztlich kein isolierter Bestimmungsgrund, sondern die Bedeutung einer Determinante im Bezugssystem aller denkbaren Faktoren der Wahlentscheidung; die folgende Untersuchung versteht sich als ein Beitrag auf dem Wege zu diesem Ziel.

Bisher wurde gezeigt, wie, ausgehend von schulgeschichtlichen und herrschaftspolitischen Fragestellungen der preußischen Geschichte, eine generationsspezifische Untersuchung des Wählerverhaltens notwendig wird, und wie andererseits in Generationsstudien der Wahlforschung besonders Momente der politischen Sozialisation, damit auch und gerade der Schulbildung, bedeutsam werden. Wie ist nun der Faktor Schulbildung in historischer Perspektive für eine Wahlverhaltensanalyse aufzubereiten?⁴⁴

schulabsolvent wähle sozialdemokratisch, mit der Aussage identisch ist — oder sie nur eigentlich verdeckt —, daß ein Angehöriger der Unterschicht oder unteren Mittelschicht sozialdemokratisch wählt: Bildung und Wählerverhalten wären danach gemeinsam ableitbar aus der sozialen Position (S. 256). Trotz der von Vorbehalt gekennzeichneten Beurteilung des Einflusses von Schulbildung auf Wählerverhalten wurde diese Fragestellung weiter in die Untersuchungen einbezogen, wobei die neueren Analysen eine positive Akzentverschiebung in der Behandlung dieses Phänomens erkennen lassen. Klepsch, Müller und Wildenmann haben zum Beispiel bei der Auswertung der Bundestagswahlergebnisse 1965 festgestellt, daß sich bei der CDU eher Wähler mit Volksschulabschluß und höherer Schulbildung finden, während bei den SPD-Wählern Volksschüler mit anschließender Fachausbildung überwiegen. (Egon Klepsch / Günther Müller / Rudolf Wildenmann, *Die Bundestagswahl 1965* [= Geschichte und Staat, 109], München-Wien 1965, S. 25.) Dazu ergänzend Max Kaase, *Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 14 (1973), S. 145—190; bes. S. 166, der auf das Faktum hinweist, daß sich der Einbruch der SPD in den bisher CDU/CSU wählenden Teil der Arbeiterschaft vor allem unter den *ungelehrten* Arbeitern abspielte, »die bisher in einem bemerkenswerten Maß für die CDU/CSU und damit gegen ihre 'Klasseninteressen' votiert hatten«.

⁴⁴ Die im folgenden dargestellten Verfahrensweisen und methodischen Ausgangsbedingungen bilden nur die Grundlage für die detaillierte, konkret statistische Erarbeitung des Ansatzes, wie sie im DRITTEN KAPITEL der vorliegenden Arbeit ausführlich dargestellt wird. (Vgl. bes. die ersten beiden Abschnitte.)

Sowohl in Studien, die nach der Methode der persönlichen Befragung der Wählergenerationen vorgehen als auch in Untersuchungen, die mit dem Ansatz der Vergleichsanalyse von Aggregatdaten arbeiten, wird überwiegend der Dauer beziehungsweise dem Qualifikationsgrad der Schulbildung eine erhebliche Bedeutung in bezug auf ihre politische Langzeitwirkung beigemessen.⁴⁵ Die vorliegende Studie wird sich dieses Aspekts *nicht* annehmen — dies aus dem einfachen Grund, weil die *historische* Wahlstatistik eine Unterscheidung der Wähler nach Volksschulabsolventen, Gruppen mit mittlerer und höherer Schulbildung oder gar Akademikern nicht ermöglicht und die heute angewandten Methoden der individuellen Befragung noch nicht entwickelt waren. Dieses Quellenproblem betrifft im Prinzip genauso die traditionellen sozial- und wirtschaftsstatistischen Faktoren des Wählerverhaltens, die trotz fehlender *direkter* Beziehung zur Wahlstatistik auf dem Wege von Korrelationsuntersuchungen von der historischen Wahlforschung in die Analyse einbezogen wurden.⁴⁶ Die dazu notwendige Voraussetzung ist jedoch, daß es sich dabei jeweils um Teilgruppen der Wählerschaft handelt, deren Anzahl eine gewisse statistische Signifikanz aufweist, wie etwa die evangelische beziehungsweise katholische Wählerschaft oder die dem gewerblichen Sektor beziehungsweise der Landwirtschaft zuzurechnenden Wahlberechtigten.

Eine solche numerische Relevanz wäre nun aber nicht für alle Gruppen einer historischen Untersuchung der Wähler nach dem Bildungsgrad gegeben. Zwar wird durch eine Gliederung des Schulsystems nach den drei Stufen des Vertikalaufbaus suggeriert, daß es sich um eine nahezu gleichmäßige Verteilung der drei Schulabsolventengruppen handelt, deren Bedeutung für das Wahlergebnis nur geringfügig differiert. Dies ist jedoch bereits für die gegenwärtige Wahluntersuchung ein problematisches Vorgehen; für das 19. Jahrhundert ist eine derartige Aufgliederung des Untersuchungsgegenstandes »Schulbildung« gänzlich unbrauchbar. Im

⁴⁵ In einer Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahlen von 1974 durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften wurde die Korrelation von Schulbildung und Wählerverhalten nicht mehr auf die Methode der persönlichen Befragung beschränkt. *Infas* ermittelte durch Auswertung von Aggregatdaten, daß in Gebieten, in denen Bevölkerungsgruppen mit durchschnittlich höherem Bildungsstand, gemessen an dem der Gesamtbevölkerung, angesiedelt sind, in rückläufiger Tendenz FDP gewählt wurde und die CDU überdurchschnittliche Gewinne verzeichnete. Diese Studie wurde im Auftrag der ARD-Rundfunkanstalten durchgeführt und nach Auskunft der Kanzlei der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg vom 8. Juni 1977 nicht veröffentlicht. Vgl. dazu den Bericht der *Frankfurter Rundschau* vom 5. 3. 1974, S. 2.

⁴⁶ Zu Begriff und Methode der Korrelationsanalyse vgl. das DRITTE KAPITEL der vorliegenden Arbeit.

Jahre 1822 bildete nämlich die Gesamtzahl aller Gymnasialschüler in Preußen 0,42 % der männlichen Bevölkerung sowie 3,28 % der männlichen Elementarschüler. 1846 waren es nur noch 0,35 % der männlichen Bevölkerung sowie 2,26 % der männlichen Elementarschüler.⁴⁷ Der auffällige Rückgang der höheren Bildung erklärt sich mit Busshoff aus dem systematischen Bemühen der staatlichen Schulbürokratie, die Absolventenzahl der Gymnasien so gering wie möglich zu halten, um sie dem (gewünschten) Bedarf anzupassen. Detlef Müller wies für die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts eine entsprechende bildungsökonomische Strategie der Berliner Schulverwaltung nach.⁴⁸ Bei dieser schulpolitischen Tendenz ist es nicht überraschend, wenn sich noch für 1906 bei männlichen Schülern ein Überwiegen der Volksschulbildung von 90,3 % über alle Arten mittlerer und höherer Bildung ergibt.⁴⁹ Gleichzeitig lassen die Daten für diese späte Phase des Kaiserreichs ein weiteres Strukturmerkmal erkennen, auf das an dieser Stelle im Hinblick auf die schichtenspezifische Betrachtung des Bildungswesens verwiesen werden soll. Unter dem Aufbau des Schulwesens nach Schultypen hat man sich keineswegs eine pyramidale Form vorzustellen, wie sie dem Größenverhältnis der Bevölkerungsgruppen von Unterschicht, Mittelschicht und Oberschicht entspräche,

⁴⁷ Heinrich Busshoff, *Die preußische Volksschule als soziales Gebilde und politischer Bildungsfaktor in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ein Bericht*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 22 (1971), H. 7, S. 385—396; vgl. die Angaben auf S. 390.

⁴⁸ Detlef Müller, *Sozialstruktur und Schulsystem. Forschungsbericht über eine mehrdimensionale Analyse des Schulwesens im 19. Jahrhundert. Modellfall Berlin*, in: *Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts*, hrsg. von Walter Rüegg und Otto Neuloh, Göttingen 1971, S. 213—237; Zitat S. 214.

⁴⁹ *Prozentuale Verteilung der schulischen Bildungsbereiche in Preußen am Beispiel der Schülerzahlen (Knaben) im Jahre 1906*

Schulzweig	absolut	%
Volksschulen	3 090 033	90,3
Mittelschulen	92 462	2,7
Höhere Lehranstalten	241 244	7,0
Schulwesen insgesamt	3 423 739	100,0

Quelle: *Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat*, hrsg. vom Kgl. Preußischen Statistischen Landesamt, 6. Jg. (1908), Berlin 1909, S. 157—177. Die Angaben verstehen sich inklusive Privatschulen und Vorschüler.

sondern die Anzahl der Schüler an Mittelschulen liegt deutlich noch unter 50 % der Schüler an höheren Lehranstalten. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die These näher, wie sie besonders durch Schelsky zum Gemeingut der Beurteilung des Schulwesens im 19. Jahrhundert wurde, daß es sich dabei nämlich um ein Abbild der vorgegebenen sozialen Schichtung gemäß den Entsprechungen: Oberschicht/Gymnasium, Mittelschicht/Mittelschule, Unterschicht/Volksschule handele, so gibt schon die Größenordnung zu denken, die damit der Mittelschicht zugewiesen wird, die, gemessen an der Bedeutung der Mittelschule, die kleinste Gruppe zwischen Oberschicht und der nahezu die gesamte Bevölkerung umfassenden Unterschicht wäre. Mit einer Identifizierung von Bildungs- und Sozialschichten wird das Problem also eher verdeckt.⁵⁰

Diese prinzipielle Unmöglichkeit, vertikal differenzierte Bildungsschichten durch statistische Korrelationen mit den Wahlergebnissen des Kaiserreichs in Beziehung zu setzen, die Tatsache, daß noch nach der Jahrhundertwende 90 % der Bevölkerung keine weiterführenden Schulen besuchten, läßt die These zu, daß es sich bei der preußischen Gesellschaft in der Zeit des Kaiserreichs *quantitativ* vor allem um eine *Gesellschaft von Volksschülern* handelt. Mit dieser Feststellung wird nicht übersehen, daß es gerade die durch Gymnasial- und Universitätsbildung gegangenen Eliten waren, die durch meinungsbildende Medien bedeutenden Einfluß auf die Wahlentscheidung der breiten Bevölkerung im Sinne eines Multiplikatoreffekts ausübten. Auf ihre *eigene* Wahlentscheidung kommt es jedoch aufgrund fehlender statistischer Relevanz nicht an. Das Konzept, die Volksschulabsolventen gleichsam als Gesamtwählerschaft zu untersuchen, kennt nun trotzdem bildungsspezifische Differenzierungen — eben die in verschiedene Altersgruppen, in »Generationszusammenhänge« mit einem je anderen schulischen Erlebnishintergrund. Diese »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« — von Karl Mannheim als Charakteristikum des Generationenphänomens bezeichnet⁵¹ — wird damit zum strukturellen Prinzip sowohl des historisch-deskriptiven als auch des statistisch-korrelierenden Vorgehens der folgenden Untersuchung, oder — um es auf eine Formel zu bringen, die im folgenden abkürzend für den explizierten Zusammenhang stehen soll: Die Frage nach der Volksschulbildung be-

⁵⁰ Vgl. hierzu die ausführliche Kritik einer »mobilitätsneutralen« Systemtheorie des Bildungswesens im 19. Jahrhundert bei D. Müller, *Sozialstruktur und Schulsystem* ..., S. 219 ff.

⁵¹ K. Mannheim, *Das Problem der Generationen* ... (nach der Ausgabe von K. H. Wolff), S. 517: »In derselben chronologischen Zeit leben verschiedene Generationen. Da aber wirkliche Zeit nur die erlebte Zeit ist, leben sie alle eigentlich in einer qualitativ völlig verschiedenen inneren Zeit.«

stimmter Wählergenerationen läßt sich umwandeln in die Frage nach der Wahlentscheidung der verschiedenen preußischen »*Schulgenerationen*«. ⁵² In der hier dargelegten Verbindung der Fragestellungen von historischer Bildungsforschung und historischer Wahlforschung ließe sich die mit der vorliegenden Untersuchung gestellte Aufgabe auf die Formel bringen, *Grundlagen für eine politische Wirkungsgeschichte des Bildungswesens im Rahmen einer Geschichte der Wählerbewegung* zu erarbeiten.

Historische Analyse von 'Schulgenerationen'

Die für die folgende Untersuchung gewählte Ordnungskategorie 'Schulgeneration' bezeichnet in *einem* Begriff das methodische Vorgehen dieser historischen Wahlanalyse, das die *altersspezifische* Entscheidung einerseits wie die *bildungsbedingte* Entscheidung andererseits in einem Ansatz integriert. Dies bedeutet für die Konstituierung der Generationsgruppen der Reichstagswählerschaft, daß nicht der Gesamtkomplex ihrer historischen Lebenserfahrung — auch nicht, soweit er überindividuell faßbar ist, — relevant wird; sondern nur der spezielle Ausschnitt der Schulbildung, hier der Volksschulbildung; es bedeutet für die anschließende Untersuchung der Entwicklung der politischen Bildung im 19. Jahrhundert, daß sie nicht nach eigengesetzlichen Gesichtspunkten im Sinne einer umfassenden Geschichte von Theorie und Praxis vorgenommen wird, sondern speziell unter dem Aspekt einer möglichen Bedeutung für spätere politische Entscheidungen großer Bevölkerungsgruppen, denn die 'Schulgenerationen' sind ja gleichzeitig und dem Erkenntnisinteresse der Studie entsprechend primär »Wählergenerationen«. ⁵³

Die einschlägige Schulpolitik des 19. Jahrhunderts wird also in einer bewußten Auswahl einiger *Untersuchungsbereiche* analysiert; darüber hinaus wird sie unter dem Raster einer für die Wahlanalyse grundlegenden *Periodisierung* ausgewertet, die dann im Schlußteil der Arbeit die Bestim-

⁵² Der Begriff der »Schulgenerationen« findet sich bisher in der einschlägigen Literatur so nicht vor. Um seinen hypothetischen Charakter zu kennzeichnen, wird er im folgenden Text grundsätzlich apostrophiert.

⁵³ Um dem Irrtum vorzubeugen, es sollte etwa die Existenz homogener, bildungsbestimmter Wählergenerationen als Realphänomene behauptet werden, sei auf einschlägige Überlegungen Wilhelm Roeflers zur funktionalen Verwendung derartiger Ordnungskategorien verwiesen. Er will mit der Einführung des Begriffs »Generationen« und anderer Termini nicht unterstellen, daß die so bezeichneten Phänomene »als solche wesentlich existieren, sondern die Begriffe werden ... lediglich zur Ordnung von Zusammenhängen verwandt.« (W. Roefler, *Schichtenspezifische Sozialisation in der Weimarer Republik* ..., S. 19.)

mungszeiträume für die Erhebung von Daten der Bevölkerungsstatistik zum jeweiligen Zeitpunkt der dreizehn Reichstagswahlen des Kaiserreichs festsetzt, und drittens bezieht sie sich innerhalb des preußischen Gesamtrahmens auf eine bestimmte *regionale Auswahl*, die im folgenden zu begründen sein wird.

Die Auswahl von *UNTERSUCHUNGSBEREICHEN* und Materialien der schulgeschichtlichen Kapitel dieser Studie bestimmt sich am Erkenntnisziel der Erforschung des Wählerverhaltens im Kaiserreich, damit an Teilbereichen der Interdependenz von Bildung und politischen Interessen, so zum Beispiel an der Einwirkung führender Schichten in Staat und Gesellschaft auf die politische Indoktrination der Schüler zur Perpetuierung ihrer Machtinteressen.⁵⁴ Damit steht die politische Bildung als Gesinnungsbildung im Vordergrund der Analyse.

Der Terminus »Gesinnungsbildung« stellt hier den Oberbegriff für die verschiedenen schulischen Möglichkeiten der Einwirkung auf politische Leitvorstellungen der künftigen Staatsbürgergeneration dar. Im Zentrum steht dabei der Geschichtsunterricht,⁵⁵ ohne daß dieses Fach etwa aus-

⁵⁴ Das Thema des Zusammenhanges von Bildung und Herrschaftsinteressen bzw. von der Einwirkung des Staates auf die Schule ist im 19. Jahrhundert vor allem aus dem berufspolitischen Blickpunkt der Lehrervereine oder aus dem Blickwinkel der politischen Opposition, gegen die sich der Einsatz der Schule als Herrschaftsinstrument richtete, aufgegriffen worden. In neuerer Zeit hat sich auch die historische Forschung dieser Fragestellung angenommen, so daß sie heute neben der bildungsökonomischen Thematik zum zentralen Anliegen der überwiegenden Zahl der Untersuchungen geworden ist. Die Kölner Dissertation von Heinz Ernst Brunkhorst über *Die Einbeziehung der preußischen Schule in die Politik des Staates (1808—1918)*, veröffentlicht Düsseldorf 1956, fand erst in den siebziger Jahren, dann jedoch zunehmend mehr Nachfolger. Im Jahre 1973 erschienen die Arbeiten von Christa Berg, Hartmut Titze und Bodo Voigt zur Politisierung der Schule im 19. Jahrhundert (siehe die vorausgehenden Anm. 9 und 10 sowie H. Titze, *Die Politisierung der Erziehung. Untersuchungen über die soziale und politische Funktion der Erziehung von der Aufklärung bis zum Hochkapitalismus*, Frankfurt/M. 1973), ergänzt von der Quellensammlung *Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart ...* (Anm. 17). Weitergeführt wurde diese Thematik in dem Aufsatzband *Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert ...* (s. o. Anm. 1), in dem vor allem auch methodische und theoretische Fragen eine ausführliche Darstellung finden, wie sie schon 1970 von Heinz-Joachim Heydorn in seinem zum Teil betont essayistischen Band *Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft*, Frankfurt/M. 1970, eine sehr aspektreiche Behandlung gefunden haben.

⁵⁵ Der Geschichtsunterricht oder — umfassender gesprochen — die politische Bildung in der Schule hat im Gegensatz zu anderen Fächern des Lehrplans im 19. Jahrhundert bereits eine breite Darstellung und Analyse erfahren. So können im folgenden nur die wichtigsten Arbeiten genannt werden. Noch im Kaiserreich erschienen zwei ausführliche Darstellungen, die jedoch stark ideengeschichtlich geprägt waren und kaum als Unterrichtsgeschichte bezeichnet werden können: Bruno Clemenz, *Geschichtswissenschaft und Geschichtsunter-*

schließlich zur Untersuchung herangezogen werden könnte, denn seine Bedeutung im Fächerkanon der Volksschule vor der Reichseinigung ist re-

richt in Deutschland bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, Donauwörth 1902, und Theodor Franke, *Der deutsche Staatsgedanke in der Volksschule vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Ein Grundriß der Geschichte der Staatserziehungslehre*, Leipzig 1912. Die Arbeiten nach dem Zweiten Weltkrieg wurden dann von Andreas Flitner eingeleitet, dessen Werk über *Die politische Erziehung in Deutschland. Geschichte und Probleme 1750—1880*, Tübingen 1957, bis heute Standardwerk zu diesem Thema geblieben ist. Als Quellensammlung ist die Arbeit von Karl Borchering, *Wege und Ziele politischer Bildung in Deutschland* (= Pädagogisch-politische Bücherei, Bd. 1), München 1965, wertvoll. Die Analyse wurde dann vor allem von Dietrich Hoffmann, *Politische Bildung 1890—1933. Ein Beitrag zur Geschichte der pädagogischen Theorie*, Hannover 1970, vorangetrieben, dessen zeitlicher Schwerpunkt sich jedoch kaum in diese Arbeit einfügt. In der Arbeit von Hoffmann, vor allem aber in dem Aufsatz von Klaus Hornung, *Etappen politischer Pädagogik in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zum »Parlament«*, 11. Jg. (1961), S. 113—146, liegt das Erkenntnisinteresse vordringlich auf einer Auswertung und Kritik vergangener Konzeptionen mit dem Ziel einer Neukonzeption heutigen politischen Unterrichts, ebenso wie bei Klaus Bergmann, *Geschichtsunterricht und Identität*, in: *a.a.O.*, 25. Jg. (1975), S. 19—26. Die stärker auf die historische Analyse bezogene Arbeit von Joachim H. Knoll, *Staatsbürgerliche Erziehung im 19. Jahrhundert*, in: *Pädagogische Rundschau*, 20. Jg. (1966), S. 377—382, wiederabgedruckt bei Klaus Schaller/Karl-Heinz Schäfer, *Bildungsmodelle und Geschichtlichkeit*, Hamburg 1967, S. 179—187, bezieht sich jedoch überwiegend auf den Unterricht der höheren Schule, ist allerdings wegen eines Literaturüberblicks und allgemeiner Ausführungen zum Problem des staatsbürgerlichen Unterrichts generell von Interesse. Weitere Angaben sind den beiden Literaturberichten zur politischen Bildung von Joachim Rohlfes in der *GWU* zu entnehmen: *Beiheft zur GWU*, Stuttgart 1972 und *GWU* 27 (1976), S. 174—190, die sich auch ausführlich mit historischer Bildungsforschung befassen, wogegen Heinrich Bodensieck, *Herkunft, Didaktik und Methodik der politischen Bildung*, in: *Neue Politische Literatur* 10 (1965), S. 362—375, fast ausschließlich die Probleme in der Bundesrepublik aufgreift.

Die Untersuchung der politischen Bildung in der deutschen Geschichte ist vor allem auch in der DDR gefördert worden. Neben den Arbeiten von Helmut König, die in diesem Forschungsbereich einen hervorragenden Platz einnehmen, ist vor allem eine Ostberliner Dissertationsfolge aus den fünfziger Jahren zu beachten, die eine zeitlich lückenlose Darstellung der Geschichte des Geschichtsunterrichts von 1800 bis 1945 bietet: Bruno Gentner, *Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsmethodik in den allgemeinbildenden Schulen Preußens 1800—1848. Eine gesellschaftskritische Studie*, Päd. Diss., Berlin [Ost] 1955; Horst Seyer, *Der Geschichtsunterricht und seine Methodik in Preußen in der Zeit von 1848—1890. Eine gesellschaftskritische Studie*, Päd. Diss., Berlin [Ost] 1957, und Hans Baer, *Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsmethodik in den allgemeinbildenden Schulen Deutschlands (vorwiegend Preußen) 1890—1945. Eine gesellschaftskritische Studie*, Päd. Diss., Berlin [Ost] 1957. Eine vergleichbare Bearbeitung des Themas Geschichtsunterricht wurde in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren an der Pädagogischen Hochschule Rheinland/Pfalz unternommen, die von den Anfängen bis zum Dritten Reich konzipiert war. Die Arbeiten sind ideengeschichtlich angelegt, verwerten aber auch staatliche Richtlinien, Lehrpläne u. a. Ihrer Entstehung an einer Lehrerbildungs-

lativ gering.⁵⁶ Diese Beobachtung kann jedoch keineswegs zu dem Schluß führen, daß politische Bildung oder Indoktrination vor 1871 nur in der höheren Schule festzustellen ist. Vielmehr müssen alle gesinnungsbildenden Fächer beziehungsweise Unterrichtsinhalte, vor allem auch im Rahmen des Religions- und Deutschunterrichts, in die Betrachtung einbezogen werden, am Rande sogar der Kampf um den Turnunterricht zu Beginn des 19. Jahrhunderts.⁵⁷

institution entspricht die zentrale Stellung der historischen Geschichtsdidaktik. Für den hier zur Untersuchung anstehenden Zeitraum kommen besonders die Arbeiten von Edeltraut Becker, *Beiträge zur Geschichte des Geschichtsunterrichts an Volksschulen (bis 1872)*, Hausarbeit für das Lehramt an Volksschulen, Päd. Hochschule Rheinland/Pfalz 1960, und Ursula Hollinger, *Geschichte des Geschichtsunterrichts an Volksschulen in der Zeit von 1872—1918*, Hausarbeit zur ersten Prüfung für das Lehramt an Volksschulen, Pädagogische Hochschule Rheinland/Pfalz 1963, in Betracht.

⁵⁶ Im preußischen Fächerkanon des 19. Jahrhunderts hat keinesfalls der Geschichtsunterricht die dem Religionsunterricht vergleichbare Stellung eines Hauptfaches, auch nicht im Hinblick auf die Funktion, »in den Untertanen Frömmigkeit und Liebe zum Herrscherhaus« zu wecken. (Heinrich Klein, *Lehrplantheorie und Lehrplanpraxis in der Volksschule des 19. Jahrhunderts*, Mainz 1962, S. 177.) Mit dieser These hat sich Klein offensichtlich primär von theoretischen Postulaten leiten lassen bzw. von Konzeptionen, die sich erst in der Zeit kurz vor der Jahrhundertwende herausbildeten. Vielmehr wurde der Geschichtsunterricht, der ja zu den Realien gehörte, als weitgehend überflüssig und durch seine möglicherweise sogar aufklärende Funktion als gefährlich, zumindest für die Volksschule als entbehrlich in konservativen Kreisen angesehen, und das Fach Religion behauptete unangefochten im Bereich der Gesinnungsbildung die erste Stelle. Wenn der Geschichtsunterricht trotzdem in dieser Arbeit an herausragender Stelle analysiert werden soll, so liegt das an dem stärkeren politischen Bezug dieses Unterrichtsfaches, dessen Ziel und Inhalt vor allem auch von oppositionellen Pädagogen kontrovers diskutiert wurde, was beides für die Fragestellung von großer Bedeutung ist. Zur Frage der Relevanz der zeitgenössischen didaktischen Diskussion über den Geschichtsunterricht und deren Wirkung auf die Schulpraxis vgl. auch Jochen Huhn, *Politische Geschichtsdidaktik. Untersuchungen über politische Implikationen der Geschichtsdidaktik in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik* (= Skripten: Pädagogik 3), Kronberg 1975, S. 7 f.

⁵⁷ Die politische Turnbewegung ist bisher vor allem am Beispiel der Turnvereine bzw. außerschulischer Veranstaltungen allgemein untersucht worden, vgl. z. B.: Arndt Krüger, *Sport und Politik von Turnvater Jahn zum Staatsamateur*, Hannover 1975. Nur am Rande wurde auch der Volksschulbereich untersucht, so zum Beispiel in einigen wenigen Passagen bei Siegfried Moosburger, *Ideologie und Leibeserziehung im 19. und 20. Jahrhundert* (= Schriftenreihe für Sportwissenschaft und Sportpraxis, Bd. 9), Phil. Diss., München 1970. Zum Lese- bzw. Deutschunterricht gibt es neuerdings die Studie von Horst Joachim Frank, *Geschichte des Deutschunterrichts. Von den Anfängen bis 1945*, Frankfurt/M.-Wien-Zürich 1975. Als zeitgenössische Darstellungen bleiben weiterhin die von dem Seminardirektor Karl Kehr erstmals in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in einem Sammelwerk herausgegebenen Aufsätze zur Geschichte der einzelnen Unterrichtsfächer grundlegend: *Geschichte der Methodik des deutschen Volksschulunterrichts*, 4 Bde., Gotha 1877—1882

Grundlage für eine solche Untersuchung der schulischen Bildung sind zunächst staatliche Richtlinien und amtliche Verfügungen zu den einzelnen Fachgebieten, daneben aber auch Abhandlungen zu Sinn und Zielen des Unterrichts von pädagogischen Schriftstellern der unterschiedlichsten beruflichen und politischen Provenienz. Darüber hinaus sind Erlebnisberichte der Schulwirklichkeit hinzuzuziehen, etwa aus Memoiren, die jedoch selbstverständlich eingedenk der Subjektivität von Lebenserinnerungen nur mit Vorbehalt als gültige Zeugnisse der Unterrichtspraxis ihrer Zeit angesehen werden können.⁵⁸ Neben den Schilderungen aus der Sicht

(in zweiter Auflage mit 6 Bänden, Gotha 1888—1889 erschienen). Vornehmlich theoretisch und an einigen für die Geschichte der Pädagogik hervorragenden Beispielen orientiert blieb bisher die historische Lehrplanforschung, die im wesentlichen an das Standardwerk von Josef Dolch, *Lehrplan des Abendlandes. Zweieinhalb Jahrtausende seiner Geschichte*, Ratingen 1959, anknüpfte. Teilweise neue Wege beschritt in diesem Forschungsbereich die Mainzer Dissertation von Heinrich Klein, *Lehrplantheorie und Lehrplanpraxis in der Volksschule des 19. Jahrhunderts* ..., der die rein ideengeschichtliche Darstellung durch die Analyse der Einwirkung staatlicher Richtlinien und gesellschaftlich-politischer Einflüsse ergänzte.

Im Rahmen der für das Volksschulwesen des 19. Jahrhunderts zentralen Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Schule hat der Religionsunterricht auch in neueren Untersuchungen mehr Beachtung erfahren. Vgl. hierzu die Arbeit von Peter Christian Bloth, *Religion in den Schulen Preußens. Der Gegenstand des evangelischen Religionsunterrichts von der Reaktionszeit bis zum Nationalsozialismus* (= Pädagogische Forschungen, Bd. 37), Heidelberg 1968, sowie Rudolf Fischer, *Religionspädagogik unter den Bedingungen der Aufklärung. Studien zum Verhältnisproblem von Theologie und Pädagogik bei Schleiermacher, Palmer und Diesterweg* (= Pädagogische Forschungen, Bd. 54), Heidelberg 1973. Neben der Arbeit von Ernst Christian Helmreich, *Religionsunterricht in Deutschland. Von den Klosterschulen bis heute*, Hamburg 1966 (amerikanische Originalfassung: *Religious Education in German Schools. A Historical Approach*, Cambridge/Mass. 1959), die mit ihrer pauschalisierenden Darstellung deutlich zur Überblicksinformation für ein in dieser Thematik nicht vorgebildetes Leserpublikum bestimmt ist, ist schließlich die Dissertation von Rudolf Vandr  zu beachten, die unter dem Titel: *Schule, Lehrer und Unterricht im 19. Jahrhundert. Zur Geschichte des Religionsunterrichts*, Göttingen 1973 als Band 21 der Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens erschienen ist, sich jedoch vor allem auf Ostfriesland bezieht und daher gemäß der im nächsten Abschnitt zu erläuternden territorialen Eingrenzung dieser Studie hier kaum relevant wird.

⁵⁸ Sehr nachteilig für die Materialgrundlage war dabei die Tatsache, daß Memoiren in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl nur von ehemaligen Schülern des höheren Schulwesens verfaßt worden sind. Es galt also, für diese Untersuchung des Volksschulwesens die wenigen Arbeitermemoiren heranzuziehen, die — entsprechend der Entwicklung des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse — erst relativ spät einsetzen. So wurden für die Schulzeit der Generation III (1847—1854) die Lebenserinnerungen von Carl Fischer, *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters*, hrsg. von Paul Göhre, 2 Bde., Leipzig 1903—1904, ausgewertet, der nach Ursula M nchow, *Frühe deutsche Arbeiterautobiographien*, Berlin [Ost]

ehemaliger Schüler sind es vor allem auch Berichte von Lehrern, Seminar Direktoren oder Schulaufsichtsbeamten, meist Geistlichen, die für eine nähere Beleuchtung der historischen Schulwirklichkeit von Bedeutung sind.⁵⁹

Eine tendenziell objektivere Beurteilungsgrundlage bilden die im Unterricht verwandten Schulbücher, deren Analyse im Rahmen dieser Arbeit selbstverständlich keine vollständige und umfassende sein kann. Dieser inzwischen zu einem eigenständigen Teilgebiet der historischen Bildungsforschung gewordene Ansatz zur Bewertung tatsächlicher Schulverhältnisse würde bei dem hier erforderlichen Bezug auf mehrere Unterrichtsfächer im zeitlichen Rahmen des gesamten 19. Jahrhunderts eine eigene

1973, S. 18, die Reihe der proletarischen Biographien eröffnet hat. Auch die Schulzeit des späteren Führers der Sozialdemokratischen Partei, August Bebel, fällt in diese Periode. Für die erste 'Schulgeneration' des Kaiserreichs liegt schon mehr Material vor; zu denken wäre vor allem an die Memoiren von Franz Rehbein und Wenzel Holek (Franz Rehbein, *Das Leben eines Landarbeiters*, hrsg. von Paul Göhre, Jena 1911; unveränderter Nachdruck hrsg. von Karl Winfried Schaffhausen, Darmstadt-Neuwied 1973, und Wenzel Holek, *Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters*, Jena 1909). In die Schulzeit von 1879–1892 fällt neben mehreren anderen die bekannte Selbstdarstellung von Moritz William Theodor Bromme, die bereits mehrfach in neueren bildungshistorischen Arbeiten ausgewertet wurde: Moritz W. Th. Bromme, *Schicksale eines thüringischen Fabrikarbeiters*, hrsg. von Paul Göhre, Jena 1905; Nachdruck hrsg. von Bernd Neumann, Frankfurt/M. 1971. Wie schon aus dem Titel der Bromme-Memoiren deutlich wird, liegt das Problem der Memoirenauswertung vor allem auch in ihrem lokalen Bezug, der keineswegs immer mit den in dieser Untersuchung herangezogenen preußischen Gebieten übereinstimmt. Auch aus diesem Grunde sind die Angaben der »Schülermemoiren« nur zur Illustration in die Analyse einzubeziehen.

⁵⁹ Die wichtigste zeitgenössische Sammlung von Lehrer-Lebensläufen, *Das pädagogische Deutschland der Gegenwart, oder Sammlung von Selbstbiographien jetzt lebender deutscher Erzieher und Lehrer*, hrsg. von Friedrich Adolph Wilhelm Diesterweg, 2 Bde., Berlin 1835–1836, ließ sich leider nur noch für die erste 'Schulgeneration' auswerten und hat bisher nur wenig Nachfolgedarstellungen gefunden. Siehe dazu die Arbeit von Johann Baptiste Heindl, *Biographien der berühmtesten und verdienstvollsten Pädagogen und Schulmänner aus der Vergangenheit*, Augsburg 1860, die jedoch in ihrer vorwissenschaftlich-altertümelnden Weise der Darstellung nur mehr lexikalischen Wert hat. Materialreicher ist die Sammlung von Friedrich Wilhelm Pfeiffer (Hrsg.), *Die Volksschule des 19. Jahrhunderts in Biographien hervorragender Schulmänner*, Nürnberg 1872. Einzelarbeiten sind sowohl von in der Schulbürokratie oder Lehrerbewegung bekannt gewordenen Lehrerpersönlichkeiten wie von sonst unbekannten Standesgenossen vorhanden, so zum Beispiel einerseits die Memoiren von Lorenz Kellner, Friedrich Kohlrausch, Christian Friedrich Dinter, Friedrich Paulsen und Karl Schneider, um nur einige zu nennen, andererseits Schriften wie Friedrich Polack, *Brosamen. Erinnerungen aus dem Leben eines Schulmannes*, Wittenberg 1884, und Gustav Wendt, *Lebenserinnerungen eines Schulmannes*, Berlin 1909.

Darstellung erfordern.⁶⁰ Es werden also für jede Generation einige Beispiele zur Auswertung herangezogen, deren Verbreitung und Wirkungs-

⁶⁰ Die heutige Schulbuchanalyse hat ihre Vorgänger in den bereits im 19. Jahrhundert erschienenen Geschichten des Volksschullesebuchs, von denen die wohl wichtigste, weil materialreichste, die umfassende Darstellung von Ferdinand Büniger, *Entwicklungsgeschichte des Volksschullesebuchs*, Leipzig 1898, Ergänzungsband Leipzig 1901 (unveränderter Neudruck: Glashütten i. T. 1972) ist, die allerdings in ihrer interpretatorischen Tendenz das Regulativlesebuch zur Norm erhebt. Die Nachkriegsforschung setzt mit der Dissertation von Georg Rentner, *Wesenszüge und Wandlungen des literarischen Kanons in den deutschen Volksschullesebüchern*, Phil. Diss., Hamburg 1949, ein, deren primär geistesgeschichtliche Darstellung für diese Arbeit in ihrem Versuch, den Wandel des Lesekanons in einzelnen Zeitabschnitten aufzuzeigen, von Interesse ist. Der ideologiekritische Ansatz in der Analyse der Schulbuchinhalte setzte sich mit der Arbeit von Horst Schallenberg, *Untersuchungen zum Geschichtsbild der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Zeit. Eine vergleichende Schulbuchanalyse deutscher Schulgeschichtsbücher aus der Zeit von 1888 bis 1933*, Ratingen bei Düsseldorf 1964, durch, deren Ergebnisse hier jedoch leider nur noch für die jüngste 'Schulgeneration' ausgewertet werden können (ab 1888). Dagegen konnte die Studie von Heinz Tischer, *Geschichte des deutschen Volksschullesebuchs von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, Phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1970, für die ersten drei Generationen herangezogen werden. In der Arbeit von Hermann Helmers, *Geschichte des deutschen Lesebuchs in Grundzügen*, Stuttgart 1970, wird das Schulbuch noch weit pointierter als bei Schallenberg als Instrument der Herrschaftsausübung aufgefaßt und interpretiert. Sein Ansatz der Auswahl einzelner Bücher, die als Paradigma für einen Teil der Gattung dienen, kommt dem in dieser Arbeit notwendigerweise angewandten Auswahlprinzip wohl am nächsten. Mit einem der Arbeit von Helmers vergleichbaren Erkenntnisinteresse sind in der Bildungsforschung der DDR vor allem Fibeln und Erstlesebücher analysiert worden, so zum Beispiel von Marianne Fintelmann, *Bemerkungen zur politisch-moralischen Erziehung der Schulanfänger in der bürgerlichen Klassenschule, nachgewiesen an Hand von Fibeln aus der Zeit von 1807–1930*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, 17. Jg. (1968), S. 113–118. Der Titel führt jedoch in die Irre, da fast ausschließlich Fibeln aus den Jahren ab 1890 untersucht werden. In einer ganzen Aufsatzfolge hat Renate Schäfer dagegen ausführlich Fibelinhalte von 1770–1933 analysiert: Renate Schäfer, *Die gesellschaftliche Bedingtheit des Fibelinhalts. Ein Beitrag zur Geschichte des Erstlesebuchs*, in: *Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte*, 8. Jg. (1968), S. 3–71; 9. Jg. (1969), S. 3–113; 11. Jg. (1971), S. 69–179; 12. Jg. (1972), S. 105–138. Der Schulbucharbeit eines einzelnen Pädagogen, F. A. W. Diesterwegs, hat sich Siegfried Binsch angenommen, dessen Ostberliner Dissertation auszugsweise ebenfalls im *Jahrbuch* erschienen ist: Siegfried Binsch, *Zur Schulbucharbeit Friedrich Adolph Wilhelm Diesterwegs. Eine Übersicht über die von ihm verfaßten Schulbücher und Anleitungsschriften*, in: *Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte*, 8. Jg. (1968), S. 199–237. Die Untersuchung von Peter Lundgreen, *Analyse preußischer Schulbücher als Zugang zum Thema »Schulbildung und Industrialisierung«*, in: *International Review of Social History*, 15. Jg. (1970), S. 85–121, die — vergleichbar dem Ansatz dieser Arbeit — nach der Stellung des *Schulabsolventen*, hier im Wirtschaftsprozeß, fragt, wird also weniger in ihren Ergebnissen als *methodisch* von Interesse sein.

geschichte bereits durch anderweitige Forschungsergebnisse oder historische Zeugnisse belegt ist.⁶¹

Das Erkenntnisziel »Wahlverhalten« als Spiegel nicht individuell faßbarer massenweiser politischer Stellungnahme erfordert Repräsentativität der ausgewählten Fakten und ideengeschichtlichen Strömungen für eine möglichst große Zahl preußischer Volksschulen.⁶² Hierüber exakte

⁶¹ Horst Schallenger kommt in seiner Untersuchung zu einer außerordentlich positiven Einschätzung, was die gesellschaftliche Wirkung von Schulbüchern betrifft: »Schon beim Vergegenwärtigen der Faktoren, die das Geschichtsbild in einer bestimmten Epoche übermittelten, muß man sich von Vorstellungen und Erfahrungen heutiger Zeit lösen. Die modernen Kommunikationsmittel vergleichsweise fehlen zum Beispiel in der Wilhelminischen Ära noch weitgehend. Aber auch in jener Zeit sind mannigfache Faktoren schulischer und außerschulischer Art am Werke. Im Gegensatz zu heute zeigt sich ein Dominieren schulischer Einflüsse. In der Wilhelminischen Ära ist das Buch als Druckwerk von großer Wirksamkeit, vornehmlich als Schulbuch, oftmals auch in der Ausweitung vom Schul- zum Hausbuch, das vom Schüler und darüber hinaus von der Familie in der Freizeit genutzt wird. So ist während der Wilhelminischen Zeit das Schulbuch nicht nur intentionaler, sondern auch häufig funktionaler Faktor.« (H. Schallenger, *Untersuchungen zum Geschichtsbild der Wilhelminischen Ära* ..., S. 18.)

⁶² Repräsentativität der Aussagen wird in der modernen sozialgeschichtlichen Forschung im allgemeinen über quantifizierende Verfahren erreicht. Es wird auch im folgenden immer wieder auf die quantitative und materielle Entwicklung des Bildungswesens Bezug zu nehmen sein, wenn dies auch stark hinter der wirkungsgeschichtlichen Fragestellung zurücktritt. Die allmähliche Ausbreitung der Elementarbildung im Verlauf des Übergangs von der traditionellen zur modernen Gesellschaft wird heute zunehmend als ein Faktor im Prozeß der Modernisierung verstanden. Diese Eingliederung des Bildungswesens in die Entwicklungsmodelle der industriellen Gesellschaft korrigierte die lange Zeit vorherrschende Auffassung vom Bildungssystem als eines konservativen Elements und rückte seine Funktion als eines zentralen Faktors von Wandlungsprozessen in den Vordergrund des Interesses. (Vgl. z. B.: Karl W. Deutsch, *Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung*, in: *Theorien des sozialen Wandels*, hrsg. von Wolfgang Zapf, Köln-Berlin 1969, S. 329–350. Zur hier gegebenen Begrifflichkeit vgl. die Seiten 345–348, sowie Peter Flora, *Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung* [= Studien zur Sozialwissenschaft 20], Opladen 1974, S. 139.) Die Expansion des Bildungswesens wurde im Vergleich mit anderen Bereichen des sozialen Wandels wie Urbanisierung, Bevölkerungswachstum, Beteiligung der Bevölkerung am politischen System und anderem gemessen. In der Modernisierungsforschung bestimmt sich dabei die Entwicklung der Elementarbildung wie des Wahlsystems üblicherweise an ihrer allgemeinsten quantitativen Größe, nämlich an der Zunahme der Lesekundigen und am Anstieg der Wahlbeteiligung. Eine Matrix, die Daniel Lerner aus Angaben über Urbanisierung, Elementarbildung, Wahlbeteiligung und Teilnahme an Kommunikationsmitteln für einen internationalen Vergleich zusammenstellte, zeigte eine signifikante Entsprechung der Entwicklungsabläufe. Der Korrelationskoeffizient zwischen Elementarbildung und Wahlbeteiligung, + 0.80, zeigte also einen hohen Zusammenhang an (Daniel Lerner, *Die Modernisierung des Lebensstils: eine Theorie*, in: *Theorien des sozialen Wandels* ..., S. 362–381, bes. S. 367). Für die Interde-

Aussagen zu machen, ist bei nichtnumerischen Quellen selbstverständlich sehr schwierig, aber es dürfen andererseits keinesfalls die in ihrer Zeit für die Schulwirklichkeit noch gar nicht relevant gewordenen, wenn auch vielleicht gerade für die Geschichte der Pädagogik und ihre zukünftige Entwicklung bedeutungsvollsten Konzepte in den Mittelpunkt gestellt werden. Joachim H. Knoll hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die aus ihrer Zeit herausragenden pädagogisch-didaktischen Schriftsteller, »gerade weil sie über sie hinauswiesen, eigentlich untypisch gewesen sind«.⁶³ Eben das für die Zeit Typische, wenn es auch nicht an den Werken der »großen Pädagogen«, sondern an längst vergessenen Schriftchen und kleineren Aufsätzen in den pädagogischen Periodika erkennbar wird, ist die für eine Untersuchung der Gesinnungsbildung der Wählerschaft erforderliche empirische Basis.

Fragt man nach den allgemeinsten Bedingungen der Entwicklung der Volksbildung, so wird auf die staatliche Schulpolitik, ausgehend von der Berliner Zentrale der Kultusbürokratie das Schwergewicht zu legen sein. Von hier aus wirkten die generellen Richtlinien der Entwicklung in die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke, in Form von Erlassen und Verordnungen der Könige selbst wie der Kultusminister und ihrer einflußreichsten Räte. Will man die staatliche Schulpolitik wenn auch nicht

pendenzen der Entwicklung von Wahlrecht, Wahlbeteiligung und Bildungsexpansion hat Peter Flora einen historisch-empirischen Nachweis durch die vergleichende Analyse von Deutschland mit England, Frankreich und Rußland zu geben versucht. Seine Überlegungen führen jedoch im Hinblick auf Preußen/Deutschland zu einem negativen Ergebnis, denn im Vergleich zu England, Frankreich und Rußland waren die deutschen Länder zu Beginn des 19. Jahrhunderts führend, was die Alphabetisierung und die Expansion der Elementarbildung betrifft. Die politische Mobilisierung aller Bevölkerungsschichten lag im Gegensatz dazu unverhältnismäßig weit zurück. (Peter Flora, *Die Bildungsentwicklung im Prozeß der Staaten- und Nationenbildung* ..., speziell S. 303 ff.) Ein synchroner Vergleich kann also nicht zu Entsprechungen im Entwicklungsverlauf führen. Daher ist ein solcher quantifizierender Ansatz für die preußisch-deutschen Verhältnisse wenig aussagekräftig und wird in dieser Arbeit durch den asynchronen, wirkungsgeschichtlich orientierten Ansatz der Untersuchung des späteren Wahlverhaltens der 'Schulgenerationen' ersetzt. Eine Korrelation zwischen Schulbildung und Wahlverhalten, die sich am Grad des Alphabetismus und der Wahlbeteiligung orientiert, stellt darüber hinaus die größtmögliche Abstraktion von inhaltlich bestimmten Komponenten dar, da sogar auf die parteispezifische Differenzierung des Wahlergebnisses zugunsten der rein quantitativ meßbaren Größe der Beteiligung verzichtet wird und der Indikator des »Lesenkönnens« noch nichts darüber sagt, welche Lektüre erlaubt war und gelesen wurde.

⁶³ Knoll betont, daß diese Denkmodelle in der Regel erst mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa 20 Jahren wirksam geworden sind, also den Rahmen aller 'Schulgenerationen' sprengen würden. Siehe: J. H. Knoll, *Staatsbürgerliche Erziehung im 19. Jahrhundert* ..., S. 181.

als einzigen, so doch als grundlegenden Indikator der Entwicklung der Schulbildung behandeln, so werden die Interdependenzen zwischen den behördlichen Verordnungen gesamtstaatlichen Charakters und ihrer Durchführung beziehungsweise Ergänzung auf Provinzialebene zu beachten sein: Damit stehen also weniger die Kultusbürokratie und die Geschichte des Ministeriums im Vordergrund der Analyse, denn nicht die Wahlentscheidung der hohen Verwaltungsbeamten ist das Erkenntnisinteresse dieser Untersuchung, sondern das Thema ist die Wechselwirkung zwischen staatlicher Politik und gesellschaftlicher Reaktion. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß die staatliche Politik nicht als allein auslösender Faktor angesehen werden kann, denn die Verordnungen und Erlasse der Kultusbürokratie stehen — wie Peter Christian Bloth es formuliert hat — »als regulierende Instanz zwischen dem Denken der Zeit und seinem Niederschlag im Unterricht selbst.«⁶⁴ In diesem Zusammenhang entsteht die Frage nach der Verzögerung der Umsetzung von pädagogischen Konzeptionen in praktische Schulpolitik beziehungsweise nach der Phasenverschiebung zwischen ihrer Veröffentlichung und ihrem Wirksamwerden in der Schulpraxis. Hierzu waren zeitgenössische Berichte heranzuziehen, die die praktische Relevanz staatlicher Einwirkung kommentieren.⁶⁵

Ein zentraler Faktor der Vermittlung von schulpolitischen und pädagogischen Konzepten und konkreter Unterrichtssituation ist die Lehrerschaft. Nachdem im ERSTEN KAPITEL die Rahmenbedingungen des Unterrichts wie Richtlinien und Lehrmittel nach 'Schulgenerationen' differenziert abgehandelt worden sind, führt das ZWEITE KAPITEL die Analyse der Volksschulzeiten preußischer Reichstagswähler durch eine Rekonstruktion der Lebens- und Arbeitsbedingungen wie der politischen Einstellungen der Lehrer dieser 'Schulgenerationen' fort. Dabei kommt es nicht darauf an, etwa Lehrergenerationen zu beschreiben, denn hier wäre kein direkter Bezug auf die Generation der Schüler und späteren Wähler möglich. Die Lehrerschaft jeder einzelnen 'Schulgeneration' preußischer Reichstagswähler ist nicht nach Einzelpersonen voneinander abgrenzbar. Ein Lehrer ist im Verlaufe seiner gesamten Dienstzeit an der Erziehung mehrerer Generationen beteiligt, und andererseits teilen sich verschiede-

⁶⁴ P. Chr. Bloth, *Religion in den Schulen Preußens* ..., S. 10.

⁶⁵ Wittenbruch ergänzt diese Überlegung dahingehend, daß die Durchsetzung staatlicher Richtlinien nicht nur eine Zeitfrage ist, sondern daß die staatlichen Forderungen in der Schulwirklichkeit vielfältig »gebrochen« wurden. (Wilhelm Wittenbruch, *Die öffentliche Schule als Instrument gesellschaftlicher Beeinflussung* ..., hier bes. S. 4.)

dene »Lehrergenerationen« die Erziehung ein und derselben Altersgruppe der zukünftigen Wählerschaft. Es geht also nicht um die Erarbeitung einer Kollektivbiographie von Altersgruppen der Lehrer, sondern um die Deskription des Verhaltens und der Lebensbedingungen der gegebenen Volksschullehrerschaft im zeitlichen Rahmen aufeinanderfolgender schulpolitisch bestimmter Schülergenerationen. In diesen chronologischen Abschnitten wird die Lehrerschaft als Einheit betrachtet. Das zahlenmäßige Verhältnis, in dem Lehrer verschiedener Altersstufen an der Heranbildung einer 'Schulgeneration' beteiligt sind, wäre statistisch sowieso erst für die letzten Untersuchungsabschnitte und auch da nur in groben Parametern erfaßbar.⁶⁶ Aus dem Gesamtkomplex der Geschichte des Volksschullehrerstandes werden also nur diejenigen Aspekte herausgegriffen, die zur näheren Bestimmung des Charakters der jeweiligen Schulbildungsphase beitragen.

Zum Themenkomplex der berufsständischen sowie allgemeine gesellschaftliche Entwicklungsfragen betreffenden Einstellung der Lehrerschaft sind von Autoren der Lehrerbewegung selbst wie auch von der sozialgeschichtlich orientierten Bildungsforschung wichtige Arbeiten geleistet worden, sei es zur Lebens- und Wirkungsgeschichte einzelner hervorragender Lehrervertreter oder zur politischen Entwicklungsgeschichte des Berufsstandes insgesamt.⁶⁷ Weniger detailliert wurde bisher die Ge-

⁶⁶ Vgl. hierzu die Angaben im ZWEITEN KAPITEL, S. 332 und Anm. 278. Um die staatlichen Angaben zu ergänzen, beschloß der *Deutsche Lehrerverein* in seiner Vertreterversammlung vom 27. Mai 1912 in Berlin, durch seine Statistische Zentralstelle eine Erhebung zur »Ermittlung der Aktivitätsdauer und zur Errechnung einer Sterblichkeitstafel der deutschen Lehrer« durchführen zu lassen. Die Angaben sind für die einzelnen preußischen Provinzen und für jedes Geburtsjahr getrennt ermittelt. So läßt sich zum Beispiel feststellen, daß im Jahre 1913 die Schulkinder Brandenburgs von 1516 Lehrern (17,2 %) unterrichtet wurden, die ihrerseits zur Zeit des Kultusministers Falk (1872—1879) zur Schule gegangen sind, aber zum Teil bereits unter der Verwaltung einer konservativen leitenden Ministerialbürokratie ihre Seminarzeit absolvierten. Nur noch 150 Lehrer von insgesamt 8831 (1,7 %) haben sowohl ihre schulische als auch ihre seminaristische Ausbildung zur Geltungszeit der Regulative erhalten. (Siehe: R. Fischer, *Beiträge zu einer Statistik der deutschen Lehrerschaft. Ergebnisse der von der Statistischen Zentralstelle des Deutschen Lehrervereins am 1. April 1913 veranstalteten Erhebung* [= Schriften der statistischen Zentralstelle des Deutschen Lehrervereins 4], Leipzig 1916.)

⁶⁷ Das aus der Lehrervereinsbewegung des 19. Jahrhunderts hervorgegangene Standardwerk zu diesem Themenbereich liegt in der von Pretzel überarbeiteten und weitergeführten Geschichte des *Deutschen Lehrervereins* von dem langjährigen führenden Vereinsfunktionär Rissmann vor: Robert Rissmann, *Geschichte des Deutschen Lehrervereins*, Leipzig 1908; C. L. A. Pretzel, *Geschichte des Deutschen Lehrervereins in den ersten 50 Jahren seines Bestehens, unter Benützung von Robert Rissmanns Geschichte des Deutschen Lehr-*

schichte der Lehrerbildung untersucht, die in ihren Tendenzen ein Ausdruck der herrschenden pädagogischen Intention ihrer Zeit ist. Unter diesem Aspekt wurden Teilbestände der preußischen Seminarakten aus dem *Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz* in Berlin ausgewertet.⁶⁸ Das darin enthaltene Material kann in besonderem Maße der Forderung

vereins, Leipzig 1921. Pretzel schließt auch die Verbandsbestrebungen vor der Gründung des ADL im Jahre 1848 mit in seine Darstellung ein. Albrecht Gewelke bringt in seiner Dissertation aus dem Jahre 1921 dagegen nur wenige und stark pauschalisierte Informationen zum Vereinsleben des 19. Jahrhunderts: Alfred Gewelke, *Die beruflichen Organisationen der preußischen Volksschullehrer. Entstehung und Struktur, wirtschaftliche Leistungen, Stellung zur Gewerkschaftsfrage*, Phil. Diss., Königsberg 1921. Als Historiograph der über lange Zeit hin zum ADL konkurrierenden Organisation hat Christian Weinlein in seinem Werk *Geschichte der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung. Nach den Quellen und authentischen Mitteilungen hervorragender Führer bearbeitet*, Leipzig-Berlin 1887, eine kurzgefaßte Chronik ihrer Entwicklung gegeben. Die Geschichtsschreibung zur politischen Haltung der Volksschullehrer hat ihren Schwerpunkt vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion um die Revolution von 1848, siehe dazu zum Beispiel Thomas Nipperdey, *Volksschule und Revolution im Vormärz*, in: *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschrift für Theodor Schieder*. Zu seinem 60. Geburtstag hrsg. von Kurt Kluxen und Wolfgang J. Mommsen, München-Wien 1968, S. 117–142, der sich hauptsächlich mit der Vorgeschichte der Revolution befaßt. Die Entwicklung in der zweiten Jahrhunderthälfte hat Folkert Meyer, *Schule der Untertanen. Lehrer und Politik in Preußen 1848–1900* (= Historische Perspektiven, Bd. 4), Hamburg 1976, analysiert. Im Zentrum des wissenschaftlichen Bemühens um Einzelpersonlichkeiten der Lehrerbewegung stand und steht Adolph Diesterweg, dessen Lebensgang und politische Auffassungen in einer unübersehbaren Zahl von Publikationen behandelt wurden. Siehe zusammenfassend Eberhard Gross, *Erziehung und Gesellschaft im Werk Adolph Diesterwegs. Die Antwort der Schule auf die soziale Frage*, Weinheim 1966, und in kritischer Absetzung dagegen u. a.: Karl-Heinz Günther, *Einige Bemerkungen zur neueren westdeutschen Diesterweg-Literatur*, in: *Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte*, Bd. 9 (1969), S. 329 ff. Die Forschung in der DDR hat sich außerdem des nächst Diesterweg im 19. Jahrhundert populärsten preußischen Lehrervertreeters, Friedrich Wilhelm Wander, angenommen, dessen Wirken bisher in der wissenschaftlichen Literatur weitgehend unbeachtet blieb. (Siehe: Karl Friedrich Wilhelm Wander, *Werke* [1803–1879], bearbeitet von einem Kollektiv der pädagogischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von E. Eichler, Berlin [Ost] 1954.)

⁶⁸ Dank des freundlichen Entgegenkommens der Archivverwaltung war es der Verfasserin möglich, Teile der noch unbearbeiteten Bestände der preußischen Lehrerseminare einzusehen, wobei vor allem die Seminare Angerburg, Barby, Breslau, Bunzlau, Bütow, Dramburg, Elsterwerda, Erfurt, Habelschwerdt und Halberstadt aufgrund einer bereits fertiggestellten Vorerfassung berücksichtigt werden konnten. Eine Ergänzung dieses Materials bietet sich in einer Zusammenstellung der Geschichte der brandenburgischen Lehrerseminare an, die unter anderem auf den genannten Aktenbeständen, die früher in der Berliner »Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen« lagerten, basiert: *Die brandenburgischen Lehrerseminare und die ihnen angegliederten Präparandenanstalten. Einzeldarstellungen ihrer Entwicklung*, hrsg. von Fr. Buchholz und G. Buchwald, Berlin 1961.

nach Erfassung der Schulwirklichkeit entsprechen, da es eine Fülle von Prüfungs- und Revisionsberichten der Seminardirektoren enthält. Auch die Frage nach der (schul-)politischen Haltung der Lehrerschaft, die für die vorliegende Untersuchung von größerer Bedeutung ist als die Erfassung der Lehrerbildung, konnte ansatzweise mit Hilfe dieser Quellenbasis beleuchtet werden.

Die staatliche Einstellung zu bildungspolitischen Initiativen der Lehrerschaft in Form von fördernder Unterstützung oder disziplinierender Gesinnungskontrolle wird am deutlichsten in den vom Ministerium erlassenen Verordnungen oder in disziplinarrechtlichen Maßnahmen; Erlebnisberichte aus der Lehrerperspektive bilden dabei ein wirkungsgeschichtliches Korrektiv.

Will man die Darstellung der preußischen Volksschulgeschichte einer generationsspezifischen Untersuchung zugrundelegen, so sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine *PERIODISIERUNG* im Ablauf der preußischen Schulgeschichte des 19. Jahrhunderts erkennbar wird; dies geschieht in dieser Wahlverhaltensuntersuchung sinnvoll durch eine Orientierung an politikgeschichtlichen Kategorien.

Die politischen Alternativen, vor deren Wahl die Reichstagswähler der Kaiserzeit gestellt wurden, waren organisatorisch und programmatisch konkret faßbar in der Form von Parteien und Verbänden, deren Erfolg oder Mißerfolg bei den Parlamentswahlen den politischen Willen der Bevölkerung statistisch meßbar machte. Dieses Parteiensystem bildete sich auf Reichsebene in einem allmählichen Prozeß heraus, in organisierter Form seit der Revolution von 1848, und hatte sich in seiner bis heute gültigen Grundstruktur bis zur Reichsgründungszeit voll durchgesetzt.⁶⁹ Vor der Entstehung von Parteien im modernen Verständnis des Begriffs konnte die Schule sich also nur an den informellen politischen Gegensätzen der Zeit orientieren; aber auch die Schule des späten 19. Jahrhunderts entsprach diesem differenzierten Parteiensystem in ihrer politischen Beeinflussung im allgemeinen nicht, das heißt, es wurde nicht positiv oder negativ zu *einzelnen* Parteien Stellung genommen, soweit sich das aus Verordnungen über Unterrichtsinhalte oder aus Schulbüchern ablesen läßt.⁷⁰ Nur im Hinblick auf die Sozialdemokratie, die als unmittelbar

⁶⁹ Da die Entwicklung des deutschen Parteiensystems nicht zum thematischen Bereich dieser Studie zählt, sei hier statt vieler anderer nur verwiesen auf die Ausführungen bei O. Büsch, *Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg* ..., vgl. bes. S. 190–210.

⁷⁰ Eine Ausnahme davon bilden die Wahlkämpfe, in denen häufig von den Behörden zugunsten der Regierungskandidaten Stellung genommen wurde, und die daraus folgende politische Agitation einzelner Lehrer. Siehe dazu das ZWEITE KAPITEL der vorliegenden Arbeit.

staatsfeindlich eingestuft wurde, ist in späteren Phasen ein offener Kampf der Schulbürokratie gegen eine Partei nachweisbar.⁷¹

In der Konsequenz dieser Überlegung besteht das Problem der Analyse der Schulgeschichte des 19. Jahrhunderts als Volksschulzeit preußischer Reichstagswähler nun darin, die politische Richtung der schulischen Sozialisation trotz des Fehlens einer parteipolitischen Orientierungshilfe so herauszuarbeiten, daß sie in eine sinnvolle Beziehung zur Wahlentscheidung im Kaiserreich zu setzen ist. Dabei wird ein Reduktionsmodell des deutschen Parteiensystems hilfreich, das von Otto Büsch auf der Basis einer prinzipiellen Zweipoligkeit entwickelt worden ist, in dem die Parteien nach ihrem jeweiligen »Vertretungsauftrag im Hinblick auf die neugebildeten Schichten der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft« einerseits und hinsichtlich der alten, »vorindustriell-ständisch orientierten Gruppen und Schichten« andererseits in eine oppositionell-progressive und eine antirevolutionär-restaurative Gruppierung klassifiziert wurden.⁷² Dieses Alternativraster läßt sich auch in der Entwicklung der Volksschulpolitik des 19. Jahrhunderts wiederfinden. Die grundlegende Differenzierung von revolutionären beziehungsweise reformorientierten Konzepten der Volksschulbildung einerseits und restaurativen, an der traditionellen ständischen Gesellschaftsordnung fixierten Plänen andererseits,⁷³ zieht sich seit Beginn des Untersuchungszeitraumes um 1800 als Leitfrage durch die Volksschulpolitik wie durch die pädagogische Diskussion.⁷⁴ Sie bildet in der folgen-

⁷¹ Vgl. zum Problem Sozialdemokratie und Volksschule die Darstellung der Schulgeschichte des Kaiserreichs in den folgenden Abschnitten 5 bis 7 des ERSTEN KAPITELS. Als zweite Partei, gegen die unter anderem mit schulpolitischen Maßnahmen Stellung genommen wurde, muß natürlich das Zentrum genannt werden. Die Partei der Katholiken wird jedoch aus Gründen der regionalen Begrenzung der vorliegenden Arbeit nicht in die Untersuchung einbezogen. (Vgl. den folgenden dritten Abschnitt, S. 43 ff.)

⁷² O. Büsch, *Parteien und Wahlen in Deutschland* ..., S. 192.

⁷³ Daß innerhalb der Begriffspaare: Revolution/Reform und Restauration/Reaktion wiederum ein Widerspruch vorliegt, kann hier als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Man vgl. dazu in dieser Arbeit die Ausführungen über die sog. Restaurationsphase seit 1819, sowie den Kampf der liberalen Reformen gegen die Revolution. Häufige begriffliche Überschneidungen der Kennzeichnung gewisser schulpolitischer Entscheidungen als reformorientiert oder revolutionär sind jedoch bereits in den zeitgenössischen Kommentaren zu beobachten, und zwar nicht nur als konservative Denunziation der Reform. So bezeichnete Theodor v. Schön 1852 die preußische Schulreform als »Schulrevolution«. (Zitiert nach: Clemens Menze, *Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts* [= Das Bildungsproblem in der Geschichte des europäischen Erziehungsdenkens, Bd. 13], Hannover-Dortmund-Darmstadt-Berlin 1975, S. 122.)

⁷⁴ Vgl. neuerdings die Arbeit von Walther Hubatsch, *Stein-Studien. Die preußischen Reformen des Reichsfürsten Karl v. Stein zwischen Revolution und Restauration* (= Studien

den Studie das Modell schulgeschichtlicher Periodisierung, damit die zeitliche Begrenzung der 'Schulgenerationen' der Reichstagswählerschaft.⁷⁵

Es muß nicht besonders betont werden, daß ein derartig pauschal periodisierender Forschungsansatz zur Erfassung der Geschichte der politischen Erziehung im 19. Jahrhundert für eine genuin bildungshistorische Untersuchung kein angemessenes heuristisches Modell darstellen würde. Die folgende Untersuchung steht jedoch unter dem primären Erkenntnisinteresse der Wahlforschung, in deren Rahmen eine Aufarbeitung des Materials nach 'Schulgenerationen' keine Vergröberung, sondern eine über den bisherigen Erkenntnisstand hinausgehende Präzisierung bedeutet, wie im ersten Abschnitt der EINFÜHRUNG näher belegt wurde.

Auf der Grundlage dieser Systematik wird es also nicht möglich sein, allen Differenzierungen der schulischen Realität gerecht zu werden. Es ist evident, daß kein Entwicklungsabschnitt *generell* als reformfreundlich oder reaktionär einzustufen ist. Vielmehr zeigt jede Epoche entsprechende

zur Geschichte Preußens, Bd. 25), Köln-Berlin 1975, aber auch ältere Arbeiten wie die Überblicksdarstellung von Otto Hattermann, *Konservative und liberale Strömungen in der preußischen Volksschulpolitik 1819 bis 1848*, Phil. Diss., Hamburg 1938. Hattermanns besonderes Verdienst ist es dabei, über die bereits von Quittschau eingeführte Unterscheidung von »Restauration« und »Reaktion« hinaus noch weiter differenzierend zu interpretieren im Sinne eines »rationalen« und »romantischen« Konservatismus. Den Liberalismus analysiert er vor allem nach landschaftlichen Unterschieden. (Ewald Quittschau, *Das religiöse Bildungsideal im Vormärz. Ein Beitrag zur Geschichte des Seminarunterrichts in Preußen*, Göttingen 1931.) Außerdem sei auf die Biographie von Fritz Fischer, *Ludwig Nicolovius. Rokoko, Reform, Restauration* (= Forschungen zur Kirchen- und Geistesgeschichte 19), Stuttgart 1939, verwiesen. Den etablierten Gegensatz zwischen »konservativ« und »liberal« hat Hartmut Titzte für den Bereich der Schulpolitik mit den Begriffen »Bildungsbeschränkung« und »Bildungsverbesserung« konkretisiert, die für ihn aus dem hier relevanten politischen Gesichtspunkt heraus nur verschiedene Ausdrucksformen einer prinzipiell gleichen Politik der Revolutionsunterdrückung sind: »Die bildungspolitischen Antworten der Konservativen und der fortschrittlichen Liberalen auf die Probleme der gesellschaftlichen Desintegration verhalten sich komplementär. Während die Konservativen für ständische Bildungsbegrenzung eintraten und grundlegende Schulverbesserungen ablehnten, weil sie darin die Ursache für eine Revolution sahen, wollten die fortschrittlichen Liberalen das Bildungsniveau der Unterschichten anheben, um eine Revolution zu verhindern.« (H. Titzte, *Die Politisierung der Erziehung* ..., S. 146.)

⁷⁵ Vgl. dazu die Ausführungen über die dienende Funktion von Klassifizierungen bei Horst Schallenberg, *Untersuchungen zum Geschichtsbild der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Zeit* ..., S. 47: »Das Anlegen von Kategorien zur Erfassung von Inhalten der Quellen und auch Periodisierungsversuche können nur methodische Hilfsmittel und Schemata in der Hand des Interpreten sein. Die Verabsolutierung einer derartigen Setzung würde die Konstruktion zur Realität, das Werkzeug zum Inhalt, das methodische Mittel zur vorhandenen Tatsache erheben.«

Tendenzen und Gegentendenzen in den verschiedensten Bereichen. Die folgende Analyse bemüht sich, dem in der Darstellung auch widersprüchlicher Reaktionen der Zeitgenossen Rechnung zu tragen, die sich trotzdem in einem übergeordneten Verständnis zusammenfassen lassen — entsprechend dem Interdependenzverhältnis von »Generationseinheiten« und »Generationszusammenhang« bei Karl Mannheim: »Im Rahmen desselben Generationszusammenhanges können sich . . . mehrere, polar sich bekämpfende Generationseinheiten bilden. Sie werden gerade dadurch, daß sie aufeinander, wenn auch kämpfend, abgestimmt sind, einen 'Zusammenhang' bilden. Die um 1810 herum am geistigen sozialen Generationszusammenhang partizipierende Jugend gehört zu ein und demselben Generationszusammenhang, gleichviel ob sie am damaligen Stadium der liberalen Ideen oder an dem zeitgenössischen Konservatismus partizipierte.«⁷⁶

Um in diesem Sinne zu einer einheitlichen Charakterisierung einer 'Schulgeneration' zu kommen, kann nicht die Schulwirklichkeit insgesamt herangezogen werden, sondern es ist ein Indikator festzulegen, an dem Wertung und Einordnung des Zeitabschnitts in einem Ja/nein-Schema zu erfolgen hat, denn nur auf diesem Weg ist es möglich, nicht-numerische Informationen, wie die Geschichte der schulischen Sozialisation sie überwiegend anbietet, wenigstens indirekt in eine Zeitreihe eingehen zu lassen und damit zu einer Erhebungsgrundlage für die statistische Vergleichsanalyse von Schulbildung und Wählerverhalten zu kommen.⁷⁷

In dieser Arbeit wird als Basisindikator dem im vorausgegangenen Abschnitt formulierten Erkenntnisinteresse entsprechend die Entwicklung der staatlichen Schulpolitik, die sich keineswegs zu jeder Zeit mit dem Phasenverlauf der allgemeinen historisch-politischen Entwicklung deckt, als Grundlage der Periodisierung der Schulgeschichte zu 'Schulgenerationen' zu wählen sein.⁷⁸ Aus diesem Gesichtspunkt soll zunächst ein Abriß

⁷⁶ K. Mannheim, *Das Problem der Generationen* . . . , S. 547.

⁷⁷ Zu den verschiedenen Verfahrensweisen der Aufstellung von Zeitreihen in der quantitativen Geschichtsschreibung anhand numerischer und nicht-numerischer Quellen vgl. den Aufsatz von François Furet, *Die quantitative Geschichte und die Konstruktion der geschichtlichen Tatsache*, in: *Seminar: Geschichte und Theorie. Umriss einer Historik*, hrsg. von Hans Michael Baumgartner und Jörn Rüsen, Frankfurt/M. 1976, S. 97—118, vor allem S. 106 f.

⁷⁸ Zur Erstellung dieses chronologischen Schemas, das die 'Schulgeneration' konstituiert, wäre auch ein Verfahren denkbar, das in der Generationsforschung überwiegend verwendet wird, nämlich das an gleich langen Zeitintervallen orientierte Schema, etwa ein 30-Jahre-Rhythmus oder auch die Betrachtung jedes einzelnen Jahrzehnts. Siehe zum Problem des Schematismus der Generationseinteilung vor allem K. Mannheim, *Das Problem der*

dieses Periodisierungsschemas gegeben werden, um dem Leser einen schnellen Überblick zu ermöglichen. Nähere Ausführungen und Belege zur chronologischen Einteilung folgen im einzelnen in den jeweiligen Abschnitten des ERSTEN KAPITELS dieser Arbeit.

Unabhängig von der bildungsgeschichtlichen Entwicklung, weil vorgegeben durch den zeitlichen Rahmen der zu untersuchenden Wahlen, ist die Begrenzung des Untersuchungszeitraumes insgesamt. Es wird dabei nahezu das ganze 19. Jahrhundert umfaßt. Die ältesten Wähler der Reichstagswahl von 1871 sind zur Zeit der preußischen Reformen zur Schule gegangen, eine Abgrenzung, die selbstverständlich nicht exakt zu bestimmen ist. Um noch eine gewisse statistische Relevanz zu erzielen, wurde der Beginn der zu analysierenden Schulzeit mit dem Jahr 1816, also unmittelbar nach den Freiheitskriegen, angesetzt.⁷⁹ Die obere zeitliche Begrenzung der Untersuchung bildet das Jahr 1896, in dem die Volksschulen noch überwiegend von Schülern frequentiert wurden, die bis zum Jahre 1886, dem Jungwählerjahrgang der Reichstagswahl von 1912, geboren waren. Es ergibt sich also für die Periodisierung der 'Schulgenerationen' der Gesamtzeitraum von 1816—1896. Allein die Länge der in Betracht kommenden Zeitspanne weist auf die Vielschichtigkeit des Faktors Schulbildung für die Wahlbevölkerung im Kaiserreich hin.

Der Beginn der Untersuchung zu Anfang des 19. Jahrhunderts, unmittelbar nach der Phase der preußischen Reformen, ist nicht nur willkürlich bestimmt durch das Alter der Reichstagswähler, sondern erhält auch eine historisch bedingte Dimension durch die Tatsache, daß diese Zeit sich unmittelbar an die erste Phase in der deutschen Bildungsgeschichte an-

Generationen . . . , S. 512, 521 und 552 f. Das Verfahren, eine Population aus methodischen Gründen in Generationen einzuteilen, ist auch für die Bildungsforschung nicht neu. Vgl. zum Beispiel aus der Sicht einer Korrelationsanalyse von Bildung und Wirtschaftswachstum die Ausführungen zum Periodisierungsproblem bei Peter Lundgreen, *Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts* (= Historische und Pädagogische Studien, Bd. 5), Berlin 1973, S. 161 f., mit dem Ziel der Konstituierung eines »typischen Geburtsjahrgangs«. In einem solchen Verfahren würden sich Zeitabschnitte ergeben, die vom schulgeschichtlichen Aspekt her widersprüchliche Elemente und Entwicklungsrichtungen in sich vereinen und damit für eine später durchzuführende Vergleichsanalyse zur Wahlentscheidung der betreffenden Altersgruppe keine inhaltlich zu differenzierenden Bestimmungsmomente anbieten. Ein rein quantitativ-schematischer Vergleich wäre das Ergebnis.

⁷⁹ Ab 1816 gingen bereits überwiegend die zu dieser Generation gehörenden Schüler zur Volksschule. Selbstverständlich besuchten die ältesten Wähler bereits seit 1813 die Volksschule — sie befanden sich bis 1816 jedoch in der Minderheit, bezogen auf die Gesamtzahl der Schulkinder.

schließt, die den Zusammenhang von Politik und Pädagogik erkannte und bewußt für die Ziele einer Regeneration des Staatswesens durch die Heranbildung einer neuen Generation einzusetzen versuchte. Die politische Funktion der Volksbildung wurde erfaßt und entsprechende Konzeptionen entwickelt.⁸⁰ Der Abschluß der ersten Reformphase wird im allgemeinen zwischen 1813 und 1815 angesetzt, so von Andreas Flitner in seinem für die moderne Forschung grundlegenden Werk über die politische Erziehung in Deutschland wie auch schon von Eduard Spranger in einer Rede vor dem Leipziger Lehrerverein anläßlich der Säkularfeier im Jahre 1913.⁸¹

Die historische Bildungsforschung wie die zeitgenössische bildungspolitische Literatur haben von den verschiedensten Betrachtungsebenen her chronologische Gliederungsprinzipien entwickelt, die hier insoweit relevant werden und zu diskutieren sind, als sie — wie diese Arbeit — sich am grundlegenden Tendenzwandel staatlicher Schulpolitik orientieren. Die beiden wichtigsten Epocheneinschnitte des Jahrhunderts sind aus diesem Gesichtspunkt parallel zur politischen Geschichte in den schulpolitischen Entwicklungen der Revolution von 1848 und in der Reichseinigung von 1871 im Zusammenhang mit dem Kulturkampf gesehen worden.⁸² Innerhalb dieser sich so herausbildenden *drei Hauptepochen* von 1815—1847, 1848—1871 und 1872 *bis zur Jahrhundertwende* sind in der Literatur noch weitere, speziell aus der bildungspolitischen Entwicklung sich ergebende

⁸⁰ Zur Bedeutung der Reformzeit für die Entwicklung der Pädagogik vgl. Eduard Spranger, *Der Zusammenhang von Politik und Pädagogik in der Neuzeit. Umrisse zu einer Geschichte der deutschen Schulgesetzgebung und Schulverfassung*, in: *Die Deutsche Schule*, 18.-20. Jg., Leipzig-Berlin 1914—1916, sowie Lieselotte Scheu, *Das Problem der politischen Erziehung in der Volksschule zur Zeit der Reformen des Frh. v. Stein in Preußen, dargestellt an Wilhelm Harnischs pädagogischen Schriften aus der Zeit von 1812 bis 1822*, Phil. Diss., Hamburg 1955, S. 6.

⁸¹ A. Flitner, *Die politische Erziehung in Deutschland* ..., und Eduard Spranger, *Schule und Lehrerschaft 1813—1913. Rede, gehalten im Leipziger Lehrerverein*, Leipzig 1913.

⁸² Siehe zum Epocheneinschnitt bei 1848 neben den ausschließlich auf die Revolutionszeit bezogenen Darstellungen statt vieler anderer: B. Gentner, *Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsmethodik* ..., Hugo Weyher, *Geschichte des preußischen Volksschulwesens in den letzten 50 Jahren* (= Schulpolitische Bücherei, H. 10), Langensalza 1919, sowie H. Seyer, *Der Geschichtsunterricht und seine Methodik in Preußen in der Zeit von 1848—1890* ... Zur Zäsur um 1871 vgl. C. Berg, *Die Okkupation der Schule* ..., Joh. Fr. Meyer, *Reaktion und Volksschule. Dreißig Jahre preußischer Schulgeschichte (1840—1870). Auf Grund amtlicher Dokumente und zeitgenössischer Urteile* (= Pädagogische Sammelmappe, H. 74), Leipzig 1882, und K. Hornung, *Etappen politischer Pädagogik in Deutschland* ..., passim.

Zäsuren gesetzt und Zeitabschnitte in einer Betrachtung zusammengefaßt worden.

Der spätere Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins und Historiker der preußischen Unterrichtsgesetzgebung, Leopold Clausnitzer, analysierte die Reaktionsperioden in der staatlichen preußischen Bildungspolitik mit ihren Hauptschwerpunkten in den vierziger Jahren, in der Zeit nach 1850 und der Periode nach der »Neuen Ära« seit 1862.⁸³ Die erste von Clausnitzer zur Reaktionszeit erklärte Phase, die Zeit von 1840—1847, wurde von Diesterweg, der im Gegensatz zu Clausnitzer seine Beurteilung nicht an der Konzeption der Kultusbürokratie, sondern an der Bedeutung oppositioneller Bestrebungen in der Lehrerschaft orientierte, als progressive Periode gewertet.⁸⁴ Dies mag an einem Beispiel verdeutlichen, daß die jeweilige Kennzeichnung eines Zeitabschnitts von der Wahl des Beurteilungskriteriums oder Indikators abhängig ist. In beiden Sichtweisen erhält jedoch die Amtszeit des Kultusministers Eichhorn den Stellenwert einer eigenständig zu behandelnden bildungsgeschichtlichen Periode. Die von Clausnitzer bereits seit 1850 angesetzte Reaktionsphase nach der bürgerlichen Revolution wird in der vorliegenden Untersuchung neueren Arbeiten folgend erst mit dem Jahr 1854 begonnen und dann kontinuierlich fortgeführt. Dieser Zeitabschnitt von 1854—1872 entspricht der Gültigkeitsdauer der sogenannten »Stiehlischen Regulative«, der wohl bekanntesten in sich abgeschlossenen Periode preußischer Schulpolitik im 19. Jahrhundert. Diese Verordnungen wurden 1854 als Abschluß der Reaktionsmaßnahmen auf »das tolle Jahr« 1848 erlassen und erst 1872 durch den Kulturkampfminister Falk außer Kraft gesetzt. Seit der erbitterten Auseinandersetzung Diesterwegs mit diesen Erlassen für den Unterricht in der evangelischen Volksschule ist ein weit über die Aufhebung der Regulative hinausgehender schulpolitischer Streit um die gesellschaftlich-politische Funktion der Zeit von 1854—1872 und ihrer pädagogischen Maßnahmen in der zeitgenössischen Literatur zu verfolgen, der bis in die heutige bildungshistorische Diskussion hineinreicht.⁸⁵ In einer Arbeit, die

⁸³ Clausnitzer stand von 1890 bis 1904 an der Spitze des Deutschen Lehrervereins. Vgl. zu der hier gegebenen Periodisierung seine Schrift: *Zeiten der Reaktion für die preußische Volksschule*, Spandau 1881.

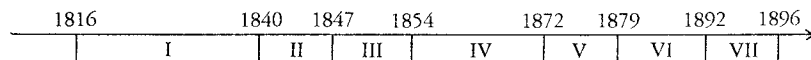
⁸⁴ Ernst v. Sallwürk, *Adolph Diesterweg. Darstellung seines Lebens und seiner Lehre und Auswahl aus seinen Schriften*, 3 Bde., Langensalza 1899. Siehe hierzu bes. Bd. 2, S. 284 f.

⁸⁵ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung im 4. Abschnitt des ERSTEN KAPITELS dieser Arbeit. Den heutigen Forschungsstand zur Regulativzeit kann man vor allem folgenden drei Arbeiten entnehmen, die gleichzeitig verschiedene Ansätze der Interpretation repräsentieren: Karl-Ernst Jeismann, *Die »Stiehlischen Regulative«. Ein Beitrag zum Verhältnis*

sich mit den politischen Auswirkungen der schulischen Sozialisation befaßt, ist diese Epoche geradezu ein Paradigma zur Erprobung der Fragestellung.

Das in der zeitgenössischen Literatur häufig angewandte Gliederungsprinzip der Schulgeschichte nach den Amtsperioden der Kultusminister erscheint auch für eine Analyse unter systematischen Gesichtspunkten der bildungspolitischen Entwicklung im Falle des Amtsübergangs von Adalbert Falk zu Robert v. Puttkamer im Jahre 1879 als ein sinnvolles Periodisierungsmoment.⁸⁶ Der Rücktritt Falks, dessen Amtszeit die liberale Phase von 1872–1879 bestimmte, war zumindest ein partieller Terraingewinn seitens derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die seit der Aufhebung der Regulative für ein erneutes Erstarken des kirchlichen Einflusses im Bildungsbereich eingetreten waren. Die 1879 einsetzende konservativ-klerikale Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt im Unterrichtsgesetzesentwurf von Robert v. Zedlitz-Trützschler und mit seinem Scheitern 1892 gleichzeitig einen vorläufigen Abschluß. Das letzte Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende weist bereits Tendenzen auf, die die Pädagogik und schulgeschichtliche Entwicklung des frühen 20. Jahrhunderts vorbereiten, für diese Untersuchung aufgrund ihrer durch das Alter der Reichstagswählerschaft 1912 bedingten Begrenzung bei 1896 jedoch kaum noch relevant werden.⁸⁷

Aus den im vorstehenden entwickelten chronologischen Gliederungsmomenten des schulgeschichtlichen Gesamtzusammenhangs des 19. Jahrhunderts ergeben sich schließlich sieben Zeitabschnitte, die, im folgenden schematisiert wiedergegeben, zur Abgrenzung der 'Schulgenerationen' gegeneinander geeignet sind.



von Politik und Pädagogik während der Reaktionszeit in Preußen, in: *Dauer und Wandel der Geschichte. Festgabe für Kurt v. Raumer zum 15. Dez. 1965*, hrsg. von Rudolf Vierhaus und Manfred Botzenhart (= Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 9), Münster 1966, S. 423–447, Bernhard Krueger, *Stiehl und seine Regulative. Ein Beitrag zur preußischen Schulgeschichte*, Weinheim 1970, sowie Friedhelm Nyssen, *Das Sozialisationskonzept der Stiehl'schen Regulative und sein historischer Hintergrund. Zur historisch-materialistischen Analyse der Schulpolitik in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts*, in: *Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert* ..., hrsg. von K. L. Hartmann u. a., S. 292–322.

⁸⁶ Vgl. hierzu zum Beispiel Konrad Fischer, *Geschichte des deutschen Volksschullehrerstandes*, Hannover 1899, bes. S. 284 f.

⁸⁷ Siehe dazu die Ausführungen im folgenden 7. Abschnitt des ERSTEN KAPITELS dieser Arbeit.

Die sieben schulgeschichtlichen Perioden, die Volksschulzeiten preußischer Wählergenerationen, werden in der vorliegenden Untersuchung mit Bezug auf einen bestimmten Ausschnitt des preußischen Staatsgebiets näher dargestellt, eine *REGIONALE AUSWAHL*, die darin begründet ist, daß die Kulturhoheit der deutschen Länder, vor der Reichsgründung in der Souveränität der Einzelstaaten angelegt, aber auch in der Verfassung des Kaiserreichs weiterhin erhalten, eine Konstituierung einheitlicher deutscher 'Schulgenerationen' unmöglich macht und die Untersuchung auf einen einzelnen Teilstaat verweist. Preußen wurde gewählt, da für eine solche, einen sehr langen Zeitraum und sehr viele Entwicklungsaspekte umfassende Untersuchung einschlägige Vorarbeiten unabdingbar sind. Die preußische Volksschule stand und steht jedoch in der historischen Bildungsforschung im Mittelpunkt des Interesses.⁸⁸

⁸⁸ Nächst der preußischen ist vor allem die bayerische Volksschule des 19. Jahrhunderts in neueren Untersuchungen behandelt worden. Zur liberalen Phase der bayerischen Schulpolitik um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts siehe Heinz Abels, *Aufklärung und Erziehung zur Mündigkeit. Ein Beitrag zur Geschichte der bayerischen Volksbildung*, Kettwig/Ruhr 1971, der mit der erneuten Konfessionalisierung der Schule seit 1810 abschließt. Die gesamte Volksschulentwicklung bis zur Gegenwart bringt dagegen Ludwig-Holger Pfahls, *Staat, Kirche und Volksschule in Bayern*, Rechtswiss. Diss., Freiburg 1971, in historischen Exkursen jeweils zu den einzelnen Sachgebieten. Eine bisher für die preußische Volksschule nicht vorhandene Spezialuntersuchung zu einem Teilbereich des Volksschulwesens hat Michael Suchan, *Die Entwicklung der Volksschuloberstufe in Bayern vom Braunschen Lehrplan bis zur Lexschen Lehrordnung (1770–1926)*, Phil. Diss., Regensburg 1972, unternommen und damit neue Wege gewiesen, wie durch eine interne Differenzierung des »niederem« Schulwesens Pauschalurteilen über die Struktur der Volksbildung entgegengearbeitet werden kann. Die in dieser Untersuchung besonders betonte Problematik des politischen Einflusses auf den schulischen Bereich hat Josef Neukum in seiner beachtenswerten Erlanger Dissertation von den verschiedensten Seiten beleuchtet: Josef Neukum, *Schule und Politik. Politische Geschichte der bayerischen Volksschule 1818–1848*, München 1969. Wie Rainer Roth, *Politische Bildung im 19. Jahrhundert*, in: *Politische Studien*, 24. Jg. (1973), H. 210, S. 393–406, der seine Thesen am Beispiel Bayerns entwickelt, bezieht Neukum neben der Politik des Königs und der Regierung auch den Einfluß gesellschaftlicher Kräfte über die Ständevertretung und die Religionsgemeinschaften mit ein. (Siehe auch: Rainer Roth, *Politische Bildung in Bayern. Eine historisch-politische Untersuchung der Bemühungen um politische Bildung an den Volksschulen Bayerns in der Zeit der Monarchie — von Ludwig I. bis zur Gründung des Deutschen Reiches*, München 1974.)

Die Literaturlage zur Bildungsgeschichte anderer deutscher Länder nimmt sich dagegen weit bescheidener aus. Vgl. zum Beispiel für Sachsen: Julius Richter, *Geschichte der sächsischen Volksschule* (= Monumenta Germaniae Paedagogica, Bd. 59), Berlin 1930. Zum badi-schen und württembergischen Schulwesen siehe: Eugen Schmid, *Geschichte des württembergischen evangelischen Volksschulwesens 1806–1910*, Stuttgart 1933, und Hans Mek-

Auch die preußische Schulpolitik kennt nun ihrerseits lokale und regionale Differenzierungen, die sich, um nur einiges zu nennen, aus der unterschiedlichen Amtsführung der Abteilungen für Kirchen- und Schulangelegenheiten bei den Regierungspräsidenten, durch unterschiedliche konfessionelle oder ethnische Verhältnisse und durch voneinander abweichende historische Entwicklungsbedingungen der einzelnen Volksschulen ergeben. Die statistische Materiallage würde eine nähere innerpreußische Differenzierung nach Regierungsbezirken erlauben, denn die Bevölkerungsstatistik, die für die quantitative Zusammensetzung der 'Schulgenerationen' zum Zeitpunkt jeder Reichstagswahl ausgewertet werden muß, enthält die Bevölkerungszahl nach Geburtsjahren auf dieser Aggregatebene. Gegen eine derartige Spezifizierung der 'Schulgenerationen' nach preußischen Regierungsbezirken spricht jedoch eine demographische Überlegung, die zahlenmäßig erhebliche preußische Binnenwanderung des 19. Jahrhunderts. Würde man diesen Wandel in der Bevölkerungsstruktur unberücksichtigt lassen, so entstünde ein methodisch unlösbares Problem: Die Reichstagswähler, die zum Beispiel 1890 in Berlin an die Wahlurne gingen, müßten statistisch getrennt werden nach schlesischen, sächsischen oder ostpreußischen Volksschulabsolventen, um nur einige Einzugsbereiche des Industrieschwerpunkts Berlin zu nennen. Diese quantitative Differenzierung beträfe aber nicht nur die Anzahl der Wahlberechtigten, sondern es müßte auch einen statistisch feststellbaren Zugang zu ihrer Wahlentscheidung geben, wofür keine Quellen vorhanden sind. Die Einbeziehung gewisser Sonderentwicklungen eines Regierungsbezirks wäre also höchstens dort sinnvoll, wo Wanderungsverluste, aber keine

king, *Das Schulpatronat in Baden in seiner geschichtlichen Entwicklung*, Phil. Diss., Freiburg 1951, sowie Ferdinand Albert Graf, *Südwestdeutsche Schulreform im 19. Jahrhundert. Der Einfluß J. H. v. Wessenbergs auf die Gestaltung des Schulwesens 1802—1827*, Meisenheim a. Glan 1968. Auf Leo Rauschenbach, *Die geschichtliche Entwicklung der Volksschule in Lippe bis zum ersten Weltkrieg*, in: *Lippische Mitteilungen* 32 (1963), S. 16—87, sei hier als Beispiel für die relativ gute Bearbeitung des Schulwesens im vergleichsweise kleinen Fürstentum Lippe hingewiesen.

Für Hessen siehe Heinrich Theodor Kimpel, *Geschichte des hessischen Volksschulwesens im 19. Jahrhundert*, 2 Bde., Kassel 1900, für Mecklenburg: Johannes Lachs, *Die mecklenburgische Landschule in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter den Bedingungen des spätféudalistischen Ständestaates*, Päd. Diss., Berlin [Ost] 1961.

Zur speziell städtegeschichtlichen Bildungsforschung vgl. die Arbeiten zu den Hansestädten, vor allem H. Wulff, *Geschichte der bremischen Volksschule*, Bad Heilbrunn 1967, und Th. Blinkmann, *Die öffentliche Volksschule in Hamburg in ihrer geschichtlichen Entwicklung*, Hamburg 1930, sowie Erich Richter, *Beiträge zur Geschichte des deutschen Schul- und Bildungswesens unter besonderer Berücksichtigung der süddeutschen Reichsstädte*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 11. Jg. (1960), S. 70—88.

Wanderungsgewinne zu verzeichnen waren, so daß die Wahlbevölkerung in relativ großer Homogenität der früheren Schülerschaft einer Region entspricht. Unter dieser Einschränkung ist jedoch nur eine vergleichende Betrachtung von Gebieten durchzuführen, die sich in der Altersstruktur ihrer Bevölkerung sehr ähneln. Soll dagegen der Zusammenhang von Bildungsfaktor und Wählerverhalten über die jeweilige Altersstruktur in die Untersuchung eingehen, muß überregional generalisierend verfahren werden.

Die Forderung nach einer Erarbeitung gesamtpreußischer 'Schulgenerationen' stößt jedoch in ihrem Bezug auf das gesamte 19. Jahrhundert auf ein weiteres Problem. Die Vergrößerung des preußischen Staatsgebiets durch die Kriege mit Dänemark, durch den Deutschen Krieg und den Italienisch-österreichischen Krieg von 1866 hat zur Folge, daß sich unter der wahlberechtigten preußischen Bevölkerung des Kaiserreichs Gruppen befinden, die nicht unter preußischer Kulturhoheit die Schule besucht haben und sich dementsprechend den 'Schulgenerationen' Preußens nicht zuordnen lassen. Zum Beispiel war die Lokalschulinspektion keineswegs in allen neu erworbenen Gebieten mit dem geistlichen Amt verbunden, eine Frage, die im Hinblick auf die Abhängigkeit der Volksschule von der Kirche von zentraler Bedeutung ist.⁸⁹

Diese aus dem Verlauf der politischen Geschichte sich ergebende Differenzierung führt zu einer Eingrenzung des Untersuchungsgebietes auf das Territorium der altpreußischen Provinzen einschließlich der nach den Freiheitskriegen gewonnenen Gebiete in der Größenordnung von Regierungsbezirken, die in ihrer Zugehörigkeit zu Preußen seit 1815 übereinstimmen, von der konfessionellen und ethnischen Struktur ihrer Bevölkerung her jedoch sehr unterschiedlich geprägt sind.

Beide demographischen Merkmale, Konfessions- und Volkszugehörigkeit, sind jedoch Momente, die nicht nur für die schulischen Verhältnisse,

⁸⁹ Vgl. Karl Erlinghagen, *Die Säkularisierung der deutschen Schule*, Hannover-Berlin 1972, S. 44. Zum Volksschulwesen der vor 1866 nicht-preußischen Landesteile siehe unter anderem: Hans-Dietrich Kroll, *Motive der hannoverschen Schulpolitik im 19. Jahrhundert*, Phil. Diss., Göttingen 1961; Jürgen Melchert, *Erziehungs- und Schulwirklichkeit im 19. Jahrhundert: Johann Heinrich Schüren und seine Bedeutung für das Osnabrücker Volksschulwesen* (= Schriften zum Bildungswesen in Osnabrück, Reihe A, Bd. 5), Osnabrück 1972; S. Bartels, *Geschichte des Schulwesens in Ostfriesland*, Aurich 1870, sowie ebenfalls zum ostfriesischen Schulwesen die bereits erwähnte Dissertation von Rudolf Vandré, *Schule, Lehrer und Unterricht im 19. Jahrhundert* ... Zu der oben erwähnten stärkeren Unabhängigkeit der Volksschule von kirchlichen Einflüssen siehe: B. E. Schmidt, *Die Nassauische Simultanschule — ihre Entstehung und ihre Geschichte* (= Die Deutsche Schule, Beih. 2), Leipzig 1931.

sondern vor allem auch für das Wählerverhalten im Kaiserreich von ausschlaggebender Bedeutung sind. In den vorwiegend deutsch-katholischen Regierungsbezirken findet die für die Wählerbewegung im Kaiserreich charakteristische Entwicklungsdynamik, die — wenn auch unvollständig und häufig erst ansatzweise — den Übergang der feudal-ständischen zur industriellen Gesellschaft widerspiegelt, nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße statt.⁹⁰ Die in einigen Fällen bis zu 80—90 % gehende, fast immer die 50 %-Marke überschreitende Dominanz des Zentrums in diesen Gebieten verhindert mit geringen und wenig prägnanten Ausnahmen (Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf, Köln und Minden) das Ansteigen des Stimmenanteils für die »Soziale Opposition« aus Linksliberalen und Sozialdemokraten und hält auch das Niveau der gouvernementalen Parteien relativ konstant.

Ähnlich statisch ist das Wahlverhalten von 1871—1912 bei den preußischen Polen. Die Regierungsbezirke Posen, Bromberg, Marienwerder und Danzig zeigen eine fast lineare statistische Regelmäßigkeit in ihrer Entscheidung für »reichstreue« konservative und liberale Parteien einerseits und polnische Politiker andererseits, ein Verhältnis, das jeweils etwa dem Verhältnis der Volksteile zueinander entspricht.⁹¹

⁹⁰ Die Analyse der Wählerbewegung, die im DRITTEN KAPITEL dieser Arbeit ihren Platz hat, soll hier nicht vorweggenommen werden, die Verhältnisse sind nur insoweit anzudeuten, als sie zum Verständnis der regionalen Begrenzung dieser Studie unabdingbar sind. Zum speziellen Wählerverhalten des deutsch-katholischen Teils der Bevölkerung seit dem Kulturkampf siehe die noch heute grundlegende Arbeit von Johannes Schauff, *Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871*, Köln 1928, sowie die aus der Schule von Max Braubach stammenden Dissertationen zu den Reichstagswahlen im Rheinland, deren Ergebnisse Klaus Müller in seinem Forschungsbericht: *Das Rheinland als Gegenstand der historischen Wahlsoziologie*, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein*, Bd. 167 (1965), S. 124—142, überblicksweise zusammengefaßt hat. Statistische Erhebungen zum quantitativen Verhältnis der Konfessionen bringt Otto Eitner, *Die Stärke der Protestanten und Katholiken in den einzelnen Reichstagswahlkreisen und die Sozialdemokratie*, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, Bd. 149 (1912), S. 687—693, ebenso wie Alois Klöcker, *Konfession und sozialdemokratische Wählerschaft. Statistische Untersuchung der allgemeinen Reichstagswahlen des Jahres 1907*, Phil. Diss., Erlangen 1912. Zur Einwirkung der Kirche auf die Wahlentscheidung siehe: Wolfgang Graf, *Kirchliche Beeinflussungsversuche zu politischen Wahlen und Abstimmungen als Symptome für die Einstellung der katholischen Kirche zur Politik (Allgemeiner Zeitraum Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart)*, Phil. Diss., Mainz 1973.

⁹¹ Das Wahlverhalten der polnischen Provinzen Preußens stellt ein bis heute wenig behandeltes Forschungsproblem dar. Ansätze zu einer Teilbeantwortung der Fragestellung finden sich am Rande von Untersuchungen, die anderen Themenbereichen gewidmet sind, so zum Beispiel bei Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich* (=

So ergibt sich sowohl für die deutschen als auch für die polnischen katholischen Wahlkreise keine Möglichkeit, die Wählerbewegung anhand einer zu erstellenden Zeitreihe der 'Schulgenerationen' auf die Entsprechungen von Schulbildung und Wählerverhalten zu überprüfen. Diese Feststellung gilt ebenfalls für andere Determinanten des Wählerverhaltens, wie soziale und wirtschaftsgeschichtliche Bestimmungsgrößen. Sollten hier Beziehungen hergestellt werden, könnte das wohl nur auf der Ebene lokaler Mikrountersuchungen geschehen und würde aller Voraussicht nach zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen.

Diese Beschränkung des territorialen Untersuchungsbereichs auf die seit spätestens 1815 preußischen, überwiegend deutschsprachigen und evangelischen Gebiete mag als Ausklammerung interessanter Komponenten preußischer Schulpolitik bedauert werden, stellt jedoch gleichzeitig die Basis für eine weit größere Homogenität der überregional bestimmten 'Schulgenerationen' her, da bei der starken Bestimmtheit der Schulpolitik von den konfessionellen und sprachlichen Verhältnissen einer Region so die stärksten Momente der Uneinheitlichkeit entfallen.⁹² Damit rücken die Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Sachsen in den Mittelpunkt der bildungshistorischen Analyse preußischer 'Schulgenerationen' und bilden im DRITTEN KAPITEL der vorliegenden Arbeit den regionalen Bezug für die Aggregatdatenuntersuchung von Schulbildung und Wählerverhalten.

Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 3), Berlin 1959, S. 72—78. Ritter untersucht Versuch und Mißerfolg der Sozialdemokratie, die polnischen Arbeiter für ihre Partei zu rekrutieren.

⁹² Das Schulwesen in den polnischen Landesteilen ist in der neueren Forschung vor allem am Beispiel des polnischen Schulkinderstreiks 1906/07 behandelt worden, siehe dazu Rudolf Korth, *Die preußische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. Ein Beitrag zur preußischen Polenpolitik der Ära Bülow* (= Marburger Ostforschungen, Bd. 23), Würzburg 1963. Eine Ausnahme bildet die Arbeit von C. Berg, *Die Okkupation der Schule ...*, die bereits den Kulturkampf als hauptsächlich antipolnischen staatlichen Disziplinierungsversuch im schulischen Bereich überzeugend interpretiert hat.

Zum katholischen Schulwesen siehe vor allem K. Erlinghagen, *Die Säkularisierung der deutschen Schule ...*, und als Diskussionsbeitrag die ausführliche Rezension von Clemenz Menze, *Die Säkularisierung der deutschen Schule. Bemerkungen zu dem gleichnamigen Buch Karl Erlinghagens*, in: *Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik*, H. 4 (1972), S. 338—344; außerdem ist hinzuweisen auf den Aufsatz von Dietrich Höroldt, *Mischebe und konfessionelle Kindererziehung im Bereich der Rheinischen Landeskirche seit 1815*, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, Bd. 39 (1975), S. 147—188, sowie auf Michael Klöcker, *Theodor Brüggemann 1796—1866. Eine Studie zur preußischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Kulturspolitik und des politischen Katholizismus* (= Schriftenreihe zur Geschichte und politischen Bildung, Bd. 17), Ratingen-Kastellaun 1975.

jedoch allgemein nicht wiederbelebt werden. Was die Lehrerschaft interessierte, was sie in ihren Versammlungen engagiert diskutierte, war die Einwirkung der Schule auf die Lösung der »sozialen Frage«, ⁴⁰⁹ war ihre eigene Rolle im gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, über deren Relevanz in ihren politischen und sozialen Auswirkungen, mit Bezug auf die Schüler als Wirtschaftsbürger und Reichstagswähler, keinerlei sichere Kenntnis bestand: »Über die Schuljugend war kaum zu klagen. Wie aber war der Erfolg des erzieherischen Wirkens in das erwachsene Volk hinüberzuretten, das ist die immer brennend empfundene und dauernd erörterte Frage.« ⁴¹⁰

⁴⁰⁹ Vgl. zum Beispiel die Ausführungen auf dem 9. Deutschen Lehrertag in Halle, 1892, bei C. L. A. Pretzel, *Geschichte des Deutschen Lehrervereins* ..., S. 237.

⁴¹⁰ Heinrich Waag in seiner Betrachtung der Lehrerschaft der neunziger Jahre: *Deutsche Lehrerschaft und deutsche Kirche* ..., S. 84.

DRITTES KAPITEL

Tendenzen des Wählerverhaltens der Absolventen preußischer Volksschulzeiten im 19. Jahrhundert bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1912

Generationsanalysen als methodische Innovation in der historischen Wahlforschung

Die Untersuchung der politischen Sozialisation preußischer 'Schulgenerationen' vollzog sich im Beziehungsfeld zweier Einflußfaktoren, der Schulpolitik der Behörden und der Reaktionen der Volksschullehrerschaft. Die Erzogenen selbst fehlten jedoch weitgehend in der Analyse; der Lernprozeß der passiven Bezugsgruppe »Schüler« wurde als zwangsläufiges Ergebnis des Mangels an diesbezüglicher Überlieferung nur indirekt charakterisiert — im Medium des aktiven Faktors »Staat« und des instrumentalen Faktors »Lehrer«. Erst im folgenden, abschließenden Kapitel der Untersuchung werden die preußischen Volksschüler als Wahlberechtigte direkt zum Gegenstand der Analyse; aus einem passiven Objekt politischer Bestrebungen verwandeln sie sich in der Sichtweise der Wahlforschung in einen aktiven, die zukünftige Politik beeinflussenden Faktor. So vollzieht sich im Dreiklang von Staat, Lehrerschaft und Schülern ein Kreislauf des politischen Willensbildungsprozesses der preußischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts.

Die bis hierher erkenntnisleitende Fragestellung: »Welche politisch relevante Volksschulbildung hatten die Angehörigen der verschiedenen 'Schulgenerationen'?« verkehrt sich nun in ihr wahlgeschichtliches Pendant: »Welche Wahlentscheidung fällten die schulgeschichtlich voneinander abgegrenzten Wählergenerationen?« Die 'Schulgenerationen' sind als Wählergenerationen Teilgruppen der Reichstagswählerschaft; beide bilden eine begriffliche und phänomenologische Einheit.

Es liegt in der Konsequenz der methodischen Verfahrensweisen der historischen Wahlforschung, daß auch auf dieser Analyseebene nicht der *einzelne* Schüler als Wähler Gegenstand der Betrachtung sein kann. Nur als illustrative Ergänzung kennen historische Wahluntersuchungen Infor-

mationen mit individuellem Charakter. So lassen sich aus zeitgenössischen Berichten verstreute Hinweise auf das Wählerverhalten einzelner entnehmen, das in wenigen Fällen sogar ausschlaggebend gewesen sein mag — etwa aus der Memoirennotiz des sächsischen Zeitgenossen der sechsten preußischen 'Schulgeneration', des Sozialdemokraten Moritz Wilhelm Theodor Bromme, der von einem Wahlgang des Jahres 1898 berichtet: »Die Wahl dauerte bis 6 Uhr und von unseren (Landleuten) ... waren nur zwei zur Wahl gegangen. Da gelang es den Bemühungen meines Vaters und mir, noch 10 Minuten nach 5 Uhr 3 Mann zu bewegen, nach Hause zu gehen und zu wählen. Sie sollten den Ausschlag geben: denn unser Genosse ... wurde mit nur *einer* Stimme Mehrheit gewählt.«¹

Der Unterschied derartiger Beobachtungen zu der folgenden Untersuchung liegt in der statistischen Relevanz. Der preußische Volksschulabsolvent als Reichstagswähler kann in der historischen Wahlforschung kein identifizierbares Individuum sein, sondern er gehört — je nach seiner Schulzeitzugehörigkeit — zu einer Teilgruppe der Reichstagswählerschaft. Um diese Gruppen in ihrer statistischen Größenordnung erkennbar werden zu lassen, gilt es, Kategorien und Ergebnisse der schulgeschichtlichen Untersuchung für den Vergleich operationalisierbar zu machen. Erst auf der Basis des Ausdrucks der bisherigen Darstellung in quantifizierbarer Form, ein Problem der Reduktion der komplexen Verhältnisse historischer Abläufe auf einfache Schemata, die gleichwohl Aussagekraft behalten müssen, ist schließlich ein In-Beziehung-Setzen zu den aggregierten Wahlergebnissen möglich. Diese doppelte Herausforderung, nach Steinbach die Verbindung von Konstruktions- und Kombinationsproblem, stellt sich einer historischen Wahluntersuchung in erhöhtem Maße, wenn der zu untersuchende Faktor des Wählerverhaltens, hier die Schulbildung, nicht *eo ipso* quantitativen Charakter trägt, wenn sich also die Aufgabe stellt, »aus dem historischen Quellenmaterial Elemente zu kristallisieren, die geeignet sind, die erwähnten Determinanten zu beschreiben und gleichzeitig eine Kombination erlauben.«²

Einleitend wurde bereits der hier einzuschlagende Weg zur Lösung des methodischen Problems begründet: Durch die Übernahme des generationsspezifischen Ansatzes zur Erklärung politischen Verhaltens wird die Altersstatistik als Spezialfall der Bevölkerungszählungen zum *Trägersystem* eines Bestimmungsgrundes der Wahlentscheidung gemacht, der anders unerforscht bleiben müßte; die Verwendung demographischen Mate-

¹ M. W. T. Bromme, *Schicksale eines thüringischen Fabrikarbeiters* ..., S. 229.

² P. Steinbach, *Stand und Methode der historischen Wahlforschung* ..., S. 185.

rials erlaubt gleichsam in einer *indirekten* Konstruktion die Erweiterung des zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch äußerst begrenzten und auf wenige Determinanten eingeschränkten Spektrums der Fragestellungen in der historischen Wahlforschung.³ Diese Methode hat deshalb eine über den engeren Ansatz der vorliegenden Studie hinausgehende Perspektive, weil die zur Generationenbildung geeigneten gesellschaftlichen Strukturelemente vielfältig sind und ihre Relevanz für politische Entscheidung jeweils überprüft werden müßte. Im folgenden geschieht das im Hinblick auf die Phasen der preußischen Volksschulpolitik im 19. Jahrhundert.

Werner Conze, der zusammen mit Wolfgang Abendroth das Verdienst für sich in Anspruch nehmen kann, die historische Wahlforschung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem erklärten Hinweis auf das internationale Niveau neu angeregt zu haben, betrachtete es als ein wesentliches Erkenntnisinteresse der historischen Wahlsoziologie, die politischen Grundtendenzen, die in der Struktur einer Gesellschaft wurzeln, zu klären, gleichzeitig aber auch das Aufkommen neuer Tendenzen verstehbar zu machen. Trotz der seither vergangenen mehr als zwanzig Jahre vielfältiger Forschungstätigkeit rekapitulierte Conze 1978 den diesbezüglichen Entwicklungsstand als »Forschungssituation, die durch ein hoch entwickeltes theoretisches Angebot der Soziologie, durch einen erheblichen Mangel an praktischer Erprobung und durch einen *aktuellen*, in seinen Grundlagen überprüfungsbedürftigen Arbeitsplan von geschichtswissenschaftlicher Seite aus charakterisiert ist.«⁴ Dem genannten Interesse am

³ Die Methode der indirekten Konstruktion einer Wahlverhaltensdeterminante mit Hilfe von bevölkerungsstatistischem Material wird im folgenden Abschnitt ausführlich dargestellt und konkret erprobt werden.

⁴ Zu den Planungsberichten der fünfziger Jahre siehe Wolfgang Abendroth, *Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 5. Jg. (1957), S. 300—306, bes. S. 301, sowie Werner Conze, *Wahlsoziologie und Parteigeschichte. Neue französische Forschungen*, in: *Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergstraesser*, hrsg. von Alfred Herrmann (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1954, S. 243—251, bes. S. 248. Skeptisch steht Conze in seinem erneuten Resümee den Neuansätzen des »Berliner Forschungsplans« gegenüber. Sein eigener Bericht zeigt jedoch, wie wenig Alternatives bisher auf diesem Felde zur Verfügung steht. Die von Otto Büsch angeregte Integration sozialstatistischer und entwicklungsgeschichtlicher Betrachtungsweise bietet die Chance, trotz globaler (das heißt nationaler) Bezugsebene auf die kleinste Aggregatebene der Wahlstatistik herunterzugehen und so die auch hier wieder von Conze vorgeführte allgemein-politikgeschichtliche Behandlung zu überwinden, ohne sich lokal zu eng zu begrenzen. Gerade in der von Conze zugestandenen »Brückenfunktion« zwischen Soziologie und Geschichte liegt das eigentlich Vorwärtswisende dieses Ansatzes.

Traditionsüberhang des Wählerverhaltens wie der Forderung nach methodischer Erneuerung und Konkretisierung soll im folgenden mit Hilfe einer wahlstatistisch verfahrenen *Trendstudie*, die — idealtypisch betrachtet — der Kategorie der dynamisch orientierten Untersuchungen zuzurechnen ist und durch die besondere Betonung der zeitlichen Dimension von den eher räumlich orientierten wahlgeographisch-statistischen Studien abgegrenzt werden kann, Rechnung getragen werden.⁵ Als Trendstudie mit *einer* Hypothese, der Annahme, daß die preußischen Wähler von ihrer Eigenschaft als Schulabsolventen unterschiedlicher schulgeschichtlicher Epochen bei ihrer politischen Entscheidung mit beeinflusst werden, verfolgt die vorliegende Untersuchung diesen Aspekt des Wahlverhaltens in möglichst vielen verschiedenen Gebietseinheiten über eine möglichst große Wahlperiode hinweg.⁶

(Werner Conze, *Politische Willensbildung im Deutschen Kaiserreich als Forschungsaufgabe historischer Wahlsoziologie*, in: *Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat*. Festschrift für Theodor Schieder, hrsg. von Helmut Berding u. a., München-Wien 1978, S. 331—347, bes. S. 333 f.; zum Zitat im Text vgl. S. 336.)

⁵ Wurde diesen Anregungen zur Historisierung der Untersuchung des Wählerverhaltens seit den fünfziger Jahren in vielen Studien Rechnung getragen, auch wenn ihr Hauptkenntnisinteresse eine einzelne Wahl betraf (vgl. z. B. Bernhard Vogel/Peter Haungs, *Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl von 1961*, Köln-Opladen 1965, S. 14), so sind es naturgemäß vor allem die Langzeitstudien, die sich dieses »Grundgesetzes« der allmählichen Entstehung kollektiven Wählerwillens bewußt sind. Siehe dazu neuerdings die Ausführungen von Dietrich Thränhardt, *Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848—1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 51), Düsseldorf 1973, bes. S. 20 f. Methodisch wird diese Richtung vor allem durch die Trendstudien repräsentiert: Wolfgang Hartenstein separiert in seinem Beitrag zu den methodischen Richtungen der Wahlforschung das »historische« vom »ökologischen« Modell: »Beim *historischen* Ansatz ist die *Zeit* eine wichtige Variable. Analog zu makro-ökonomischen Theorien werden langfristige Zeitreihen aus Wahlstatistiken aufgebaut und mit anderen Trends (wie Verstädterung, Industrialisierung, technologische Entwicklung etc.) zusammengeführt. Aus dem Vergleich von Regionen und Nationen lassen sich allgemeingültige Regeln . . . ableiten.« Hartenstein weist darauf hin, daß für diesen Ansatz langfristig orientierter Trendstudien wesentliche Impulse vor allem von Stein Rokkan ausgegangen sind. Die dort beschriebene Methode entspricht prinzipiell derjenigen, die der hier folgenden Korrelationsuntersuchung zugrundegelegt wird. Der ökologische Ansatz wird dagegen bei Hartenstein folgendermaßen charakterisiert: Es werden »sozioökonomische Variablen . . . auf der Basis kleiner regionaler Einheiten miteinander in Beziehung gesetzt. Wichtige Variable ist somit der *Raum*«. (Wolfgang Hartenstein, *Richtungen der Wahlforschung: Das Problem der besten Mischung*, in: *Wahlforschung: Sonden im politischen Markt* [= transfer 2], Opladen 1976, S. 196—202, Zitate S. 198.)

⁶ Möglichkeiten und Gefahren der Trendstudien mit *einer* Hypothese sind unter Verwendung von Beispielen aus der amerikanischen Forschung in der Analyse Gunnar v.

Trenduntersuchungen, Analysen langfristiger Tendenzen wie irregulärer Unterbrechungen, Beobachtungen von Strukturbrüchen und korrelativen Interdependenzen sind in der Wirtschaftsgeschichte selbstverständliche Methoden der Annäherung an die Realität. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, daß die ökonomische Entwicklung in ihrem geradlinigen Verlauf wie in ihren strukturellen Veränderungen gewissen Gesetzmäßigkeiten folgt, die mit statistischen Verfahren beschreibbar sind. Kann eine im Grenzgebiet von Sozial- und Politikgeschichte angesiedelte Studie der historischen Wählerbewegung sich ähnlicher Mittel bedienen, und wenn sie es tut, welche Unterstellungen über den Ablauf historischer Entwicklung sind darin impliziert?

Nils Diederich hat gegenüber der Konzeption der amerikanischen Wahlforscher Stuart A. Rice und Louis H. Bean, die unabhängig voneinander Zeitreihen der Wahlergebnisse mit den Methoden der Wirtschaftsstatistik analysierten und dabei in gleicher Weise säkulare Trends, kürzere Zyklen, saisonale Einflüsse und irreguläre Zufallsfaktoren, also so etwas wie »politische Konjunkturzyklen« zu entdecken glaubten,⁷ geltend gemacht, daß damit indirekt behauptet werde, es gäbe so etwas wie ein »normales« Wahlverhalten, das nur von Störfaktoren unterbrochen im Prinzip sogar vorhersagbar sei.⁸ Dagegen sei, so Diederich, eine historische Entwicklung »ausschließlich durch die Analyse der politisch-sozialen Prozesse, nicht durch Trendextrapolationen auf Grundlage zeitlich aufeinanderfolgender Wahlstatistiken zu analysieren.«⁹

Ein auf bestimmten Gesetzmäßigkeiten beruhender »historischer Trend«, den »bei jeder Wahl und in jeder Generation« andere Störfaktoren ablenken,¹⁰ ist in einer auf *Prognostik* orientierten Sichtweise für die Entwicklung der politischen Meinungsbildung einer Gesellschaft nicht haltbar; die *Retrospektive* hat da jedoch andere Möglichkeiten. Geschichte ist nicht nur die Summe unzusammenhängender Zufälligkeiten. Sie ist auch

Schuckmanns über *Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1871. Eine Längsschnittstudie politischer Gemeindeforschung*, WiSo Diss., Köln 1965, S. 70 f., aufgezeigt. Vgl. dazu auch im folgenden die Kritik von Nils Diederich sowie in dieser Arbeit S. 430 ff.

⁷ Vgl. die Arbeiten von Stuart A. Rice, *Quantitative Methods in Politics*, New York 1928, sowie Louis H. Bean, *Ballot Behavior. A Study of Presidential Elections*, Washington 1940, und ders., *How to Predict Elections*, New York 1948.

⁸ Siehe Darstellung und Kritik bei N. Diederich, *Empirische Wahlforschung . . .*, S. 64, 73—78 und 178 f.

⁹ *A.a.O.*, S. 78.

¹⁰ Diederich über das Konzept von Bean, *a.a.O.*, S. 179.

ein Prozeß vielfach aufeinander bezogener Entwicklungsfaktoren, dessen Zielgerichtetheit nicht unabhängig von den planerischen Bemühungen der vorherigen Generationen verläuft.¹¹ Es war ein Anliegen dieser Untersuchung zu zeigen, daß gerade die schulpolitischen Initiativen des 19. Jahrhunderts unter solchen Planungsaspekten verständlich werden, etwa im Sinne des vielzitierten Postulats von Ferdinand Stiehl: »Wer die Schule hat, der hat die Zukunft!«,¹² und daß es in diesem Zusammenhang auch legitim ist, den historischen Ablauf auf diese Beziehungen hin zu untersuchen. Der Unterschied zwischen den genannten formalisierten Bemühungen um historische »Gesetzmäßigkeiten« und dem anschließend hier vorzustellenden Verfahren liegt eben gerade darin, daß nicht von der Statistik ausgegangen wird, um historisch-politische Strukturen allein aus dem Zahlenmaterial zu konstruieren, sondern umgekehrt die zu untersuchenden Zeitreihen erst das Ergebnis einer detaillierten empirischen Darstellung bilden und nun zusätzlich einer quantifizierenden Interpretation unterzogen werden, ohne daß es das Ziel ist, daraus überzeitlich gültige Entwicklungsgesetze abzuleiten.

Die folgende Untersuchung erhebt keinen Totalitätsanspruch zur Erklärung des Wählerverhaltens — auch nicht, soweit sie sich auf die Wählerbewegung im Kaiserreich beschränkt. Das kann sie deshalb nicht, weil die Bezugnahme auf nur eine Determinante politischer Entscheidung dem Gebot des multifaktoriellen Vorgehens in der Wahlforschung widerspricht, wie es in letzter Zeit besonders nachdrücklich bei Otto Büsch erhoben wurde.¹³ In dieser Beschränkung liegt jedoch andererseits ihre Stärke und ihre Funktion in der methodischen Fortentwicklung *historischer* Wahlforschung. Es besteht Konsens über den Charakter des Wählerverhaltens als Resultante unterschiedlichster Einflüsse; ihre Auswahl ist je-

¹¹ Zur historiographischen Kategorie der »Planung« vgl. Helmut Klages, *Planung — Entwicklung — Entscheidung: Wird die Geschichte herstellbar?*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 226 (1978), H. 3, S. 529—546. Historiker haben es nach Klages auf diese Weise auch mit der in der Vergangenheit wurzelnden Gestaltung der Zukunft zu tun, die wiederum bereits vergangen sein kann. Klages sieht das Entstehen eines Planungsbewußtseins im Zusammenhang mit dem Zeitalter der Industrialisierung, wobei er darauf hinwies, daß gerade der Anfang des 19. Jahrhunderts noch stark durch das liberale Vertrauen auf Selbststeuerung gekennzeichnet sei. In der vorliegenden Arbeit wurde trotzdem versucht, entsprechende Bemühungen auch schon für die Phase der ersten 'Schulgeneration' herauszuarbeiten.

¹² Vgl. dazu H. G. Bloth, *Wer die Schule hat, der hat die Zukunft* ... passim.

¹³ Vgl. das »Befragungsschema zur Erforschung von Korrelationen und Interdependenzen zwischen Wahlergebnissen, Strukturdaten und Ereignisfaktoren im deutschen Kaiserreich«, in: O. Büsch, *Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg* ..., S. 228 f.

doch weder kanonisiert,¹⁴ noch kann sie *de facto* als vielfältig gelten, das heißt, die optimale Variation ist Postulat, während die allgemeine Konvention sich vor allem bei großräumlichen Untersuchungen auf erprobte Faktoren wie Konfessionsverteilung, Aufgliederung der Wahlberechtigten nach sektoraler Berufszugehörigkeit, Bezugnahme auf Ortsgrößenklassen und wenig anderes beschränkt.¹⁵ Mit der Untersuchung der Wählerschaft nach 'Schulgenerationen' wird also kein Ansatz vorgeschlagen, der sich in Gegensatz zu den bisherigen Verfahrensweisen stellen würde. Ziel ist vielmehr die methodische Innovation in der Auswahl und statistischen Konstruktion unorthodoxer Bestimmungsgründe. Die historische Wahlforschung steht nämlich keineswegs nur vor dem Problem der Erarbeitung einer möglichst großen Zahl kleiner Regionen mit den ihr bereits zur Verfügung stehenden Fragestellungen¹⁶ — sie steht auch und gerade vor dem Problem der Verbesserung und Ausweitung ihrer methodischen Ansätze. Die Herausforderung zu optimiertem Vorgehen in dieser Teildisziplin der Geschichtswissenschaft kann auch nicht mit dem Hinweis auf mikroanalytische Ansätze in ökologischen Untersuchungen, die in sehr detaillierte Fragestellungen hineingehen, beiseite geschoben werden. Es genügt nicht, Charakteristika einer Gebietseinheit allein zu *ermitteln* — ihre nachvollziehbare *Verknüpfung* mit den Wahlergebnissen ist die ei-

¹⁴ »Welche sozialgeographischen Faktoren mit Wahldaten konfrontiert werden sollen, ist ... dem Belieben des Untersuchenden überlassen.« (H. Setzer, *Determinanten der Wählerentscheidung* ..., S. 66.)

¹⁵ Im Gegensatz zu diversen Übersichten über die verschiedenen methodischen Ansätze in der historischen Wahlforschung bzw. der empirischen Wahlforschung allgemein (vgl. dazu die folgende Anm. 19) fehlt es bisher an einer systematischen Auflistung des Determinantenspektrums. Zwar gibt es theoretische Konzepte — angefangen von Ernst Cahn's Abhandlung: *Die Motive des politischen Wählens und die maßgebenden Gesichtspunkte für die Haltung der politischen Parteien in prinzipiellen Fragen*, in: *Patria. Jahrbuch der »Hilfe«*, hrsg. von Friedrich Naumann, 7. Jg., Berlin 1907, S. 1—28, bis hin zu dem bereits erwähnten »Befragungsschema« von Otto Büsch (Anm. 13). Es handelt sich dabei jedoch um Postulate, nicht um Forschungsberichte. Dem am nächsten kommt die Zusammenstellung der Faktoren des Wählerverhaltens bei Frieder Naschold, *Determinanten der Wählerentscheidung*, in: Ders./Wolf-Dieter Narr, *Theorie der Demokratie* (= Einführung in die moderne politische Theorie, Bd. 3), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971, S. 168—186. Hierbei handelt es sich jedoch weitgehend um Modelle, die über die Möglichkeiten der *historischen* Wahlforschung weit hinausgehen. Diesem Mangel an Selbstverständigung über das bisher Gesicherte kann hier nicht abgeholfen werden, so daß diese Feststellung nur als der allgemeine Eindruck der Verfasserin gelten kann.

¹⁶ So erst jetzt wieder im Schlußresümee bei Peter Steinbach als zukünftige Aufgabe der historischen Wahlforschung wohl etwas zu einseitig gefordert (P. Steinbach, *Stand und Methode der historischen Wahlforschung* ..., S. 234).

gentliche Aufgabe der Wahlforschung. Erst wenn für eine postulierte Determinante politischer Entscheidung die Form der Vergleichbarkeit mit den Wahldaten gefunden wurde, schließt sich der Spannungsbogen von *challenge and response*.

Vergleichbarkeit ist dabei keinesfalls ausschließlich statistisch-quantifizierend zu verstehen. Es gibt optisch-korrelierende Darstellungsmöglichkeiten auf kartographischer Basis, die in dem genannten Sinne Aussagewert besitzen.¹⁷ Daß die folgende Untersuchung sich dieses Zugangs nicht bedient, liegt in der Struktur des ausgewählten Bestimmungsgrundes. Die Frage nach dem Einfluß der 'Schulgenerationen' auf das Wählerverhalten trennt diese Studie von den Arbeiten, die sich für die Auswirkungen sozialer Kontexte und regional fixierter Milieus interessieren. Das Alter, die Zugehörigkeit zu einer Generation, konstituiert keine *lokal* abgrenzbare Wählergruppe. Vielmehr begründet die Generationszugehörigkeit *kategoriale* Mitgliedschaften, die nicht zu den Wahlzeitpunkten über direkten Gruppenzusammenhalt, über die Mechanismen gemeinsamer Orientierung und Gruppenidentifikation ein gleichmäßiges Verhalten der Individuen bewirken, sondern über mehr oder weniger gleichartige Lebenserfahrungen.¹⁸ Die regional vergleichende Betrachtung wird also zugunsten

¹⁷ Hier kann pauschalisierend auf die wahlgeographische Tradition französischer Forschung verwiesen werden, wie sie von André Siegfried begründet wurde. Siehe aber auch die Beispiele für thematische Wahlkartographie bei O. Büsch, *Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg* ..., S. 243 ff.

¹⁸ Die ökologische Analyse ist nicht nur einfach »weniger informativ« für Merkmale wie Alter und Geschlecht als regional stark streuende Faktoren, wie Wolfgang Hartenstein formuliert (*Richtungen der Wahlforschung* ..., S. 199), hier liegt vielmehr ein prinzipieller Unterschied zwischen den Determinanten des Wählerverhaltens begründet. Die »*categoric groups*« wurden zunächst in der amerikanischen Wahlforschung im Gegensatz zu der rein ökonomistisch determinierenden Betrachtungsweise des Wählerverhaltens durch Lazarsfeld von Miller eingeführt (Campbell/Converse/Miller/Stokes, *The American Voter* ...). Man ging davon aus, daß sich die Wirkungen der ökonomischen Lage und Schichtzugehörigkeit in der Prägung des Wählerverhaltens mit der Zugehörigkeit zu verschiedenen Rollen- oder Lebenssituationen überschneidet. Vgl. die Rezeption dieser Ansätze bei F. Naschold, *Determinanten der Wählerentscheidung* ... (Anm. 15), S. 172, sowie die Bemerkung bei Jürgen W. Falter, *Faktoren der Wahlentscheidung. Eine wahlsoziologische Analyse am Beispiel der saarländischen Landtagswahl 1970* (= Schriftenreihe Annales Universitatis Saravienensis. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, Bd. 71), Köln-Berlin-Bonn-München 1973, S. 104: Falter sieht die Bedeutung dieser »Aggregate gleicher sozialer Merkmale« darin, daß man mit ihnen das »Verhalten von Individuen, Gruppen oder Populationen bezüglich ... einer Wahl analytisch beschreiben kann, ohne tiefer in die individuelle Motivationssphäre eindringen zu müssen.« Daß die individuelle Motivationssphäre unberührt bleiben kann, ist für die *historische* Wahlforschung, der dieses Gebiet verschlossen

einer Langzeituntersuchung mit der größtmöglichen Fallzahl, in der Abfolge aller Reichstagswahlen von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, in den Hintergrund treten. Die Einbeziehung der größtmöglichen Anzahl preußischer Regierungsbezirke hat ihren Grund zunächst auch nicht im Gebietsvergleich, sondern ebenfalls in der Notwendigkeit, zur Erzielung einer optimalen Wahrscheinlichkeitsaussage für die ermittelten Zusammenhänge so viele Einzelbeispiele wie möglich zu untersuchen. Der folgende Abschnitt wird mit der entsprechenden Aufbereitung des statistischen Materials für die anschließenden Längs- und Querschnittvergleiche die Grundlage hierfür legen.

Ist die Lage der in die Untersuchung einbezogenen Regionen zueinander auch von keinerlei Bedeutung, da es für die generationsspezifische Untersuchung den in der politischen Ökologie so zentralen »Sozialmilieueffekt« nicht gibt, so existieren doch auch hier freilich sekundäre interregionale Differenzierungen: die Strukturunterschiede zwischen den Alterspyramiden der jeweiligen Bezirke. Die folgende Untersuchung wird zeigen, daß die Abweichungen vom preußischen Mittelwert für den gegebenen Zeitraum im allgemeinen nicht groß genug sind, um Beziehungen zu unterschiedlichen regionalen Parteipräferenzen daraus ableiten zu können. An dem interessanten Sonderfall der Stadt Berlin wird jedoch deutlich werden, daß bei hinreichender Varianz der regionalen Altersstruktur auch diese Perspektive nicht unfruchtbar bleibt. Bei aller methodisch klärenden Abgrenzung scheint es also wenig sinnvoll, die idealtypische Trennung von raum- beziehungsweise zeitbezogenen Studien als Wahlgeographie und Trendanalyse überzubewerten.¹⁹ Vielmehr ist das Gesamtkonzept der Politischen Ökologie geeignet, beide Ansätze zu einer einheitlichen Strategie historischer Wahlforschung zu verbinden.²⁰ Durch eine stärkere Be-

bleibt, kein Nachteil, wenn man dessen eingedenk bleibt, daß es sich hierbei also nicht um *unmittelbare* Kausalfaktoren handelt (*ebda.*). Vgl. zu dieser Begrenzung der Aussagemöglichkeiten auch unten den methodischen Exkurs im Anhang, S. 456–463.

¹⁹ In dieser Schwierigkeit, daß letztlich ein adäquater wahlanalytischer Zugang nur als Mischform verschiedener Ansätze denkbar ist, stehen alle systematisierenden Versuche historiographischer Art, wie sie sich etwa ausgehend von der Einteilung bei N. Diederich, *Empirische Wahlforschung* ... S. 38 f., bei Stein Rokkan/Lars Svåsand, *Zur Soziologie der Wahlen und der Massenpolitik*, in: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, hrsg. von René König, Bd. 12, 2. Aufl., Stuttgart 1978, S. 1–72, bes. S. 9 oder bei W. Hartenstein, *Richtungen der Wahlforschung* ..., S. 185, finden, um nur einige zu nennen.

²⁰ Schon in der Einführung zu dieser Studie wurde auf die entsprechende Einschätzung der Integrationsfunktion der Politischen Ökologie durch Peter Steinbach verwiesen, eine Auffassung, die sich eben gerade aus der Beurteilung der Bedeutung des generationsspezifischen Ansatzes herleitete (vgl. die Seite 15 f. der vorliegenden Arbeit). Bei Steinbach findet

rücksichtigung wahlstatistisch verfahrenender Langzeituntersuchungen mit indirekt konstruierten Komponenten könnten für die sozialökologischen Untersuchungen Anstöße zur Überschreitung ihrer strengen regionalen Abgrenzung und damit der historischen Wahlforschung neue Impulse für eine stärkere Einbeziehung in übergreifende Probleme allgemeiner politischer Entwicklungen gegeben werden.

*'Schulgenerationen' und Generationsgruppen
als Einheiten der Reichstagswählerschaft*

Die Analyse des politischen Wahlverhaltens preußischer Volksschulabsolventen hat ihre Aufgliederung in Wählergruppen zur Voraussetzung, die sich auf die Phasen preußischer Schulpolitik im 19. Jahrhundert beziehen lassen. Wenn dies in der folgenden Grundlegung des statistischen Untersuchungsmaterials mit Hilfe der Konstruktion der politischen Generation geschieht, so erfolgt dieser Versuch im Bewußtsein der Tatsache, daß trotz einiger wahlsoziologischer Vorbilduntersuchungen für die *historische* Wahlforschung methodisches Neuland beschritten wird.²¹ Rudolf Heberle hat darauf hingewiesen, daß Skepsis vor allem bei der Übertragung generationsspezifischer Spekulationen in der Theorie politischen Verhaltens auf exakte statistisch-empirische Verfahren angeraten ist: »Wie viele sozialwissenschaftliche Begriffe, eignet sich der Generationsbegriff *nicht* für Zwecke genauer und eindeutiger Klassifizierung einer ganzen Bevölkerung. Jede Generation hat sozusagen einen eindeutigen festen 'Kern' und eine lockere Peripherie. Nach diesen Erörterungen dürfte es klar sein, daß der Generationsbegriff sich nicht für exakte statistische Untersuchungen eignet. Nur mit großer Vorsicht und mit *einem hohen Grad von Ungenauigkeit* kann man in der Regel die Generationen nach Altersjahren statistisch definieren.«²² Weit positiver schätzt Hans Jaeger

sich auch die Einsicht in die Notwendigkeit der Transzendierung rein wahlhistorischer Ansätze in allgemeine geschichtswissenschaftliche Fragestellungen: »Die politische Ökologie hebt in sich ausdrücklich die rein statistische korrelative Wahlforschung und die Wahlgeographie auf, bezieht jedoch zusätzlich ... das politische Gesamtsystem in die Untersuchung ein.« (P. Steinbach, *Stand und Methode der historischen Wahlforschung* ..., S. 189.)

²¹ Vgl. dazu die Bemerkungen in der EINFÜHRUNG der vorliegenden Studie beziehungsweise im ersten Abschnitt dieses Kapitels.

²² R. Heberle, *Hauptprobleme der politischen Soziologie* ..., S. 100 (Hervorhebungen M. W.). Daß auch Heberle trotzdem eine empirisch-statistisch verfahrenende Generationenforschung für möglich hält, zeigt sein Hinweis auf die Arbeit von Maurice Zeitlin (*a.a.O.*, Anm. 9).

die Machbarkeit generationsspezifischer Untersuchungen ein, wenn er konstatiert, »daß die Idee der historischen Generation eine Reduzierung auf einen vernünftigen Rest des Überprüfbaren, an der Wirklichkeit Meßbaren durchaus verträgt und daß sie in dieser reduzierten Form besonders für das Verständnis mancher sozialgeschichtlicher Entwicklungen nützlich sein kann.«²³ Aber Jaeger traut den eigenen konzeptionellen Vorschlägen letztlich wenig, wenn er sich als konkreten Forschungsansatz auf die Analyse empirisch unmittelbar beziehungsweise sogar *personal* faßbarer Altersgruppen zurückzieht, die sich — wie etwa Jugendbünde oder Künstlerkreise — als junge Generation von der übrigen Gesellschaft *selbstbewußt* abgrenzen.²⁴ Gerade um solche Untersuchungsgruppen kann es sich in einer Wahlverhaltensanalyse, die auf die Anonymität ihres Materials verwiesen ist, nicht handeln; es ist auch festzustellen, daß die Untersuchung *personal* faßbarer Altersgruppen weder neu ist noch methodisch weiterführend für die allgemeine Sozialgeschichte sein kann. Gegen eine derartige Reduzierung des Untersuchungsbereichs kann Fritz Redlich in Anspruch genommen werden, der Generalisierung in generationsspezifischen Untersuchungen gerade wegen ihrer Novität forderte: »*Unwillingness to generalize leads to Empiricism which in the opening of an unexplored field is particularly unproductive.*«²⁵

Die folgende Untersuchung wird sich dem Ruf nach Generalisierung in dem Bewußtsein anschließen, daß die Ergebnisse dadurch trotz ihrer scheinbaren statistischen Exaktheit mit einem hohen Grad von Unschärfe behaftet sind, daß ihre Interpretation zugleich ihre Kritik sein muß, ganz dem methodischen Vorbehalt Heberles entsprechend. Sie wird jedoch zumindest den Vorzug empirischer Durchführung ihres Denkmodells gegenüber dem Verbleiben in methodischen Spekulationen haben. Dieser Vorzug zeigt sich bereits in den konzeptionellen Vorüberlegungen: Eine Konfrontation der Idee der politisch-historischen Generation mit dem konkreten Material und den Strategien der Wahlforschung zeigt überraschenderweise große methodische Vorteile für eine altersspezifische Strukturierung von Wahlverhaltensdeterminanten. Das wird dann besonders deutlich, wenn man ihren Aussagewert mit den erprobten Ansätzen der quantifizierenden Wahlforschung vergleicht. So sind zum Beispiel

²³ H. Jaeger, *Generationen in der Geschichte* ..., S. 429.

²⁴ Vgl. *a.a.O.*, ab S. 447: »Mit dem Studium *konkreter Gruppen*, Bünde, Schulen und Bewegungen beschreitet die historische Generationenforschung den wohl am meisten versprechenden Weg.«

²⁵ F. Redlich, *Generations. A Critique and Reconstruction* ..., S. 261.

langfristig angelegte Trenduntersuchungen zur Entwicklung des Wählerverhaltens nach Bestimmungsgründen der sektoralen Wirtschafts- und Berufsstruktur mit dem Problem konfrontiert, daß Zählungen ihrer Vergleichsgröße erheblich seltener stattfanden als Wahlen. Für eine Zeitreihenuntersuchung ergeben sich hieraus die alternativen Möglichkeiten, entweder nur diejenigen Wahlen zur Analyse heranzuziehen, die mit den Erhebungsjahren der gewählten Vergleichsvariablen zusammenfallen, oder die Daten weniger Stichtermine auch zu den Ergebnissen der zeitlich umliegenden Wahlen in Beziehung zu setzen.²⁶ Es ist leicht einzusehen, daß die erste Entscheidung eine wahlhistorische Langzeituntersuchung nahezu ausschließt, die zweite Alternative jedoch für die Determinante des Wählerverhaltens einen künstlich erzeugten Vergleichstrend konstruieren muß.

Andererseits steht die längere Zeiträume umfassende Wahlforschung vor dem Problem, daß sie bei der Analyse des Wandels der Parteienpräferenzen von Wahl zu Wahl im allgemeinen eine Umorientierung *derselben* Wähler unterstellt, während sich die Bevölkerung doch laufend in ihrer personellen Zusammensetzung verändert und Wandlungen im Wählerverhalten sich auch daher erklären lassen. Auch der umgekehrte Fehlschluß ist denkbar, daß eine durch die Statistik ausgewiesene Stabilität des Wählerverhaltens eine darunterliegende relativ große Wählerbewegung verbirgt, die durch den Generationswandel nivelliert und im schematischen Zahlenvergleich nicht deutlich wird.²⁷ Nils Diederich hat hierauf als auf ein Basisproblem der vergleichenden Wahlstatistik verwiesen: »Es geht nicht um die extreme Forderung nach der absoluten Identität der Vergleichsunterlage. Denn das würde einen statistischen Vergleich zweier

²⁶ Vgl. G. v. Schuckmann, *Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln* ..., S. 112.

²⁷ Vgl. Ralf-Rainer Lavies, *Wähler — Wahlen — Parlamente*, Teil 2, in: *Neue politische Literatur* 19 (1974), S. 30—39, bes. S. 31: »Bei der Untersuchung der Möglichkeit des Machtwechsels durch Wahlen und der Diskussion um die Auswirkung von Veränderungen des Wahlsystems spielt die Wählerfluktuation immer eine entscheidende Rolle. Dazu gehören die sogenannte natürliche Wählerbewegung (durch den Generationeneffekt und die regionale Mobilität verursacht) und die Wechselwähler ...« Siehe zu diesem Strukturproblem der Wahlforschung auch: W. M. Iwand, *Wählerfluktuation in der Bundesrepublik* ..., S. 20—23. Hier auch eine — wenn auch mangelhaft durchgearbeitete — Systematisierung der Erscheinungsformen demographisch begründeter Wählerbewegungen. Eine nähere Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung auch bei K. Allerbeck, *Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sekundäranalyse von Umfragedaten 1953—1974* (= Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 2586), Opladen 1976, S. 27.

aufeinanderfolgender Wahlen ausschließen. Der Wandel der Wählerschaft durch demographische Bewegung ... ist jedoch schon nach wenigen Jahren erheblich ... Aus den Wahlvergleichen lassen sich ... nur in beschränktem Maße über eine summarische Feststellung hinausgehende Schlüsse auf die Veränderung des Wahlverhaltens ziehen ...«²⁸ Mit dem Stichwort »Wählerbewegung«, das primär die politische Umorientierung der Wähler in der Abfolge mehrerer Wahlen meint, kann also zusätzlich der ständig von der natürlichen Bevölkerungsbewegung ausgelöste Wandel in der personellen Zusammensetzung des Wahlkörpers anschaulich gekennzeichnet werden. Diesen Vorteilen der Generationsanalyse des Wählerverhaltens steht allerdings ein nicht geringer Nachteil gegenüber: Die Angaben der Bevölkerungsstatistik für *einzelne* Jahrgänge, die man zur Zusammenstellung von Alterskohorten beliebigen Umfangs benötigt, liegen nur auf der Ebene von Regierungsbezirken vor, so daß die Aggregate der Untersuchung nicht die Wahlkreise sein können. Diese Großräumigkeit der Analyse muß bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Eine Wahlverhaltensuntersuchung, die die Veränderungen des Wahlkörpers durch »den Prozeß des Eintritts in die Politik« bei der Jungwählerschaft und die Effekte der Mortalitätsrate nicht nur mit berücksichtigt, sondern im generationsspezifischen Ansatz zum Instrumentarium ihrer Analyse macht, muß die natürliche Wählerbewegung also nicht als beklagenswerten Unsicherheitsfaktor der Ergebnisse im Auge behalten, sondern sieht in der Auswirkung dieser Strukturveränderungen ihren Erkenntnisgegenstand selbst; sie kann sich darüber hinaus den glücklichen Umstand zunutze machen, daß die Bevölkerungsstatistik traditionell die detaillierteste quantifizierende Erhebung darstellt, also statistische Langzeitreihen mit Intervallen von Jahresfrist den Wahlergebnissen konfrontiert werden können. Aus diesen Voraussetzungen der analytischen Konstellation resultiert als Vorteil der Generationsuntersuchung, daß sie der Dynamik des politischen Wandels soweit wie möglich mit den Mitteln der Strukturanalyse Rechnung zu tragen und den Rückzug auf historisch-politische Einzelereignisse stärker als bei anderen sozioökonomischen Determinanten zu begrenzen vermag. Auf diese Problematik der Trendanalyse wird im abschließenden Abschnitt dieses Kapitels näher einzugehen sein; hier ist jetzt zunächst der Ort, die bisher theoretisch erläuterten Verfahrensweisen zu konkretisieren und durch die Erarbeitung von Zeitreihen

²⁸ N. Diederich, *Empirische Wahlforschung* ..., S. 178.

zur Entwicklung preußischer 'Schulgenerationen' als Wählergenerationen zu demonstrieren.

Das Ergebnis der ersten Wahl nach der Reichsgründung ist der Ausdruck der parteipolitischen Präferenzen von nur vier der vorgestellten sieben 'Schulgenerationen'; nur drei Altersgruppen waren bereits in vollständiger Anzahl beteiligt: die Regulativschüler stellten 1871 erst den verschwindend geringen Anteil von unter fünf Prozent, besaßen also praktisch noch keinerlei Einfluß auf die nationale politische Willensbildung, soweit sie sich im Wahlakt ausdrückt. Dieses Verhältnis änderte sich mit jeder Wahl. Mit jedem Wahldatum trat eine neue Jungwählerschicht der Regulativschüler — gemäß den Wahlrechtsbestimmungen derjenige Teil der männlichen Bevölkerung, der die Altersgrenze des fünfundzwanzigsten Lebensjahres nunmehr überschritten hatte — zum gesamten Wahlkörper hinzu, und in parallelem Vorgang reduzierte sich die Bedeutung der 'Schulgenerationen', die ihre Schulzeit bis 1854 absolviert hatten.

(Vgl. die TABELLE 1 auf Seite 372)²⁹ / 30 / 31

²⁹ Die der TABELLE 1 zugrundeliegenden Daten setzen sich aus verschiedenen statistischen Aufnahmen zusammen, da die Erhebungsstichdaten der Volkszählungen natürlich nicht mit den Wahltagen zusammenfallen. So wurde eine Kombination der Volkszählungsdaten mit den jährlichen Erhebungen der Sterbefälle notwendig; es muß also zum Beispiel für die jeweilige 'Schulgeneration' zur Reichstagswahl von 1871 die Summe der Angaben der Volkszählung (VZ) Ende des Jahres 1871 mit der Zahl der Gestorbenen der Generation im Laufe des Jahres 1871 gebildet werden, da die Wahl bereits Anfang März stattfand. Bei der jeweiligen Jungwählergeneration mußten die entsprechenden Bruchteile der noch nicht Wahlberechtigten abgezogen werden, also zum Beispiel 2/12 der Summe des gesamten Jahrgangs, wenn die Wahl im Februar/März stattfand. Bei der Berechnung der als 'Schulgeneration' (SG) IV geborenen Jungwähler der Wahlen 1874 beziehungsweise 1877 wurden die vom 1. bis 10. Januar 1849 beziehungsweise 1852 Geborenen nicht berücksichtigt, da die Anzahl zu geringfügig ist und sich in den Prozentanteilen nicht mehr niederschlägt. Im folgenden wird eine Zusammenstellung des Berechnungsverfahrens im Überblick gegeben:

'Schulgenerationen' zur Zeit der Reichstagswahlen

Wahl- datum	Volkszählung/Statistik der Bewegung der Bevölkerung	Berechnung der Jungwähler- generation	Quelle: Hefte der Preuß. Statistik
März 1871	VZ 1871 + Gestorbene 1871	SG IV: 1846-10/12 + 1845	30(1875) 29(1874)
Jan. 1874	VZ 1875 + Gestorbene 1875 + Gestorbene 1874	SG IV: 1848 bis 1845	39(1877) 36(1876) 42(1876)
Jan. 1877	VZ 1875 - Gestorbene 1876	SG IV: 1851 bis 1845	39(1877) 45(1878)

Die exakten Angaben der Anteile, die die einzelnen 'Schulgenerationen' an der Wahlbevölkerung von 1871 bis 1912 stellen, und wie die TABELLE 1

Wahl- datum	Volkszählung/Statistik der Bewegung der Bevölkerung	Berechnung der Jungwähler- generation	Quelle: Hefte der Preuß. Statistik
Juli 1878	VZ 1880 + Gestorbene 1880 + Gestorbene 1879 + 1/2 der Gestorbenen 1878	SG IV: 1853-5/12 + (1852 bis 1845)	66(1883) 61(1882) 56(1881) 51(1880)
Okt. 1881	VZ 1880 - Gestorbene 1881	SG IV: 1856-2/12 + (1857 bis 1845)	66(1883) 68(1883)
Okt. 1884	VZ 1885 + Gestorbene 1885	SG IV: 1859-2/12 + (1858 bis 1845)	96(1888) 89(1887)
Febr. 1887	VZ 1885 - Gestorbene 1886	SG IV: 1862-10/12 + (1861 bis 1845)	96(1888) 94(1888)
Febr. 1890	VZ 1890 + Gestorbene 1890	SG V: 1865-10/12 + (1864 bis 1863)	121(1893) 117(1892)
Juni 1893	VZ 1895 + Gestorbene 1895 + Gestorbene 1894 + 1/2 der Gestorbenen 1893	SG V: 1868-6/12 + (1867 bis 1863)	148(1898) 143(1897) 138(1896) 134(1895)
Juni 1898	VZ 1900 + Gestorbene 1900 + Gestorbene 1899 + 1/2 der Gestorbenen 1898	SG VI: 1873-6/12 + (1872 bis 1870)	177(1902/03) 169(1902) 164(1901) 160(1900)
Juni 1903	VZ 1900 - Gestorbene 1901 - Gestorbene 1902 - 1/2 der Gestorbenen 1903	SG VI: 1878-6/12 + (1877 bis 1870)	177(1902/03) 178(1903) 183(1903) 190(1904)
Jan. 1907	VZ 1910 + Gestorbene 1910 + Gestorbene 1909 + Gestorbene 1908 + Gestorbene 1907	SG VI: 1882-11/12 + (1881 bis 1870)	Quelle: Bände d. Stat. des Dt. Reiches 240(1914/15) 229(1911) 224(1910) 220(1909)
Jan. 1912	VZ 1910 - Gestorbene 1911	SG VII: 1883 bis 1886	240(1914/15) 233(1912)

Diese umständliche Ermittlung der Größenverhältnisse der 'Schulgenerationen' war erforderlich, da die Altersstruktur der Wahlberechtigten nicht direkt statistisch faßbar ist, obwohl sie im Wahlverfahren ursprünglich durchaus festgestellt wurde. Vgl. dazu das Schema einer Wählerliste in: *Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl*, hrsg. von Arthur Blau-stein und Hermann Hillger, Berlin-Leipzig 1907, S. 73, das eine Rubrik für die genaue Alters-eintragung enthält. Auf Grund der nur rudimentären Überlieferung des Materials wären auf diesem Wege jedoch keine räumlich breit angelegten Untersuchungen möglich. Sowieso nur vereinzelt durchgeführte Ansätze der amtlichen Statistik, das Alter der Wahlbevölkerung

TABELLE 1
Der prozentuale Anteil der 'Schulgenerationen'
an der wahlberechtigten Bevölkerung von 1871 bis 1912
in Preußen*

Reichstags- wahl	'Schulgenerationen'						
	»Reformzeit« (1816—1840)	»Vormärz« (1840—1847)	»Revolution« (1847—1854)	»Regulative« (1854—1872)	»Falk« (1872—1879)	»Purtkamer« (1879—1892)	»Bosse« (1892—1896)
1871	44,8	19,0	22,4	4,1			
1874	40,7	17,9	21,2	13,1			
1877	35,9	16,6	19,8	23,0			
1878	33,6	15,8	19,2	27,5			
1881	28,6	14,5	17,9	36,9			
1884	24,2	13,3	16,5	44,7			
1887	21,0	12,2	15,5	50,6			
1890	17,0	10,9	14,2	49,8	7,7		
1893	12,5	9,5	12,8	46,2	18,8		
1898	7,5	7,4	10,5	40,5	22,0	12,1	
1905	3,8	5,2	8,2	34,5	19,5	28,8	
1907	2,0	3,8	6,7	30,3	17,7	39,5	
1912	0,7	2,1	4,6	24,9	15,5	38,3	13,8

keine
Wahlberechtigung

* Zur Verfahrensweise der statistischen Zusammenstellung siehe die Anmerkungen 29—31 auf S. 370 f. und S. 373.

sie ausweist, verdecken das Unschärfeverhältnis in der Grenzziehung zwischen den Altersgruppen, soweit sie schulpolitisch geprägt wurden. Fritz Redlich hat zutreffend herausgestellt, daß es im Grunde nur »Grenz-zonen« zwischen Generationen als Sekundärphänomenen einer historischen Untersuchung gibt: »... *there are in reality no demarcation lines, there are only border zones between the successive groups of coevals*«. ³² Mit dieser Definitionsproblematik steht die Generationenforschung jedoch keineswegs allein. Alle sozialwissenschaftlichen Kategorien und

auf Wahlkreisebene auszuweisen, zeigen dagegen bereits eine andere, natürlich nicht den 'Schulgenerationen' entsprechende Gruppeneinteilung. (Vgl.: *Die ortsanwesende Bevölkerung der Reichstags-Wahlkreise nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter in drei verschiedenen Altersklassen, nebst Angabe der activen Militärpersonen nach dem Stand vom 1. December 1875*, in: *Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung vom 1. December 1875 im Preussischen Staate* [= Preussische Statistik, H. 39, 1. Teil], Berlin 1877, S. 18—49.)

³⁰ Daß sich die Anteile der 'Schulgenerationen' in der TABELLE 1 nicht im gesamten Zeitraum auf 100 % addieren, liegt daran, daß ein schulgerechtigt notwendiger Anfangspunkt der Untersuchung bei 1816 gesetzt wurde. Die übrigbleibende Wähler-Restgruppe liegt aber nur in den ersten beiden Wahljahren über 5 % und damit überwiegend im Bereich einer Größenordnung, die in der anschließenden grobschematisierenden Trendanalyse sowieso keine Berücksichtigung finden würde. Die ihr zugehörigen Wahlberechtigten sind bereits 1871 über 65 Jahre alt.

³¹ Wenn die TABELLE 1 von der »wahlberechtigten Bevölkerung« spricht, so ist hier wie im folgenden grundsätzlich die Gesamtzahl der männlichen Bevölkerung über 25 Jahre gemeint, die mit den Wahlberechtigten insofern nicht völlig identisch ist, als die Militärangehörigen, die in Konkurs Gegangenen und Unterstützungsempfänger nicht wahlberechtigt waren. Es lassen sich diese Gruppen jedoch *nach dem Alter* nicht aus der Gesamtzahl der über 25jährigen eliminieren (vgl. die Anm. 29). Es ist an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinzuweisen, daß hier die Gesamtbevölkerung mit den Volksschülern gleichgesetzt wird. Vgl. zur statistischen Relevanz der Schülerschaft mit höherem Bildungsgrad S. 20 f. der vorliegenden Arbeit.

³² F. Redlich, *Generations. A Critique and Reconstruction* . . . , S. 261. Bei der Abgrenzung der 'Schulgenerationen' voneinander wurde in dieser Arbeit so vorgegangen, daß ein Jahrgang zu einer bestimmten 'Schulgeneration' gezählt wird, wenn mindestens fünf Schuljahre zu der betreffenden bildungspolitischen Zeitspanne gehören. Es wäre auch die Lösung denkbar gewesen, die Schuljahre nicht gleichgewichtig zu behandeln, sondern die zeitliche Lage der Oberstufenklassen der Volksschule als ausschlaggebend zu betrachten. Gerade wenn man für die Ausprägung politischer Sozialisation den Geschichtsunterricht für bedeutungsvoll hält, der ja überwiegend in den letzten Schuljahren erteilt wurde, hätte sich eine solche Akzentuierung angeboten. Jedoch geht man damit an der Tatsache vorbei, daß die acht gesetzlich geforderten Schuljahre nicht in allen Fällen abgeleistet wurden. Der Anteil der Kinderarbeit an der Erwerbstätigkeit ist im 19. Jahrhundert noch erheblich und wirkt sich besonders auf den Schulbesuch der älteren Jahrgänge aus. Da die Bedeutung beider sich widersprechender Argumente sich nicht zuverlässig gegeneinander abwägen läßt, erscheint es geraten, die gesetzlich festgelegte Norm als Richtwert zu nehmen.

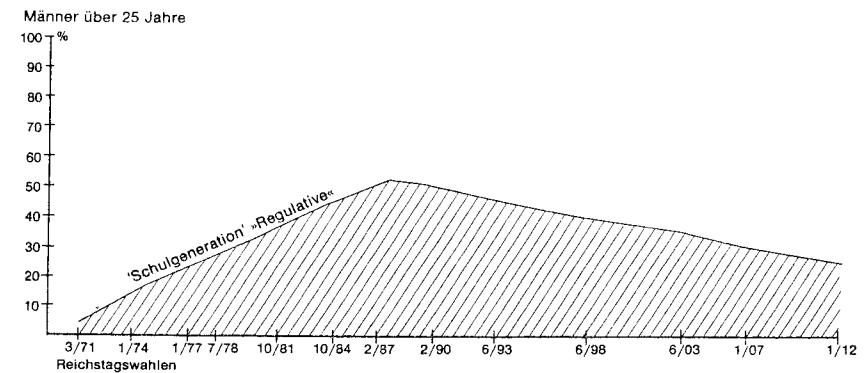
Klassifikationen sind in gewisser Weise Abstraktionen und weisen Überschneidungen auf. So bemerkt Alan B. Spitzer zur Frage der Abgrenzung einzelner Generationen aus dem Bevölkerungskontinuum, daß das Problem: *»how to specify the boundaries of generations in the seamless continuum of daily birth? is a problem for anyone who chooses to mark off categories in any continuum. In this sense specifying generations is no more arbitrary than specifying social classes, or ideologies, or political movements, where there is inevitably a shading off or ambiguity at the boundaries of categories.«*³³ Der Unterschied zur Erhebung anderer Sozialkategorien liegt vor allem darin, daß die amtliche Statistik im allgemeinen das Problem der Abgrenzung der einzelnen Untergruppen voneinander der Forschungsarbeit bereits vorweggenommen hat, wohingegen beim Fehlen generationsspezifischer Erhebungen in diesem Falle die Aufschlüsselung der Bevölkerung erst in der Untersuchung selbst vorgenommen werden muß. Wird also die Isolierung einzelner Generationen aus dem Gesamttaggregat der preußischen Wahlberechtigten akzeptiert, kann die Entwicklung ihres objektiven Beteiligtseins an den Wahlen — anders als die Wahlbeteiligung, die altersspezifisch nicht zu ermitteln ist — festgestellt werden.

Im Gegensatz zur Unanschaulichkeit der Daten läßt die Darstellung der FIGUR 1 die Dynamik des altersbedingten Wandels in der Zusammensetzung des Wahlkörpers aller Reichstagswahlen im Kaiserreich am Beispiel nur einer der sieben festgestellten 'Schulgenerationen', der der Regulative, deutlich erkennen. Sie zeigt auch, daß der Maximalwert ihres Einflusses nach 1887 bereits überschritten war und ihr Anteil an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten von da an ständig zurückging.

Kompensiert wurde diese Reduzierung seit 1890 durch das Nachrücken von 'Schulgenerationen' des Kaiserreichs in die preußische Reichstagswählerschaft. Nur zwei der drei ab 1871 ermittelten schulpolitischen Altersgruppen spielten noch bis zum Ersten Weltkrieg eine entwicklungsgeschichtlich darstellbare Rolle: die Kulturkampfgeneration, geprägt durch die Politik Falks, und die 'Schulgeneration' der Reaktionsphase nach 1879, die von Puttkamer engagiert eingeleitet worden war. Die letzte der sieben preußischen Schulgenerationen des 19. Jahrhunderts, diejenige, die ihre überwiegende Volksschulzeit zwischen 1892 und 1896, unter dem Kultusministerium »Bosse« absolvierte, ist ausschließlich an der Reichstagswahl des Jahres 1912 beteiligt und daher in der folgenden FIGUR 2 auch nicht als Trendlinie darstellbar.

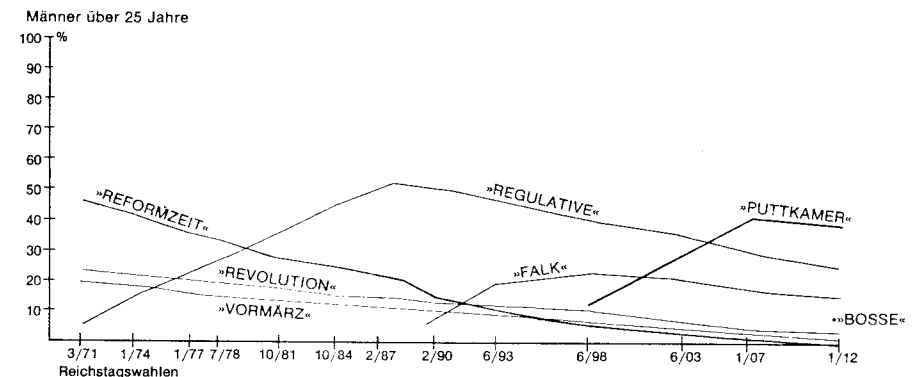
³³ A. B. Spitzer, *The Historical Problem of Generations ...*, S. 1358.

FIGUR 1
Der Anteil der Regulativschüler (IV)
an der Gesamtzahl der preußischen Wahlberechtigten
bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1912*



* Die genauen Daten vgl. jeweils in der vierten Spalte der TABELLE 1. Die Angaben auf der Abszissenachse beziehen sich auf Monat und Jahr der Wahl (z. B. 3/71 = März 1871).

FIGUR 2
Der Anteil der 'Schulgenerationen' von 1816 bis 1896
an der wahlberechtigten preußischen Bevölkerung
bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1912*



* Es handelt sich um die graphische Darstellung der statistischen Angaben in der TABELLE 1.

Insgesamt zeigt die preußische Reichstagswählerschaft des Kaiserreichs unter generationsspezifischem Gliederungsprinzip ein äußerst dynamisches Strukturbild, dessen einzelne Konstellationen sich ständig gegeneinander verschieben und neu anordnen; die obenstehende Graphik ist darüber hinaus ein visualisierter Beweis für die These, die Thomas A. Herz im Hinblick auf generationsspezifische Untersuchungen aufgestellt hat: »Die Beziehung zwischen Alter und politischen Variablen spiegelt wie keine andere Variable [...] die Traditionen eines politischen Systems wider.«³⁴

Rudolf Heberle hat in seinem Hauptwerk zur politischen Soziologie davor gewarnt, etwa den Unterschied zwischen dem Generationsproblem und der Variable »Alter« zu verwischen. Mit einer derartigen Strukturierung des preußischen Wählerpotentials nach *einzelnen* Altersgruppen, auch wenn die Kohorten nicht schematisch, sondern nach schulpolitischen Abgrenzungskriterien gebildet sind, tritt diese Gefahr deutlich hervor. Zu prägnant drängt sich dem Beobachter der Unterschied des Wandels zwischen der Repräsentanz älterer und jüngerer Wählerschaft auf, eine Differenz, die im Rahmen der Frage nach Schulbildung und Wählerverhalten in gar keiner Weise interessiert: Die Altersgruppen sind ja nur die Hilfskonstruktion, derer sich der Historiker bedienen muß, um sich einem im statistischen Material direkt nicht zu ermittelnden Bestimmungsfaktor des Wählerverhaltens anzunähern. »Die 'Generationstheorie' versucht zu erklären, wie ... neue politische Bewegungen entstehen, nicht: ob ältere Leute anders wählen als jüngere. 'Alter' als statistisch erfaßbare Eigenschaft ist 'kontinuierlich', es bildet eine Skala von 0 bis über 100, die man beliebig unterteilen kann — 'Generationen' bilden gesonderte, durch externe, objektive Daten abgrenzbare Einheiten.«³⁵

Für die folgende Korrelationsanalyse muß also eine Datenanordnung gefunden werden, die dem »externen« Bezugsfeld, hier der schulpolitischen Entwicklung, das Übergewicht gegenüber dem Einfluß der altersbedingten Wähleranteile verleiht. Eine solche Anordnung ist als Gruppenbildung verschiedener Generationen denkbar, die durch den Verzicht auf

³⁴ Th. A. Herz, *Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland* ..., S. 187.

³⁵ R. Heberle, *Hauptprobleme der politischen Soziologie* ..., S. 101. Die Forschung rückt generell zusehends davon ab, von einer *rein* altersspezifischen Wählerrolle zu sprechen, ohne daß zusätzliche meinungsbildende Kriterien herangezogen werden (vgl. R. Wichard, *Wahlen in Hildesheim 1867 bis 1972. Ein Beitrag zur neueren Wahlforschung* [= Historische Texte und Studien, Bd. 2], Braunschweig 1974, S. 25).

die natürliche Jahrgangsabfolge die Differenzen zwischen jeweils älteren und jüngeren Wählern nivelliert, gleichzeitig aber *schulpolitisch* wirksamen Differenzierungen Ausdruck verleiht.

Diese Überlegung verweist die statistische Analyse auf die Periodisierungsprinzipien der historischen Darstellung. Die Umbrüche bildungspolitischer Tendenz, die die Gliederung der preußischen Schülerschaft des 19. Jahrhunderts in 'Schulgenerationen' ermöglicht hatten, eröffneten nicht jeweils vollständig neue Perspektiven; vielmehr erfolgte ungeachtet säkularer Fortschritte auf dem Gebiet der materiellen Schulausstattung ein ständiger Wechsel zwischen zwei in ihrem Kern gleichbleibenden volkspädagogischen Prinzipien, ein Entwicklungsverlauf, der es verbietet, die jeweils neue Richtung als wesensmäßig »neu« oder progressiv gegenüber der vorausgegangenen Tendenz zu bezeichnen. So hatte Diesterweg am Kontinuitätsbruch von 1840 von der »neuen Richtung« gesprochen, die »an sich auch vielleicht eine ganz alte oder veraltete« sei,³⁶ so hatte Friedrich Julius Stahl den Dualismus im Bildungswesen als Konkurrenz zweier »Systeme« verstanden, die er mit der Phase um 1848 und der Regulativziehung identifizierte,³⁷ und Friedrich Dittes bestätigte 1883 das Nachwirken beider Tendenzen mit der Rede von den »zwei diametral entgegengesetzten Richtungen«, die sich einerseits mit dem Namen Diesterweg, andererseits mit Stiehl identifizieren ließen, bis weit in die Zeit des Kaiserreichs hinein.³⁸

Hatte die Erkenntnis dieser konkurrierenden Systeme der preußischen Volksschulpolitik die Konstituierung von 'Schulgenerationen' bestimmt, so definiert sich nun aus diesem Dualismus eine alternative Gruppenbildung, grob kategorisierend als »Reformgruppe« *versus* »Reaktionsgruppe« bezeichnet. Die Gruppe »Reform« setzt sich den Ergebnissen der schulpolitischen Untersuchung entsprechend aus den Generationen unter dem Ministerium Altenstein, der Revolutionsphase um 1848, der Falkschen Liberalisierungsära sowie den letzten Jahrgängen unter der Verwaltung Bosse zusammen, die auf diese Weise — anders als bei einer Untersuchung nach einzelnen 'Schulgenerationen' — auch in den Trendvergleich einbezogen werden kann. Die Gruppe »Reaktion« umgreift in Ergänzung dazu die 'Schulgeneration' des Vormärz, die Schülerschaft der »Stiehlschen Regulative«, sowie die in der Restaurationsphase nach der zweiten, konservativen Reichsgründung Erzogenen.

³⁶ Vgl. im ZWEITEN KAPITEL der vorliegenden Arbeit die Anm. 105.

³⁷ Vgl. *a.a.O.*, Anm. 227.

³⁸ Vgl. *a.a.O.*, Anm. 337.

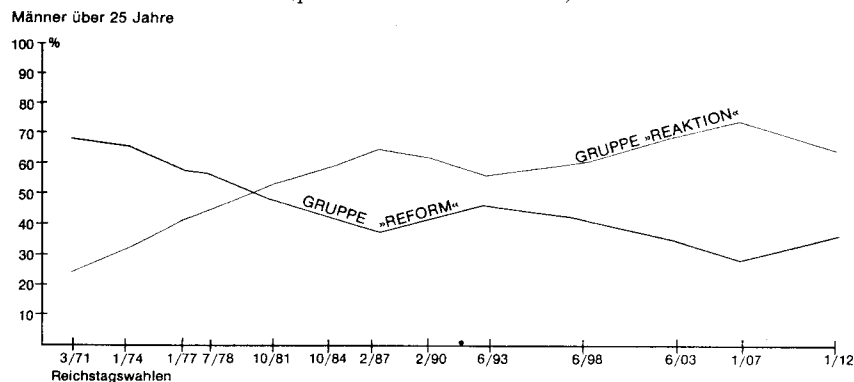
TABELLE 2
 Anteile der Generationsgruppen
 »Reform« und »Reaktion«
 an der wahlberechtigten Bevölkerung von 1871 bis 1912
 in ausgewählten Regierungsbezirken
 (prozentualer Durchschnitt)*

Reichstags- wahl	Generationsgruppen		Reichstags- wahl	Generationsgruppen	
	»Reform«	»Reaktion«		»Reform«	»Reaktion«
1871	67,5	23,0	1890	39,4	60,2
1874	62,1	30,8	1893	44,1	55,7
1877	56,2	38,9	1898	40,0	59,9
1878	52,9	42,9	1903	32,0	67,9
1881	46,6	51,0	1907	27,1	72,9
1884	41,3	57,5	1912	34,7	65,3
1887	37,0	62,3			

* Durchschnitt der Daten aus TABELLE II im Anhang.

Die Darstellung der FIGUR 3 verdeutlicht die tendenzielle Entwicklung der beiden Generationsgruppen zuzurechnenden preußischen Wahlberechtigten im Durchschnitt der für die Trendanalyse ausgewählten dreizehn Regierungsbezirke.³⁹

FIGUR 3
 Anteile der Generationsgruppen »Reform« und »Reaktion«
 an der wahlberechtigten Bevölkerung von 1871 bis 1912
 in ausgewählten Regierungsbezirken*
 (prozentualer Durchschnitt)



* Vgl. die Anmerkung zu TABELLE 2.

³⁹ In der notwendigen Beschränkung auf die Analyse der Regierungsbezirke erweist der generationsspezifische Ansatz in der Wahlforschung seinen hervorstechendsten Nachteil:

Als Ergebnis dieser Formalisierung ist zunächst festzuhalten, daß diejenigen Strukturmerkmale entfallen sind, die sich speziell aus dem Altersaufbau der Wählerschaft ableiten oder auf diesen deutlich hinweisen würden. Signifikant tritt dagegen in dieser Darstellung die schulpolitisch bedingte Entwicklungsrichtung hervor, die in zwei entgegengesetzt verlaufende Trendlinien auseinanderfällt.

Anders als bei den Strukturbildern des Wählerverhaltens, die das Ergebnis des folgenden Abschnittes über die Parteigruppierungen im protestantischen Preußen sein werden, genügt für die Trendlinien der Zeitreihen der generationsspezifischen Entwicklung hier die Darstellung der *durchschnittlichen* Größenordnungen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß die Altersstruktur der weit überwiegenden Mehrheit der ausgewählten regionalen Untersuchungseinheiten zwischen 1871 und 1912 in einem Variationsbereich liegt, der den Rahmen jeweils weniger Prozentpunkte nicht überschreitet und damit für den Querschnittvergleich einer statistischen Analyse, die sich — wie die folgende — an epochalen Entwicklungstrends orientiert, nicht von Bedeutung werden kann. Zu den Ausnahmeerscheinungen wird in dem weiter unten folgenden Abschnitt, der sich vornehmlich mit dem Sonderfall der Stadt Berlin beschäftigt, eine nähere Untersuchung anzustellen sein. Vollends erklärlich wird dieses Phänomen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Konstruktion der Generationsgruppen ja gerade die reinen Altersunterschiede zu nivellieren sucht. Die folgende Graphik verdeutlicht diese homogene Struktur am Beispiel der Generationsgruppe der unter konservativer Schulpolitik Erzogenen zur Zeit der ersten Reichstagswahl.⁴⁰

(Siehe FIGUR 4 auf der folgenden Seite)

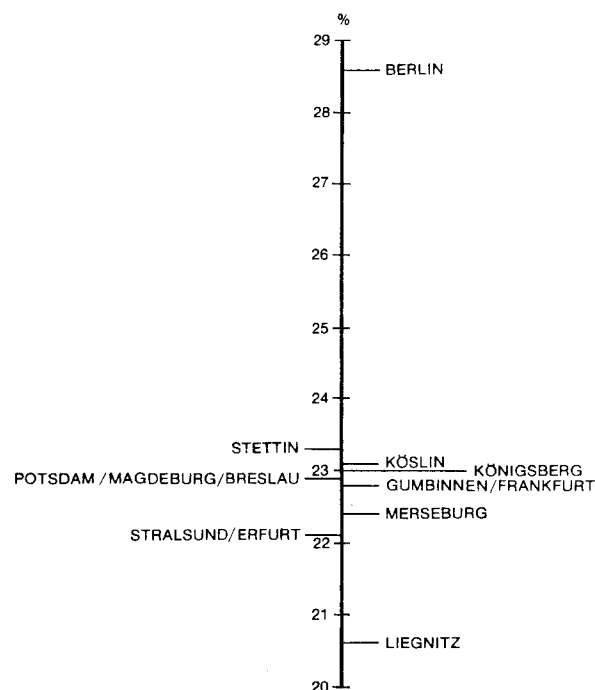
Ein vergleichbares Schaubild, etwa zur letzten Wahl des Kaiserreichs, erübrigt sich aufgrund der Tatsache, daß die Werte der Generationsgruppe »Reaktion« 1912 nur noch eine Varianz von zwei Prozentpunkten für *alle* untersuchten Regierungsbezirke aufweisen.

Die Unmöglichkeit, altersbezogene Differenzierungen auf der Ebene einer großen Anzahl von Wahlkreisen zu ermitteln, verweist auf diese sehr große Aggregatebene. Daß ein Vergleich in dieser Größenordnung trotzdem nicht irrelevant sein muß, wird in der Auswertung der Ergebnisse deutlich werden.

⁴⁰ Die statistischen Daten der *sieben* 'Schulgenerationen' in allen dreizehn — selbstverständlich einzeln in der folgenden Korrelationsuntersuchung berücksichtigten — Regierungsbezirken weist die TABELLE I im Anhang aus, die Regierungsbezirks-Zahlen zur Reform- und Reaktionsgruppe bringt die TABELLE II; dort auch die Angaben, die der folgenden FIGUR 4 zugrundeliegen.

FIGUR 4

Die Generationsgruppe »Reaktion« bei der Reichstagswahl von 1871
in % der männlichen Bevölkerung über 25 Jahre
in ausgewählten preußischen Regierungsbezirken



Die hier unternommene Reduzierung der Idee der historischen Generation (Jaeger) auf eine quantifizierbare Form des empirisch Überprüfbareren führt also primär zu Trendvergleichen der Wählerbewegungen des Kaiserreichs 1871 bis 1912, die die unterschiedlichen Parteipräferenzen in den einzelnen Regierungsbezirken mit der relativ homogenen generationspezifischen Struktur in Beziehung zu setzen suchen. In der kritischen Interpretation der Ergebnisse werden dann auch interregionale Unterschiede erkennbar, die sich teilweise auf Differenzierungen in der Generationenproportionalität zurückführen lassen.

Die statistische Formalisierung der Generationenstruktur der wahlberechtigten Bevölkerung preußischer Regierungsbezirke erfordert nun als ihr Gegenstück eine adäquate Systematisierung ihres Wählerverhaltens

nach ebenfalls gruppierenden Gesichtspunkten, beides Vorstufen, Lösungsvorschläge zum Kombinations- und Konstruktionsproblem in der historischen Wahlforschung, die eine vergleichende Korrelationsanalyse mit dem Ziel der Erweiterung unseres Wissens über die gesellschaftlich faßbaren Komponenten und Kontexte der Wählerentscheidung ermöglichen sollen.

Preußische Wählerbewegung des Kaiserreichs nach Parteiengruppierungen

Die beiden schulpolitisch differenzierten Wählerschichten, gemäß einer säkularen bildungshistorischen Alternativstruktur als »Reform«- und »Reaktions«-Gruppe gekennzeichnet, wurden bei ihrer Wahlentscheidung zu den Reichstagen des Kaiserreichs mit einer ständig anwachsenden Zahl von Parteien und politischen Vereinen konfrontiert, deren gesamtes Spektrum jedoch weder jedem einzelnen Wähler geläufig war, noch überhaupt in jedem Wahlkreis konkurrierte. Karl Fischer, Volksschüler der dritten Generationsphase, gibt in seinen *Denkwürdigkeiten* ein Beispiel für das Wissen um die politischen Parteien bei Unterschichtangehörigen, wenn er sich auf die zweite Reichstagswahl bezieht und berichtet, daß er nun auch einen Begriff von den Parteien bekommen und gelernt habe, daß es eine »ultramontane« und eine »liberale« Partei gebe.⁴¹ Kennzeichen des Parteiensystems vor 1918 war die starke Variation in der regionalen Repräsentanz, die Bindung an subkulturelle Sozialmilieus oder landschaftliche beziehungsweise ethnische Traditionen, die die jeweilige konkrete Erscheinungsform der politischen Konfliktstruktur bestimmten.

Die historische Wahlforschung sieht sich damit vor zwei forschungsstrategischen Alternativen: Sie kann der lokalen Differenzierung folgen und für die isolierte Analyse einer einzelnen Region authentische parteipolitische Phänomenologie treiben, ein Vorgehen, das den interregionalen Vergleich ausschließt, oder sie bedient sich der Erkenntnisse moderner Parteienforschung zur Systematisierung des deutschen Parteiensystems auf nationaler Ebene, um die jeweiligen regionalen Unterschiede auf den Hintergrund interregionaler politischer Konfliktstrukturen zurückzuführen.

Bei dem zweiten Verfahren handelt es sich zweifellos um eine Abstraktion, die der Offenlegung ihrer Prämissen bedarf und die bisher in der Par-

⁴¹ K. Fischer, *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters* ..., S. 293; vgl. auch C. Trunz, *Die Autobiographien von deutschen Industriearbeitern*, Phil. Diss., Freiburg i. Br. 1935, S. 61.

TABELLE III (Fortsetzung)
Regierungsbezirk Posen

Reichstagswahl	Die Ergebnisse nach einzelnen Parteien										Die Ergebnisse nach Parteigruppen		
	Deutsch-konserv.	Frei-konserv.	liberal	National-liberale	Links-liberale	Zentrum	Sozial-demokr.	Polen	Antise-miten	Wirtsch. Verein.	Sonst.	»Reichs-treue«	»Reichs-feinde«
1871	21,2	6,2	—	9,8	—	—	—	62,7	—	—	0,1	37,2	62,7
1874	3,6	15,0	—	12,4	5,0	7,0	—	56,7	—	—	0,1	31,0	68,7
1877	0,3	13,2	2,6	15,3	—	—	0,4	66,2	—	—	2,0	31,4	66,6
1878	15,9	11,3	5,0	3,6	—	4,0	—	60,1	—	—	0,1	35,8	64,1
1881	8,5	11,5	—	8,7	4,6	4,2	0,1	62,3	—	—	0,1	28,7	71,2
1884	6,6	21,9	—	—	4,1	4,8	0,1	62,4	—	—	0,1	28,5	71,4
1887	7,4	25,9	—	—	2,6	4,7	0,1	59,2	—	—	0,1	33,3	66,6
1890	8,9	22,4	—	—	3,3	—	0,6	64,6	—	—	0,2	31,3	68,5
1893	14,7	12,8	—	—	5,9	1,0	1,3	62,9	—	—	0,4	27,5	71,1
1898	10,8	16,5	—	3,1	3,4	7,6	0,6	57,4	—	—	0,2	30,4	69,0
1903	11,2	10,8	—	—	5,0	2,3	1,9	63,9	—	—	0,1	22,0	77,9
1907	20,0	7,6	—	5,7	—	2,3	1,4	62,9	—	—	0,1	33,3	66,6
1912	18,2	6,3	—	0,1	9,2	1,5	3,1	61,3	0,2	—	0,1	24,8	75,1

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Wegen der großen Anzahl einschlägiger Literatur zu dem hier behandelten Thema der Historischen Bildungsforschung sind in dem folgenden Verzeichnis die vor allem in den Anmerkungen zur EINFÜHRUNG zusätzlich angegebenen Titel, die sich überwiegend auf nicht-preußische Landesteile und angrenzende Gebiete der Bildungsforschung beziehen, nicht noch einmal aufgenommen. Ebenfalls nicht einzeln aufgeführt sind die in den Anmerkungen zitierten Kurzartikel, die den weiter unten angegebenen Periodika entnommen wurden. Dagegen wurde die Übersicht um Literatur ergänzt, die, obwohl in den Anmerkungen nicht ausdrücklich verzeichnet, für die zusätzliche Information des Lesers von Bedeutung ist; diese Titel sind mit einem * gekennzeichnet.

Als unveröffentlichter Quellenbestand wurde ausgewertet:

Geheimes Staatsarchiv (Preußischer Kulturbesitz), Berlin-Dahlem, Rep. 76: Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (bis 1918: Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten), Seminarakten (z. Zt. der Auswertung unbearbeiteter Bestand), zitiert: GStA. [Vgl. auch Anm. 68/EINFÜHRUNG]

Gedruckte Quellen und Literatur

- A Statistiken und Periodika
- B Allgemeine Literatur
- C Quellen und Literatur zur Parteien- und Wahlforschung
- D Quellen und Literatur zur Historischen Bildungsforschung
 - I. Allgemeines und Methodenfragen
 - II. Generationsübergreifende Quellen und Darstellungen zur Geschichte der preußischen Volksschule im 19. Jh.
 - III. Quellen und Literatur zur preußischen Volksschulgeschichte nach 'Schulgenerationen'

A Statistiken und Periodika

Statistik der Reichstagswahlen

Statistik des Deutschen Reichs, hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, Berlin, Bde. 8 (1874), S. II. 73 ff., 14 (1875), S. V.1 ff., 37 (1879), Juni-Heft, S. 1 ff., S. 40 ff., S. 76 ff., 53 (1882), S. III. 1 ff., 250 (1912).

Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, Berlin, Jge., 1885, S. I.105 ff., 1887, S. IV.1 ff., 1890, S. IV.23 ff.

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, Berlin,
Jge. 1893, S. IV.23 ff., 1898, Erg.-Heft III, 1899, Erg.-Heft I, 1900, S. IV.235 ff., 1903, S. II.226 ff., S. III.41 ff., Erg.-Heft IV, 1904, Erg.-Heft I, 1905, S. IV.102 ff., 1907, S. I.92 ff., Erg.-Hefte I, III, IV.

Bevölkerungsstatistik

Statistik des Deutschen Reichs, hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, Berlin,
Bde. 220 (1909), 224 (1910), 229 (1911), 233 (1912), 240 (1914/15).
Preußische Statistik. Amtliches Quellenwerk, hrsg. in zwanglosen Heften v. Königlichen Statistischen Bureau in Berlin, Berlin, Hefte 29(1874), 30 (1875), 36 (1876), 39 (1877), 42 (1876), 45 (1878), 51 (1880), 56 (1881), 61 (1882), 66 (1883), 68 (1883), 89 (1887), 94 (1888), 96 (1888), 117 (1892), 121 (1893), 134 (1895), 138 (1896), 143 (1897), 148 (1898), 160 (1900), 164 (1901), 169 (1902), 177 (1902/03), 178 (1903), 183 (1903), 190 (1904).

Periodika

Allgemeine Chronik des Volksschulwesens, begr. v. Ludwig Wolfram, fortges. v. Robert Wolfram, seit 1873 hrsg. v. L. W. Seyffarth, 1. Jg. 1865—18. Jg. 1882, Hamburg.
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung. Organ der Allgemeinen deutschen Lehrerversammlungen, hrsg. v. A. Berthelt (Nr. 1 vom 1. 1. 1849 in Leipzig u. d. T.: *Zeitung des allgemeinen deutschen Lehrervereins*), Leipzig 1852 ff.
Centralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, hrsg. in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Jge. 1859—1896, Berlin.
Freie deutsche Schulzeitung, hrsg. v. Ernst Wunderlich, 1. Jg. Leipzig 1867 ff.
Jahrbuch für Lehrer und Schulfreunde, ab 1856: *Pädagogisches Jahrbuch für Lehrer und Schulfreunde*, hrsg. v. Friedrich A. W. Diesterweg, 1. Jg., 1851 ff.
Jahrbücher des preußischen Volksschulwesens, hrsg. v. Ludolph v. Beckedorff, 9 Bde., Berlin 1825—1828.
Monatliche Mitteilungen des Vereins zur Erhaltung der evangelischen Volksschule, Langenberg, 1. Jg. 1879 ff.
Pädagogische Zeitung. Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, hrsg. v. Bezirks-Verband Berlin, Jg. 1872 ff.
Pädagogischer Jahresbericht für Deutschlands Volksschullehrer, hrsg. v. Karl Nacke, Bd. 1, 1846 ff.
Preußisches Schulblatt, hrsg. u. red. v. L. W. Seyffarth, Bd. 1, 1871 ff. (Organ des Pestalozzi-Vereins der Provinz Brandenburg, ab 1872: Organ des Pestalozzi- und des Lehrervereins der Provinz Brandenburg, sowie Landesvereins preußischer Volksschullehrer).
Rheinisch-westfälische Monatsschrift für Erziehung u. Volksunterricht, hrsg. v. J. P. Rossel, 1. Jg., Aachen 1824 ff.
Rheinische Blätter für Erziehung und Unterricht, hrsg. v. Friedrich Adolph Wilhelm Diesterweg, 1. Jg., 1827 ff.
Schlesische Schulzeitung. Pädagogische Wochenschrift. Organ der Provinzial-Lehrer-Vereine in Schlesien und Posen und des Schlesischen Pestalozzi-Vereins, red. v. F. Töpler, 1. Jg., Breslau 1872 ff.

Schulblatt für die Provinz Brandenburg, hrsg. v. F. L. Striez, K. Bormann, C. Reichhelm, 1. Jg. 1836 ff.
Schulblatt der Provinz Sachsen, begr. v. W. Dietlein, fortgef. u. Mitw. v. Volksschullehrern der Provinz v. R. Dietlein und E. Lausch, Organ des Provinzial-Lehrer und Prov. Pestalozzi-Vereins, Quedlinburg 1862 ff.
Schulblatt der evangelischen Seminare Schlesiens, hrsg. im Verein mit den Seminarlehrerkollegien, Breslau 1851 ff.
Schulblatt für die Volksschullehrer der Provinz Preußen, begr. v. Eduard Sack, 1. Jg., Insterburg 1861 ff., ab 1862: Königsberg.
Der Schulrath an der Oder, für Vorsteher der Volksschulen, Lehrer an denselben und andere Freunde und Beförderer des Volksschulwesens, in vierteljährigen Lieferungen herausgegeben von Daniel Krüger und Wilhelm Harnisch, 6 Jge. (1814—1820), neu hrsg. v. Julius Plath, Leipzig 1900.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung, Berlin 1848.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen der ... beiden Häuser des Landtags. Haus der Abgeordneten ..., Berlin.
Der Volksschulfreund. Eine Zeitschrift für die Volksschullehrer zunächst der Provinz Preußen, unter Mitwirkung von Elditt und Vetter begr. v. A. E. Preuß, hrsg. von M. Gregor, ab 1864 hrsg. v. Voigdt, ab 1865 hrsg. von Eduard Bock, Königsberg 1837—1891.

B Allgemeine Literatur

Allerbeck, Klaus, *Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sekundäranalyse von Umfragedaten 1953—1974* (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, 2586), Opladen 1976.
Allerbeck, Klaus R., *Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten*, München-Wien 1973.
Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten, II. Teil, Berlin 1794.
Berghahn, Volker R., *Der Bericht der Preussischen Oberrechnungskammer. »Weblers« Kaiserreich und seine Kritiker*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2 Jg. (1976), Heft 1, S. 125—136.
Bismarck, Otto v., *Gedanken und Erinnerungen*. 3 Bde. in einem Bd., Stuttgart-Berlin 1928.
Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, hrsg. v. Lothar Gall (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek. Geschichte, Bd. 42), Köln-Berlin 1971, S. 342—374.
Bissing, W. M. Frh. v., *Autoritärer Staat und pluralistische Gesellschaft in den ersten Jahrzehnten des Bismarckischen Reiches*, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung und Volkswirtschaft*, 83 (1963).
Blos, Wilhelm, *Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten*, Bd. 1, München 1914.
Böhme, Helmut, *Bebel und Bismarck: Soziale Gleichheit oder nationale Einheit*, in: *Jahrbuch der Technischen Hochschule Darmstadt* (1975), S. 71—86.
Borchardt, Knut, *Trend, Zyklus, Strukturbrüche, Zufälle: Was bestimmt die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts?*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 64 (1977), Heft 2, S. 145—178.
Breitsamer, Joachim, *Ein Versuch zum »Problem der Generationen«*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 28. Jg. (1976), Heft 3, S. 451—478.